

UNIVERSITÄTSSTADT

TÜBINGEN

VERWALTUNGSBERICHT FÜR DAS KALENDERJAHR

1953

Stadtarchiv
Tübingen
UM
252a
3

•UM 252a13

N 53/3

UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN



VERWALTUNGSBERICHT

1953

UH
252a
3

UNIVERSITÄTSSTADT
TÜBINGEN

VERWALTUNGSBERICHT FÜR DAS KALENDERJAHR

1953

IM AUFTRAG DER STADTVERWALTUNG

HERAUSGEGEBEN DURCH DAS STÄDTISCHE KULTURAMT



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5	Universität	46
Eingang	7	Forschungsinstitute	48
Gemeindegebiet und Bevölkerung	9	Theater und Volksbildung	51
Staat und Stadt	10	Landestheater	51
Der Gemeinderat	11	Volkshochschule	52
Finanzwesen	13	Amerikahaus	52
Haushaltsvolumen	13	Centre d'Etudes Françaises	53
Steuereinnahmen	13	Leibesübungen	53
Rücklagen	14	Fremdenverkehr	55
Schuldenstand	15	Verwaltungsämter	56
Besitzstand	17	Amt für öffentliche Ordnung	56
Bauwesen	19	Hauptamt	58
Stadtplanung	19	Rechtsamt	58
Hochbau	22	Wahlamt	59
Tiefbau	25	Öffentliche Einrichtungen	59
Vermessung	30	Feuerlöschwesen	59
Wohnungsamt	31	Land- und Forstwirtschaft	60
Sozialarbeit	32	Veterinärwesen	60
Öffentliche Fürsorge	33	Lustnau und Derendingen	61
Freie Wohlfahrtspflege	34	Rechnungsprüfungsamt	62
Lastenausgleich	34	Personalwesen	62
Altersheime und Kindergärten	35	Stadtwerke	64
Friedhöfe	36	Strom	64
Schulwesen	36	Gas	65
Allgemeines	36	Wasser	66
Belegung	38	Bäder	67
Schulkosten	38	Ausgang	68
Kulturpflege	40	Behördenverzeichnis	69
Musik	41	Personalia	69
Bildende Kunst	42	Umgebungskarte	71
Sammlungen	43		
Archiv	44		
Volksbücherei	45		

Bearbeiter: Kulturreferent Dr. Rudolf Huber - Druck: Tübinger Chronik, Druckerei- u. Verlagsgenossenschaft eGmbH
 Klischees: Graphische Kunstanstalt Erich Maurer, Tübingen - Fotos: Barth 27, 29, 68; Böhlmann 33, 39; Göhner 7,
 11, 12, 35, 41, 47, 53, 56, 57, 59; v. Goessler 28; Helle 15, 23, 25, 26, 30, 37, 55; Kleinfeldt 49; Kocher 18, 19,
 21, 22; Landestheater 51; Gebr. Metz 54, 64; Näher, Reutlingen 69; Stadtarchiv 5; Stadtarchiv/Göhner 43, 44, 45.



W 53/3



VORWORT

Der vorliegende Bericht behandelt die Tätigkeit der Stadt Tübingen im Kalenderjahr 1953. Er will Zeugnis ablegen von dem ernsten Bemühen der Stadtverwaltung und des Gemeinderats um das Wohl und Wehe von Tübingen. Ein derartiger Verwaltungsbericht kann nur in großen Zügen den Rahmen der behördlichen Arbeit abstecken und einen Teil der Verantwortungsbereiche aufzeigen. Vollständigkeit darf man von ihm nicht erwarten. Bei der großen Zahl der gestellten Aufgaben könnte er einer solchen Anforderung nicht nachkommen und strebt sie deshalb auch nicht an. Andererseits geht er jedoch auf die Tätigkeit der einzelnen Ämter im abgelaufenen Jahr ein, schneidet Grundsatzfragen an und beleuchtet wichtige Einzelprobleme. An manchen Stellen, an denen es die Bedeutung des Gegenstandes verlangt, greifen seine Darlegungen auch über den engeren Bereich der Stadtverwaltung hinaus.

Am Schluß eines jeden Jahres legen sich Stadtverwaltung und Gemeinderat die Frage vor, ob die gesteckten Ziele erreicht worden sind. Auf vielen Gebieten dürfen wir diese Frage bejahen, ja sogar feststellen, daß in einzelnen Fällen mehr erzielt worden ist, als zu Beginn des Jahres füglich erhofft werden konnte. Des öfteren aber haben unsere Erwartungen nicht die gewünschte Erfüllung finden können, weil die Finanzdecke in verschiedenen Fällen nicht ausreichte, um die vorliegenden Bedürfnisse zu befriedigen.

Der Gemeinderat hat alle Vorhaben gewissenhaft und sorgfältig geprüft. Er hat in den Beratungen viel Geduld und Umsicht an den Tag gelegt und bei der Beschlußfassung Großzügigkeit und Tatkraft bewiesen. Sein Verdienst ist es in vorderster Linie, wenn durch sparsame Haushaltspolitik sichtbare Erfolge erzielt werden konnten.

Der Gemeinderat blickt zu Ende des Jahres 1953 nicht nur auf dieses Kalenderjahr zurück, sondern auf einen größeren Abschnitt seiner Amtszeit. Nach fünfjähriger Tätigkeit lief im November 1953 die Amtsperiode der Hälfte der Mitglieder des Gemeinderats ab. Der größere Teil der Stadträte hat sich wieder zur Verfügung gestellt und wurde neu in den Gemeinderat gewählt. Diese Wiederberufung der meisten der ausgeschiedenen Stadträte beweist die Anerkennung, welche die Tübinger Bürgerschaft ihrem bisherigen Wirken entgegengebracht hat. Indem die Bevölkerung diese bewährten Persönlichkeiten von neuem wählte, sorgte sie zugleich für eine förderliche Stetigkeit der Verwaltungsarbeit.

Entsprechend den gegebenen Möglichkeiten konnten in diesem Jahr beachtliche Leistungen vollbracht werden. Die wesentlichsten Kriegsschäden sind nunmehr in unserer Stadt beseitigt. Der Wohnungsbau konnte wiederum unter Anstrengung aller Kräfte wirkungsvoll gefördert werden. Verschiedene Straßen sind neu erschlossen und mit den nötigen Leitungen versehen worden. Auch die Stadtwerke können auf eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung hinweisen und haben ihre Versorgungseinrichtungen in der Zentrale wie auch in den Außenstellen verbessern können. Besondere Anstrengungen machte die Stadtverwaltung auf dem Gebiet des Schulbaues. Mit der Errichtung einer

neuen Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsschule hat sie ihr bisher größtes Bauunternehmen in die Wege geleitet. Sie will damit zugleich dokumentieren, wie sehr ihr die Förderung der Jugend am Herzen liegt.

Zu den Behörden der Besatzungsmacht, insbesondere der Provinzial- und Kreisdelegation, haben sich die Beziehungen weiter normalisiert. Auf beiden Seiten bemüht man sich um ein loyales Zusammenwirken, wofür die Einladungen vieler Familien und Vereine an französische Soldaten zu Weihnachten und Neujahr ein schönes Zeugnis ablegen. Der Bau zahlreicher Wohnungen für Besatzungsangehörige und die vorgesehene Errichtung einer französischen Schule können mit Befriedigung vermerkt werden.

Neben diesen Erfolgen müssen aber auch die beträchtlichen Schwierigkeiten der Stadt erwähnt werden. Sie leidet wegen ihrer beschränkten industriellen Entwicklung an einem dauernden und schwerwiegenden Mißverhältnis zwischen der Zahl der Bedürfnisse und ihrer beschränkten Finanzkraft, welche sie hindert, vielen oft jahrzehntelang zurückgestellten Aufgaben mit der wünschenswerten Beschleunigung nachzukommen.

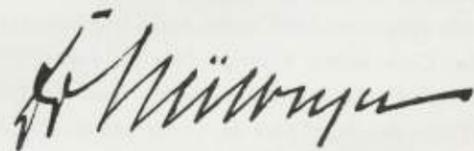
Zur Sicherstellung der echten Selbstverwaltung einer Stadt, wie sie Art. 28 des Grundgesetzes vorsieht, ist eine wesentliche Ausweitung der finanziellen Möglichkeiten durch eine Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Gemeinden erforderlich. Wir hoffen sehr, daß der Entwurf eines Finanzausgleichsgesetzes für Baden-Württemberg, der unserer Stadt durch angemessene Berücksichtigung der Einwohnerzahl und der negativen Steuerkraft eine gewisse Entlastung bringen würde, ohne Verzögerung verabschiedet und möglichst zum neuen Haushaltsjahr in Kraft gesetzt wird. Dieser Entwurf vertritt den Grundsatz der verbundenen Steuerwirtschaft, das heißt der prozentualen Beteiligung der Bundesländer und Gemeinden an den Hauptsteuerquellen.

Hinter dem gegebenen Bericht stehen tiefreichende wirtschaftliche und geistige Fragenkomplexe, welche nur angedeutet werden können. Das Ringen um die Bewältigung dieser Probleme ist ein gut Teil der laufenden Verwaltungsarbeit.

Die Stadtverwaltung stand in ihren Bemühungen um die Erhaltung und Förderung von Tübingen nicht allein. Sie fand in der Bürgerschaft, die überdies ihre besten Vertreter in den Gemeinderat entsandte, einen freundwilligen Helfer. Sie erhielt die Unterstützung von Seiten der Parteien und Wählervereinigungen, von der Lehrerschaft und den Kirchen, von Organisationen, Gewerkschaft und Vereinen und nicht zuletzt von Presse und Rundfunk. Behörden standen ihr mit Rat und Tat zur Seite, so das Regierungspräsidium Südwestfalen-Hohenzollern, der Landrat samt Kreisverband, Gemeindetag und Gemeindekammer. Wir dürfen an dieser Stelle den Wunsch und die Hoffnung aussprechen, daß Tübingen endgültig zum Sitz des Regierungspräsidiums gewählt werden möge!

Unser Dank gilt nicht nur all den genannten und ungenannten Helfern und Freunden der Stadt Tübingen, sondern auch den treu ihre Pflicht erfüllenden Beamten, Angestellten und Arbeitern der Verwaltung, an ihrer Spitze Herrn Stadtdirektor Asmuss! Ohne ihre tatkräftige und unermüdliche Dienstleistung wäre es nicht möglich gewesen, die vom Gemeinderat gestellten Aufgaben zu bewältigen.

Die Stadtverwaltung Tübingen wird weiterhin bemüht sein, die Aufgaben der Gegenwart zu meistern und der Jugend eine möglichst hoffnungsvolle Zukunft zu erschließen!



Oberbürgermeister

Tübingen, im Januar 1954



Letzte Sitzung des alten Gemeinderats am 30. November 1953, Oberbürgermeister Dr. Mülberger erstattet den Tätigkeitsbericht

LEBENDIGER STÄDTEGEIST

Die Geschichte lehrt uns die Bedeutung der Geisteskräfte für die Entwicklung einer Stadt erkennen. Hinter dem Auf und Nieder des wirtschaftlichen Geschehens steht immer als entscheidende Triebkraft die Stärke der geistigen Haltung einer Bürgerschaft. In der Geschichte unserer Stadt gibt es Beispiele genug für das Wirken solcher Mächte, für den gestalterischen Einfluß städtischen Gemeinsinns und schlichter menschlicher Größe. Wir brauchen nur an die eindrucksvollen Leistungen der Tübinger Bürgerschaft beim Wiederaufbau ihrer Heimstätten nach den schweren Feuersbrünsten in den Jahren 1280, 1476 oder 1789 erinnern, um zu erkennen, daß ohne jenes geistige Fluidum diese Taten nicht vollbracht worden wären.

Der Fleiß, die Rechtschaffenheit und Nächstenliebe, welche unsere Mitbürger zur Überwindung der schweren Nöte und Sorgen der Nachkriegszeit aufgebracht haben, beweisen das Vorhandensein und die Lebenskraft einer solchen Haltung auch in unserer Tübinger Gegenwart deutlich genug. Wer erinnerte sich nicht gern jener gehobenen Stunden, in denen ein Hauch dieses Geistes spürbar wurde – etwa bei der Einweihung des Marktbrunnens, bei dem spontanen Empfang für den Bundespräsidenten auf dem festlichen Marktplatz oder als im vergangenen Jahre in allen Fenstern Kerzen brannten zum Gedenken an unsere Kriegsgefangenen!

Wer eine Stadt verstehen und wer sie gar verwalten und ihre Entwicklung fördern will, der muß sich bemühen, ihre Eigenart zu erkennen. Die Bedeutung und Größe unserer Städte liegt in ihrer Individualität. Eine Stadt wie Tübingen hat einen bestimmten Charakter. Dieser

aber ist etwas Ererbtes und Gewachsenes. Gerade in unseren Jahren, in denen so viele alte Städte durch den Krieg zerstört worden sind und ihr Gesicht mehr oder minder verloren haben, obliegt uns in der unzerstörten Stadt Tübingen in besonderem Maße die Aufgabe, den Charakter dieser Stadt – trotz aller neuzeitlichen Entwicklung – im Innern und Äußeren zu wahren.

Erkennen wir die Geistwesenheit der Städte, so achten wir sogleich in erhöhtem Maße das Handeln jedes einzelnen Bürgers. Das Wirken des Individuums fällt sichtbar auf das Ganze zurück. Deshalb ist es für die Stadtverwaltung auch so wichtig, daß jeder Bürger sich nur seiner Verpflichtungen gegenüber der Berufsaufgabe und eigenen Familie, sondern auch gegenüber der Gemeinde bewußt wird. Nur auf dem Boden des persönlichen Verantwortungsbewußtseins gedeiht die Praxis der kommunalen Selbstverwaltung.

Leben wächst und verfällt nach bestimmten Gesetzen. Auch die Stadt Tübingen ist ein Organismus, der in sich das Gesetz trägt „nach dem er angetreten“. Tübingen wird sich also gewiß im traditionellen Sinne fortentwickeln. Die Stadtverwaltung hat deshalb in erster Linie unter Beachtung des bisher Möglichen und Erfolgreichen im Sinne des *Herkommens* zu handeln. Wir denken hier an die Bedeutung und Entwicklung der *Universität*, die unserer Stadt seit beinahe 500 Jahren ihren Stempel aufgedrückt hat und an die Ansiedlung und Erweiterung von wissenschaftlichen Instituten. Wir wissen, welche Bedeutung die Universität und sonstige wissenschaftliche Institute sowohl für das kulturelle, wie auch für das wirt-

schaftliche Leben der Stadt besitzen. Wir beachten auch die Stellung, die aus jahrhundertelanger Entwicklung heraus die *Handwerker und Landwirte* unserer Altstadt einnehmen und wir werden uns auch für die Zukunft bemühen, diese Altstadt lebensfähig zu erhalten.

Das Leben läßt sich jedoch nicht einengen und in seiner Entwicklung im voraus berechnen oder gar bestimmen. Man wird deshalb auch *neue Wege* suchen und beschreiten müssen. Frühzeitige Erkenntnis der zukünftigen Aufgaben und Möglichkeiten erleichtert die Planungsarbeiten und fördert die so erstrebenswerte kräftige Entfaltung von *Industrie und Verkehr, Handel und Gewerbe*.

Wenn wir die Stadt als einen fein gegliederten *Organismus* ansehen, so werden wir gewiß ihrer Struktur am ehesten gerecht und uns angehalten fühlen, nach der harmonischen und natürlichen Entwicklung ihrer Kräfte zu streben. Wer bei der Verwaltungsarbeit sich bewußt ist, einem autonomen Lebendigen gegenüberzustehen, wird immer auf eine gesunde Mischung von traditionsgebundenem und fortschrittlichem Handeln abzielen.

Voraussetzung für alle Stadtkultur ist die *Freiheit* des Einzelnen. In unserer Epoche weltumspannender Auseinandersetzungen fühlen wir zutiefst, daß die Freiheit der Persönlichkeit das Leben erst lebenswert macht. Freilich bedarf diese Freiheit des Maßes, einer inneren Ordnungsmacht, die vor dem Chaos bewahrend, einem Kosmos zugewandt ist. Diese Freiheit in Harmonie finden wir im Ideal der *Humanität*. Von ihr ausgehend vermögen wir die Welt der Erscheinungen zu durchdringen und freiheitliche Ordnungen im Geiste unserer Alma Mater Tubingensis zu bilden, die dem Wohle Aller dienen.

Wir erinnern uns auch ständig an den Kampf, den vor über 100 Jahren der Dichter *Ludwig Uhland* als Abgeordneter unserer Stadt für eine freiheitliche Verfassung des Landes geführt hat. Wenn Uhland um „*das gute alte Recht*“ gekämpft hat, so erstrebte er als Demokrat nicht nur eine *gute* Regierung, sondern auch die volle Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und die Mitwirkung der Bürger an den Aufgaben des Staates und der Gemeinden. Er suchte eine echte Partnerschaft zwischen einem tüchtigen Beamten und der Mitarbeit freier unabhängiger Bürger.

Wir haben aus bitteren Erfahrungen des hinter uns liegenden politischen Systems die Bedeutung des *Rechtsordnungsgedankens* ganz neu und vertieft kennengelernt. Wenn auch heute niemand die Überfülle des Rechtsstoffes in allen Einzelheiten zu übersehen vermag, so wird es doch gerade im Bereich unserer Selbstverwaltung in aller Zukunft entscheidend darauf ankommen, daß alle mitwirkenden beamteten und ehrenamtlichen Kräfte von dem unbedingten Willen zu rechtsstaatlicher Haltung durchdrungen und von einem klaren Rechtsempfinden getragen sind.

Jede Maßnahme zur Hebung von Rechtsurteil und Rechtsgesinnung fördert die Bürgerschaft und stärkt das Verwaltungsgefüge. Wer um das Recht zuinnerst weiß – sei es als sitzliche Macht, sei es als im Gesetz formulierter Stoff – der wird das wohlverstandene Interesse der Ge-

meinschaft anerkennen und pflegen. Aus dieser Erkenntnis erwächst ihm sodann der Sinn für die Civitas, für echtes Bürgertum, dessen wir so sehr bedürfen.

Von großer Bedeutung für die Stadt ist die Leistung der örtlichen *Wirtschaft*. Dabei denken wir gleichermaßen an die Funktion der Unternehmer und Direktoren, wie an den Einsatz der großen Zahl der Arbeiter und Angestellten. Wir haben hohe Achtung vor der *privaten Initiative*, die in Industrie, Handel und Gewerbe entfaltet wird und freuen uns immer, wenn wir feststellen können, wie durch den Einsatz vieler Kräfte auch in unseren ortsansässigen Betrieben hochwertige Produkte geschaffen werden und wie ihnen durch die Tüchtigkeit des Kaufmanns die Wege zum Absatz im In- und Ausland geöffnet werden. Nur in beschränktem Maße vermag die Stadtverwaltung gegenüber den bestehenden Betrieben und bei Bemühungen um die Ansiedlung neuer Unternehmen diese wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere durch Bereitstellung und Erschließung von Gelände, zu fördern.

Die private Initiative begrüßen wir aber nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern ebenso im sozialen und kulturellen Bereich. Leider liegt es im Zuge der Zeit, daß viele frühere Leistungen der freien *Wohlfahrtspflege* von der öffentlichen Hand übernommen werden mußten. Die finanziellen und verwaltungsmäßigen Möglichkeiten von Bund, Land und Stadt sind aber zu beschränkt, um den Hilfsbedürftigen immer in wirklich ausreichendem Maße und vor allem in der sachlich und psychologisch richtigen Form helfen zu können. Deshalb ist es wichtig, daß die Nächstenhilfe privater Natur ihre bisherige starke Aktivität erhält. Die Verwaltung dankt allen caritativen Vereinigungen für ihren aufopfernden Einsatz und wiederholt zugleich die herzliche Bitte an die Bürgerschaft um die Ausübung christlicher Liebestätigkeit.

Mitten in der Not der Nachkriegsjahre und vielleicht gerade angetrieben von der materiellen Dürftigkeit der Zeit hat sich in Tübingen auch eine starke private Initiative auf kulturellem Gebiet entfaltet. Wir hoffen, daß sich auch in Zukunft Kräfte finden, die eine *kulturelle Verantwortung* auf privater Grundlage übernehmen und damit die Verwaltung von ihren Aufgaben entlasten.

Tübingen ist eine *Stadt der Gegensätze*. So ist es uns geschichtlich überkommen. Hier Ammerdorf, dort Pfalzgrafenburg, da Forscherdrang und drüben die kleinbürgerliche Welt der Weingärtner und Handwerker. Heute das Nebeneinander des großen Bereichs der wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsstätten und des Gebiets der industriellen Ausbreitung. Auf der einen Seite hübsche Villengebiete in schöner Höhenlage, auf der anderen Seite die zwar romantischen, aber engen Wohnverhältnisse unserer Altstadt. Die Unterschiede sind spürbar, aber man erträgt und duldet sie. Freilich ist es dabei nicht leicht, die verschiedenen Auffassungen und Interessen zum Ausgleich zu bringen, um die erstrebenswerte *Harmonie* zu erreichen. Deshalb fällt hier den vermittelnden Persönlichkeiten in Stadtverwaltung, Gemeinderat und in der gesamten Bürgerschaft eine wichtige Aufgabe zu.

Blicken wir zurück auf die bisher angestellten Überlegun-

gen, so erkennen wir die uns zufallenden Aufgaben. Sie liegen darin, daß wir *schöpferischen Ausgleich auf der Grundlage menschlicher Verständigung* finden. Unser Stadtorganismus bedarf in gleicher Weise der Tradition und des Fortschritts, wir brauchen Freiheit und Ordnung, Recht und Pflicht, private Initiative des einzelnen Bürgers und Beamtentreue.

Die sich selbst verwaltende Bürgerschaft hat den Auftrag,

aus dieser Lage der Dinge die Folgerungen zu ziehen. Sie wird unter Beachtung der gesellschaftlichen Struktur unserer Stadt eine planvolle Entwicklung anstreben, welche den Bedürfnissen von Forschung und Lehre ebenso gerecht wird, wie denjenigen des wirtschaftlichen Lebens. Demokratisch gesonnen und sachlich entscheidend wird sie sich um einen vernünftigen Interessenausgleich aller Partner bemühen im Dienst eines gesunden Städtegeists.

GEMEINDEGEBIET UND BEVÖLKERUNG



Die *Katasterfläche* des Tübinger Stadtgebietes beträgt 4 485,45 ha. Dieses Gebiet grenzt an folgende Markungen: Hagelloch, Bebenhausen, Dettenhausen, Pfrondorf, Kirchentellinsfurt, Kusterdingen, Wankheim, Mähringen, Immenhausen, Stockach, Dußlingen, Kreßbach, Weilheim, Hirschau, Würmlingen, Unterjesingen.

Vom Gemeindegebiet sind 389,15 ha bebaute Fläche mit Haus- und Hofräumen unter Einschluß der Haus- und Ziergärten, der Baustellen, Grundstücke, Lager- und Ladeplätze usw. Das Straßen-, Platz- und Wegeland umfaßt die große Fläche von 378,15 ha, während das sonstige Verkehrsgelände (Eisenbahn) 66,41 ha beansprucht. An

öffentlichen Parks und sonstigen Grünanlagen sind 25,73 ha, an Spiel- und Sportplätzen 31,56 ha, an Lauben- und Kleingartenland 50,35 ha vorhanden. Die Friedhöfe haben einen Umfang von 7,02 ha. Die größte Ausdehnung besitzen die landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Flächen, wie Acker- und Erwerbsgartenland, Wiesen und Viehweiden, Weinberg- und Obstanlagen usw. mit 1 733,35 ha. Die Forsten und Holzungen sind ebenfalls verhältnismäßig umfangreich mit 1 506,49 ha. Die öffentlichen Gewässer, das heißt Flüsse, Kanäle usw. nehmen eine Fläche von 68,68 ha, die sonstigen Flächen wie Ödland, Sandgruben usw. 228,56 ha ein.

Steigende Bevölkerungszahl

Tübingen hat 42 764 Einwohner. Die Bevölkerungszahl stieg innerhalb von 12 Monaten um 1 055 Personen. Es waren in dieser Zeit ein *Geburtenüberschuß* von 242 und ein *Wanderungsgewinn* von 813 Personen zu verzeichnen. Der Gesamtzuwachs betrug monatlich rund 88 Personen. Bei den drei Standesämtern in Tübingen, Lustnau und Derendingen wurden 582 Geburten ortsansässiger Mütter verzeichnet (gegenüber 554 Geburten im Vorjahr). Des weiteren sind insgesamt 78 Geburten der in Tübingen wohnhaften französischen Staatsangehörigen, auf Grund der anfangs 1953 neu eingeführten Registrierung, angemeldet worden. In der Universitätsfrauenklinik wurden überdies von ortsfremden Müttern 1012 Kinder geboren (i. V. 988).

Die Eheschließungen sind von 388 auf 374 zurückgegangen, während die Sterbefälle sich erheblich erhöht haben. Von der ortsansässigen Bevölkerung sind 340 Personen (i. V. 272) verstorben. Außerdem starben in den Tübinger Universitätskliniken 541 ortsfremde Personen (i. V. 501). Die Säuglingssterblichkeit hat sich mit 24 Sterbefällen = 3,6 % der lebend geborenen Kinder ortsansässiger Eltern verhältnismäßig niedrig gehalten. Es wurden im Berichtsjahr 72 Kirchnaustritte angemeldet.

Auf Grund der Volkszählung vom 13. 9. 1950 liegen nun genaue Angaben über unsere Wohnbevölkerung vor. Es bestanden im Jahr 1950 in Tübingen 14 667 Haushaltungen bei einer Wohnbevölkerung von 37 506 Personen, von denen 28 273 evangelischer und 7908 römisch-katholischer Konfession waren. Im Jahr 1950 wurden 3044 registrierte Heimatvertriebene gezählt; nach der Fortschreibung hat sich diese Zahl auf 4448 erhöht. Tatsächlich liegt die Zahl der Vertriebenen jedoch weit höher, und zwar beherbergt Tübingen heute rund 7000 *Heimatvertriebene* und *Sowjetzonenflüchtlinge*. Über die Altersstruktur unserer Bevölkerung wurden im Verwaltungsbericht vom vergangenen

Jahr nähere Angaben gemacht. Die Berufszugehörigkeit innerhalb der verschiedenen Beschäftigungsgruppen gliederte sich 1950 wie folgt:

Land- und Forstwirtschaft	789 Personen
Industrie und Handwerk	5145 "
Handel und Verkehr, Geld- und Versicherungswesen	2944 "
Öffentliche Dienste und Dienstleistungen	7070 "

Von 15 948 erwerbstätigen Personen unserer Wohnbevölkerung waren

1 960 selbständig,
904 sind als mithelfende Familienangehörige zu bezeichnen,
6 796 waren Beamte und Angestellte und 6 288 Arbeiter.

Während 531 Personen ihre Arbeitsstätten außerhalb der Stadt hatten, zählten wir 5775 Einpendler. Die Bevölkerung lebte in 3653 Wohngebäuden mit insgesamt 7954 Wohnungen. Davon waren 2585 Eigentümerwohnungen. Es wurden 14 022 Wohnparteien festgestellt.

Von den Land- und Forstwirtschaftsbetrieben haben nur neun eine Betriebsfläche von mehr als 20 ha. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche beträgt insgesamt 581 ha Ackerland und 773 ha Wiesen und Weiden. Von den weiteren 1952 Arbeitsstätten haben 649 ihren Schwerpunkt im Handwerk. Der gewerblichen Urproduktion und dem verarbeitenden Gewerbe gehören 558 Arbeitsstätten mit 6212 beschäftigten Personen, dem Bau- und Ausbaugewerbe 174 Arbeitsstätten mit 2047 beschäftigten Personen zu.

In Tübingen waren zu Ende des Berichtsjahres 1953 51 Industriebetriebe und 102 Filialen verschiedenster Art ansässig; man zählte 840 Handwerks-, 106 Großhandelsbetriebe und 901 Einzelhandelsgeschäfte.

STAAT UND STADT

Das neue Bundesland Baden-Württemberg hat durch die feierliche Verkündigung der Verfassung vom 19. November 1953 eine feste und, wie wir hoffen, dauerhafte Rechtsgrundlage erhalten. Unser Land hat sich damit formell konstituiert. Es wird allerdings noch der Schaffung einiger wesentlicher Gesetze bedürfen, die dem konkreten staats- und verwaltungsrechtlichen Aufbau dieses Landes dienen.

Von großer Bedeutung für unsere kommunale Arbeit wird die künftige *Gemeindeordnung* sein. Die Stadt hofft, daß diese Gemeindeordnung das Recht der *kommunalen Selbstverwaltung* in dem weiten Umfang verwirklicht, wie er in der neuen Landesverfassung sanktioniert ist. Wir dürfen in diesem Zusammenhang der Erwartung Ausdruck geben, daß das in der Verfassung kaum hinreichend ver-

ankerte Mitsprache- und Mitwirkungsrecht der Gemeinden und Gemeindeverbände an der Rechtsetzung und Verwaltung des Staates noch seine Berücksichtigung in einem Gesetz finden wird.

Für die Rechtsstellung der Stadt gegenüber den Landesbehörden und dem Kreis Tübingen wird die künftige *Kreisordnung* von maßgeblicher Bedeutung sein. Die Stadt strebt nicht danach, kreisfrei zu werden. Sie erwartet aber, daß in der künftigen Kreisordnung die bewährte Rechtsform der sogenannten „unmittelbaren Kreisstädte“ für eine Stadt wie Tübingen erhalten bleibt.

Eine wichtige Frage für Tübingen wird auch durch das kommende *Landesverwaltungsgesetz* entschieden werden, nämlich ob das *Regierungspräsidium*, das in Tübingen an Stelle der Ministerien des bisherigen Landes Württem-

berg-Hohenzollern gebildet worden ist, hier endgültig seinen Sitz erhält. Dasselbe gilt für das *Oberschulamt* und die *Landespolizeidirektion*. Zur Darlegung unserer Gründe für den Verbleib dieser Behörden in Tübingen erging eine Einladung an die Landesregierung in Stuttgart.

Falls das künftige *Polizeigesetz* die bisherige staatliche Polizeiverwaltung in Tübingen kommunalisieren würde, dürfte eine starke Mehrbelastung unserer Stadt eintreten. Auch bei Belassung der staatlichen Polizei wird Tübingen im Rahmen des Finanzausgleichs künftig einen erheblichen Beitrag an den Staat bezahlen müssen.

Auch die Frage der Ausdehnung der *Friedensgerichtsbarkeit* auf die südlichen Landesteile ist noch ungeklärt. Die ausstehende bundesrechtliche Regelung des *Finanzausgleichs* zwischen dem Bund und den Ländern erschwert die Klärung der Fragen des Finanzausgleichs zwischen dem Land und den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Dabei warten die Gemeinden brennend auf eine sinn-

volle, die gemeindliche Selbstverwaltung fördernde Regelung. Wir hoffen insbesondere, daß der neue Finanzausgleich auch der schwachen Finanzkraft unserer Stadt durch hinreichende Berücksichtigung der Einwohnerzahl und der sogenannten „negativen Steuerkraft“ Rechnung trägt.

Als eine ausgesprochene *Universitätsstadt* mit einer gegenüber reinen Industriestädten verhältnismäßig schwachen Industrie hat unsere Stadt ein relativ geringes Gewerbesteueraufkommen. Gewiß hat die Universität auch eine große wirtschaftliche Bedeutung für die Stadt; aber diese Leistungen kompensieren noch nicht die entstehenden Aufwendungen bei der derzeitigen entgegenkommenden Behandlung der Universität und der wissenschaftlichen Institute durch die Stadtverwaltung. Es ist deshalb zweifellos zu viel verlangt, wenn der Staat auch noch eine Beteiligung des Kreises, und damit der Stadt Tübingen, an den laufenden Aufwendungen für die Kliniken fordern will.

DER GEMEINDERAT UND SEINE ABTEILUNGEN

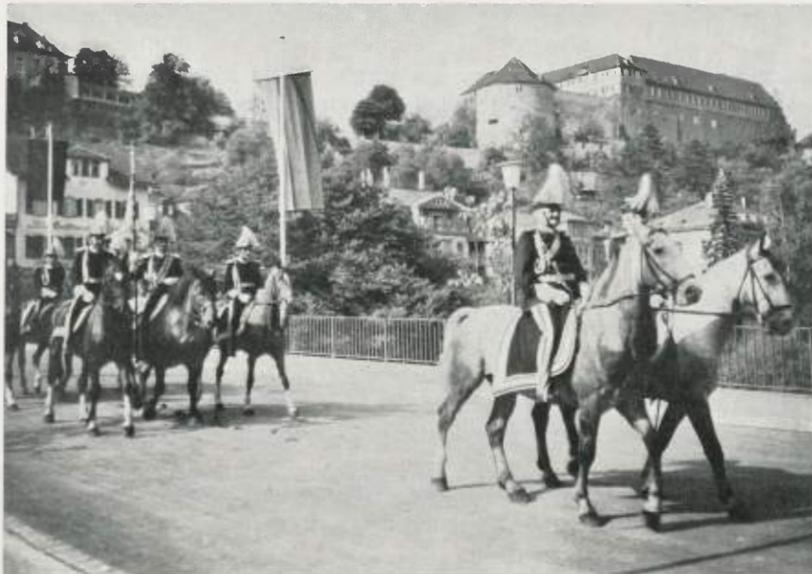
Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen besteht gemäß § 33 der Gemeindeordnung für Württemberg-Hohenzollern vom 14. 3. 1947 aus dem Oberbürgermeister als Vorsitzendem und 26 Gemeinderäten. Die Zusammensetzung des alten Gemeinderats hat im abgelaufenen Kalenderjahr nur eine Änderung erfahren. An Stelle des verstorbenen Stadtrats Oberbürgermeister a. D. *Hartmeyer* (SPD) ist am 23. 2. 1953 Stadtrat Erwin *Geist*

getreten. Im November 1953 aber wurde die Hälfte der Mitglieder des Gemeinderats neu gewählt. Bis zum 30. 11. 1953 setzte sich der Gemeinderat wie folgt zusammen:

- Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. *Mülberger*
I. Beigeordneter: Otto *Erbe* (FDP)
II. Beigeordneter: Reinhold *Frauenthiener* (CDU)
III. Beigeordneter: Arno *Vödtsch* (SPD)
IV. Beigeordneter: Ludwig *Hönle* (FWV)



Der amerikanische Hochkommissar Conant bei seinem Besuch in Tübingen am 2. Dezember 1953 im Gespräch mit Professor Dr. Wenke und Oberbürgermeister Dr. Mülberger



Die Tübinger Stadtgarde zu Pferd bei der Einweihung der Alleenbrücke

Gemeinderatsmitglieder

<i>FDP</i>	Friedrich Dannenmann Erich Endriß Otto Erbe Prof. Dr. Walter Erbe Kurt Franke	Eugen Friesch Karl Kebrer Karl Klett Christian Märkle Richard Maier
<i>CDU</i>	Adolf Bühler Reinhold Frauendiener Jakob Krauß	Dora Schlatter Paul Schwarz
<i>FWV</i>	Karl Brack Ludwig Hönle Hugo Raiser	Prof. Dr. Wolfgang Stock Karl Wägenbaur
<i>SPD</i>	Erwin Geist Franz Lang	Karl Schuster Arno Vödisch
<i>Junge Stadt</i>	Wilhelm Kohler	
<i>KPD</i>	Ferdinand Zeeb	

In den neuen Gemeinderat sind die Stadträte

Prof. Dr. Walter Erbe (FDP)
Paul Schwarz (CDU)
Prof. Dr. Wolfgang Stock (FWV)
Karl Wägenbaur (FWV)
Ferdinand Zeeb (KPD)

nicht zurückgekehrt. Als Nachfolger wurden auf Grund der Gemeinderatswahl vom 15. 11. 1953 die Stadträte

Prof. Dr. Theodor Haering (FWV)
Dr. Gertrud Himmelreicher (FDP)
Otto Kentner (Junge Stadt)
Paul Schwarz jr. (CDU)
Prof. Dr. Helmut Thielicke (CDU)

gewählt.

Bei der Konstituierung des neuen Gemeinderats am 10. Dezember 1953 wurde Stadtrat Otto Erbe (FDP) wie-

derum zum I. Beigeordneten, als weitere Beigeordnete die Stadträte Reinhold Frauendiener (CDU), Arno Vödisch (SPD) und Karl Klett (FDP) gewählt. Auch wurden in dieser Sitzung die Abteilungen und Ausschüsse des Gemeinderats neu gebildet und die Gemeindegliederung über die Bildung gemeinderätlicher Abteilungen neu gefaßt.

Für die selbständige Erledigung einzelner dem Gemeinderat obliegender Geschäftszweige sind nachstehende Abteilungen gebildet:

Innere Abteilung (6 Mitglieder)
Technische Abteilung (6 Mitglieder)
Kulturabteilung (6 Mitglieder)
Sozialabteilung (6 Mitglieder)
Schätzungsabteilung (6 Mitglieder)
Wohnungsabteilung (4 Mitglieder).

Den Vorsitz in den gemeinderätlichen Abteilungen führt der Oberbürgermeister, in seiner Vertretung ein Beigeordneter.

Zur beratenden Mitwirkung bei bestimmten Aufgaben wurden folgende Ausschüsse gebildet:

Rechnungsausschuß (6 Mitglieder, die abwechselungsweise in zwei Gruppen von je 3 Mitgliedern tagen)
Verkehrsausschuß (6 Mitglieder und Sachverständige)
Verteilungsausschuß für Baudarlehen (6 Mitglieder sowie Vertreter von Organisationen)

Ortsausschuß Lustnau (5 Mitglieder)
Ortsausschuß Derendingen (4 Mitglieder)
Wohnungsausschuß (4 Mitglieder und Vertreter von Organisationen)

Ausschuß für Außen- und Lichtreklame (4 Mitglieder sowie Sachverständige)

Ausschuß der Preisbehörde für Mieten und Pachten (2 Mitglieder)

Ausschuß für Friedhofsachen (1 gemeinderätliches Mitglied sowie beamtete Mitglieder).

Beim Ausgleichsamt des Kreises Tübingen ist auch ein städtischer Ausgleichsausschuß gebildet. Der frühere *Allmandausschuß* ist in Fortfall gekommen.

Wenn auch die Zahl der durchgeführten Sitzungen des Gemeinderats und die Anzahl der einzelnen Beratungsgegenstände keinen Einblick in die vielseitige Arbeit und in das Wirken von Abteilungen und Ausschüssen gibt, ist doch erwähnenswert, daß der Gemeinderat im abgelaufenen Jahr insgesamt 19 Sitzungen mit über 432 Beratungspunkten abgehalten hat. Im gleichen Zeitraum wurden von der Inneren und Technischen Abteilung in

24 Sitzungen rund 1650 Beratungsgegenstände behandelt. Auch in den übrigen Abteilungen und Ausschüssen des Gemeinderats ist in zahlreichen Sitzungen umfangreiche Arbeit geleistet worden.

Bei der Neufassung der Abteilungssatzung wurde die Zuständigkeit der Inneren und Technischen Abteilung zur selbständigen Entscheidung bei Grundstückskäufen und Verkäufen auf einen Wertbetrag von 5000 DM erhöht und der Aufgabenkreis der Sozialabteilung, die an Stelle des früheren Sozialausschusses getreten ist, neu umrissen.

DIE FINANZKRAFT UNSER MOTOR

Nachdem jahrelang der Bundes- und Landeshaushalt erst nach Ablauf der jeweiligen Haushaltsperiode zur Beratung und Verabschiedung kam, wird für das kommende Jahr von beiden Parlamenten angestrebt, den Haushalt 1954/55 schon vor Beginn des neuen Haushaltsjahres zur Verabschiedung zu bringen. Sowohl in Bonn wie in Stuttgart haben die Regierungen den Haushaltsplanentwurf den beschließenden Gremien zugeleitet. Wie Bundesminister Schäffer am 22. 12. erklärte, soll mit diesem Haushalt das finanzpolitische Prinzip verbunden werden, daß sich nicht mehr die Einnahmen nach den Ausgaben richten, sondern nur soweit verausgabt werden darf, als Einnahmen vorhanden sind. Unter diesem erfreulichen Aspekt soll über das abgelaufene Kalenderjahr berichtet werden.

Das städtische Haushaltsvolumen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind neben dem Staat der bedeutsamste Träger öffentlicher Aufgaben. Die Vielseitigkeit und der Umfang dieses Aufgabenkreises hat sich seit Ende des Krieges erheblich gesteigert. Die zur Deckung des Finanzbedarfs erforderlichen Gelder an gemeindeeigenen Steuern, Finanzaufweisungen des Landes, Staatsbeiträgen für Bauvorhaben, Gebühren und Beiträgen im Sinne des Abgabenrechts haben sich zwangsläufig mit der Erhöhung der Ausgaben in den letzten Jahren auch erhöhen müssen. Wie in anderen Städten ist auch das Haushaltsvolumen der Stadt Tübingen laufend gestiegen.

Es ergibt sich folgende Übersicht:

Zeit	Einwohnerzahl	Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben
1925	21 259	2 121 908.51 RM	2 043 482.64 RM
1933	28 686	2 685 237.66 RM	2 630 766.79 RM
1939	30 418	4 702 560.85 RM	4 485 989.26 RM
1946	34 345	8 144 015.95 RM	6 418 073.79 RM
1950	37 506	6 675 517.05 DM	6 836 329.40 DM
1951	39 708	10 150 649.70 DM	10 145 857.82 DM
1952	40 565	10 054 022.42 DM	10 051 423.14 DM
		(darunter 730 065.94 DM)	Soforthilfegelder)
1953	42 764	11 000 000.— DM	11 000 000.— DM

(geschätzt)

Woher kommen die Einnahmen?

Eine Prognose für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft unserer Stadt kann schwerlich gegeben werden. Nach Beurteilung der heutigen finanziellen Situation ist aber zu sagen, daß die Zahlen des Haushalts 1953 mit rd. 10 Millionen DM in Einnahmen und Ausgaben den Verhältnissen der Stadt Tübingen, auch gemessen an der gesteigerten Einwohnerzahl, entsprechen. Selbstverständlich wurden bei Aufstellung der Einnahmen- und Ausgabenposten die Grundsätze einer sparsamen Haushaltswirtschaft berücksichtigt. Wenn der Haushalt 1953 mit der vorgenannten Größenordnung ausgeglichen wurde, so ist damit keineswegs gesagt, daß alle dringenden Aufgaben der Stadt Tübingen erfüllt werden konnten. Dieser Haushaltsausgleich ist, wie in vielen anderen Städten und Gemeinden, lediglich ein notgedrungener Ausgleich; denn er konnte nur erzielt werden durch Zurückstellung geradezu lebenswichtiger Vorhaben auf spätere Rechnungsjahre und durch Abstriche an Planansätzen.

Es dürfte im Rahmen dieser Betrachtung die Frage interessieren, wie der Finanzbedarf im Jahre 1953 aufgebracht werden konnte. Nach dem Voranschlag (Abschnitt 96 – Steuern und steuerähnliche Einnahmen –) ist folgendes Aufkommen in Rechnung gestellt:

Gewerbesteuer	2 500 000.— DM
Grundsteuer	1 229 000.— DM
Einwohnersteuer	150 000.— DM
Getränksteuer	160 000.— DM
Vergnügungssteuer	130 000.— DM
Hundesteuer	40 000.— DM
Schlüsselzuweisungen	480 000.— DM
zusammen	4 689 000.— DM

Neben diesen Steuereinnahmen werden sonstige Abgaben wie Verwaltungsgebühren, Beiträge, Verpflegungsgelder, Schulgelder usw. mit rund 1 300 000.— DM eingenommen. Dazu kommen noch Zuweisungen von Land und Kreis und die Erträge aus dem Vermögen der Stadt (Mieteinnahmen, Pachtgelder, Erbbauzinsen, Holzerlöse usw.).

Nach dem Ergebnis der abgeschlossenen Rechnung 1952 ist festgestellt, daß die gemeindlichen *Steuereinnahmen* rund 48 % der Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushalts ausmachen. Alle übrigen Einnahmen mit 52 % sind keine gemeindlichen *Steuereinnahmen*, sondern Einnahmen der vorbezeichneten Art. Diese Relation gilt in groben Zügen auch für das Rechnungsjahr 1953.

Von der Gewerbesteuer

Infolge von Nachzahlungen an Gewerbesteuer für 1951 erhöht sich das im ordentlichen Haushaltsplan 1953 mit 2 500 000.— DM veranschlagte *Gewerbesteueraufkommen*. Es ist jedoch zur Zeit noch nicht möglich, das endgültige *Gewerbesteueraufkommen* des Jahres 1953 festzustellen.

Ab 1. Januar 1953 ist durch Beschluß des Gemeinderats vom 13. April 1953 die *Zweigstellensteuer* wieder eingeführt worden, die pro Jahr schätzungsweise 25 000.— DM Gewerbesteuer einbringen wird. Der *Gewerbesteuerausgleich* hat sich im wesentlichen im Rahmen des Vorjahres bewegt. So hatte die Stadt an Arbeiterwohngemeinden 187 200.— DM zu bezahlen, für 3744 Arbeiter zu je 50.— DM, und von Betriebsgemeinden 21 200.— DM zu fordern (für 424 Arbeiter zu je 50.— DM). Die Zahl der *Gewerbemeldungen* ist gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen. So waren heuer insgesamt etwa 430 (im Vorjahr 530) Meldungen zu bearbeiten, und zwar 207 An- und 223 Ab- bzw. Ummeldungen.

Es ist der Stadtverwaltung ein Bedürfnis, an dieser Stelle den *Steuerpflichtigen verbindlichst zu danken* für die Aufbringung und ordnungsmäßige Einzahlung aller Verpflichtungen! Ihre Arbeit und ihr Verständnis haben es der Verwaltung ermöglicht, den vorliegenden Aufgaben gerecht zu werden und wiederum ihrerseits der ganzen Bürgerschaft dienlich zu sein. Die großen Anstrengungen von Industrie, Handel und Handwerk waren nicht vergeblich und haben zu einer verhältnismäßig günstigen Wirtschaftslage und einem erfreulich hohen Beschäftigungsstand geführt. Ausdruck hierfür waren die Initiative des Einzelhandels und das rege Geschäftsleben zur Weihnachtszeit in unserer Stadt, die sich immer mehr zu einem *Einkaufszentrum* für die weitere Umgebung entwickelt und neuerdings auch dank des Beschlusses der Landeszentralbank durch Einrichtung einer Filiale zum *Bankeplatz* geworden ist.

Ausfall an Grundsteuern

Das *Grundsteueraufkommen* wird durch Ausfälle auf Grund des Grundsteueränderungsgesetzes vom 10. 8. 1951 und des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 23. 10. 1951 wesentlich geschmälert. Bei der Veranschlagung der Grundsteuer im Haushaltsplan 1953 mit 1 236 000.— DM sind diese Ausfälle berücksichtigt.

Die Herabsetzung der *Steuermeßbeträge* durch das Finanzamt bei unbebauten Grundstücken und bei Grundstücken des sogenannten Neuhausbesitzes wurde im Laufe des Jahres 1953 abgeschlossen. Die Gewährung der *Grund-*

steuervergünstigungen nach dem Ersten Wohnungsbaugesetz ab 1. 4. 1951 im Zuge der Feststellung bzw. Festsetzung der Einheitswerte und Grundsteuermeßbeträge fiel in der Hauptsache in das laufende Kalenderjahr. Nach dem heutigen Stand der Fortschreibung betragen die Ausfälle im einzelnen:

bei unbebauten Grundstücken
(durch Herabsetzung der Steuermeßzahlen
von 10 auf 5 v. T. des Einheitswerts) 37 000.— DM

bei bebauten Grundstücken
(durch teilweise Steuerbefreiung des
Neuhausbesitzes) 31 700.— DM

durch Begünstigung nach
dem Ersten Bundeswohnungsbau-
gesetz (300 Fälle) 40 000.— DM 71 700.— DM

Ausfall jährlich insgesamt 108 700.— DM

Der Grundsteuerausfall durch Befreiung von Grundstücken der öffentlichen Hand (Bund, Länder usw.) nach § 4 des Grundsteuergesetzes wird bis Ende des Rechnungsjahres 1953 voraussichtlich DM 800 000.— erreichen.

Wir wollen im vorliegenden Bericht auf die Tätigkeit des städtischen *Steueramts* nicht noch näher eingehen, nennen jedoch wenigstens seine weiteren Arbeitsgebiete. Neben seinen Aufgaben auf dem Gebiet der Grund- und Gewerbesteuer ist das Amt verantwortlich für die Einwohner-, Vergnügungs-, Getränke- und Hundesteuer; es behandelt ferner die Brand- und Sturmschadenumlage für die Württembergische Gebäudebrandversicherungsanstalt; es ist beauftragt mit der Fertigung der Umlage für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, der Viehseuchenumlage, der Ergänzung der Urkartei des Finanzamts, der Ausschreibung und Ausgabe der Lohnsteuerkarten, der Fortführung der Personenstandskartei des Steueramts, der Sachbearbeitung für die amtlichen Schätzungen durch die Schätzungsabteilung des Gemeinderats und der Abgabe von Äußerungen an das Landratsamt bezüglich der Preisüberwachung bei Grundstücksverkäufen.

Die Rücklagen

Die Rücklagen betragen zu Beginn des Rechnungsjahres 1953 (31. 3. 1953) lt. Rechnungsabschluß 1 056 202.30 DM.

Der Bestand verteilt sich auf

Betriebsmittelrücklage	375 000.— DM
Allgemeine Ausgleichsrücklage	240 000.— DM
Bürgerschafts- und Tilgungsrücklage	60 202.30 DM
Erneuerungsrücklage	41 000.— DM
Erweiterungs- und Sonderrücklagen	340 000.— DM
zusammen	1 056 202.30 DM

Festangelegt als Rücklage ist aber nur die allgemeine Ausgleichsrücklage und die Bürgerschaftssicherungsrücklage. Die anderen Rücklagen sind inzwischen ihrer Verwendung zugeführt worden. Die Liquidität der Stadt ist einiger-

maßen befriedigend. Den kurzfristig fälligen Verpflichtungen im Gesamtbetrag von 1 960 300.— DM stehen flüssige Bestände in Höhe von 2 020 700.— DM gegenüber.

Auch in diesem Jahr wird es erforderlich werden, einen *Nachtragshaushaltsplan* festzusetzen. In diesen Nachtrag werden die erheblichen Veränderungen, welche sich unvermeidbar im Laufe des Rechnungsjahres 1953 ergaben, aufgenommen. Nach heutiger Beurteilung wird es möglich sein, auch im Nachtrag einen *Ausgleich* der Einnahmen und Ausgaben zu finden.

Die Stadt als Steuerzahler

Auf der Ausgabenseite ist besonders hervorzuheben, daß nicht nur die Einwohner der Stadt Tübingen Steuern, sonstige Abgaben und Umlagen bezahlen müssen, sondern auch die Stadt selbst.

An erster Stelle steht die Kreisumlage mit 637 797.— DM. Dann folgen die *Gewerbesteuer*ausgleichszuschüsse an die Arbeiterwohngemeinden mit 175 000.— DM.

die Ausgleichsbeträge, welche gemäß § 14 des Gesetzes zu Art. 131 GG. als Pflichtanteile der Stadt zu bezahlen sind, mit 45 000.— DM.

Die Stadt muß aber auch einen Lastenausgleich bezahlen für unbebaute Grundstücke und für Mietgrundstücke mit jährlich etwa 61 700.— DM.

Hierzu kommen im neuen Haushaltsjahr voraussichtlich Polizeikostenbeiträge mit je 2.50 DM pro Einwohner rd. 90 000.— DM.

Von den Schulden

Entwicklung der Schulden der Stadt von 1927–1953:

Rechnungs- jahr	Bevölkerung Einwohnerzahl	Schuldenstand auf Schluß des Rechn.-Jahres (Rechn.- Erg.) ohne städt. Werke	Schulden pro Kopf der Bevölkerung lt. Rechn.-Ergebnis
1927	ca. 22 000	2 200 000	100.—
1939	30 418	3 400 000	115.—
1947	34 345	477 085	14.03
1950	37 506	1 273 447	33.95
1951	39 708	1 772 161	44.63
1952	40 565	1 938 615	47.79
1953	42 764	2 497 573	58.40

In den Einwohnerzahlen der Jahre 1947 bis 1953 sind die französische Garnison und ihre Familienangehörigen nicht berücksichtigt.

Infolge der vom Gemeinderat im Jahre 1953 beschlossenen größeren Bauprojekte wird sich der Schuldenstand und damit auch der Kopfbetrag im Jahre 1954 und 1955 allerdings erhöhen. Vergleiche mit anderen Städten ähnlicher Größe geben kein echtes Bild, da die Struktur der Städte und die sicheren bzw. feststehenden Einnahmen an Steuern und an Vermögenserträgen (z. B. Erlös aus Waldungen) zu verschieden sind. Was eine Stadt an Zinsen und Tilgungsleistungen aufbringen kann, richtet sich in erster Linie nach den Einnahmen des ordentlichen Haushalts.

Der Schuldenstand der Stadt Tübingen ist jedoch auch unter Berücksichtigung der bereits gefaßten Beschlüsse für die vorbezeichneten Neubauvorhaben noch im Rahmen dessen, was der ordentliche Haushalt 1953 verkraften kann.



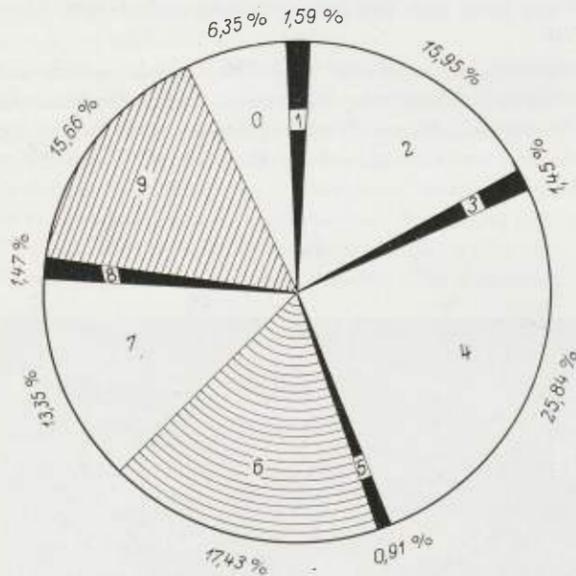
Leistungsfähige Tübinger Industrie,
Einblick in einen Textilbetrieb

Es fehlen Investitionsmittel

Voraussetzung für eine geordnete Finanzwirtschaft ist die rechtzeitige Aufstellung des Haushaltsplanes. Deshalb wurde mit den Vorarbeiten für die Aufstellung des Haushaltsplanes 1953 bereits im November 1952 begonnen. In acht Sitzungen der Inneren und Technischen Abteilung des Gemeinderats wurde der Entwurf in den Monaten Januar bis März vorberaten. Die Haushaltssatzung wurde

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben

Bezeichnung des Einzelplanes	Gesamteinnahmen	%	Gesamtausgaben	%	Zuschuß (-) Überschuß (+)
0 Allgemeine Verwaltung	105 420	1.05	638 910	6.35	— 533 490
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	31 780	0.32	159 690	1.59	— 127 910
2 Schulen	314 630	3.13	1 603 980	15.95	— 1 289 350
3 Kultur	2 250	0.02	146 255	1.45	— 144 005
4 Fürsorge und Jugendhilfe	2 247 700	22.35	2 597 910	25.84	— 350 210
5 Gesundheits- und Jugendpflege	56 180	0.56	91 010	0.91	— 34 830
6 Bau- und Wohnungswesen	661 530	6.58	1 752 180	17.43	— 1 090 650
7 Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	694 690	6.91	1 342 385	13.35	— 647 695
8 Wirtschaftliche Unternehmen	601 370	5.98	147 860	1.47	+ 453 510
9 Finanzen und Steuern	5 338 950	53.10	1 574 320	15.66	+ 3 764 630
zusammen	10 054 500		10 054 500		



Ausgaben 1953 nach Einzelplänen

Ein anschauliches Bild über die städtische Finanzwirtschaft in ihrem zahlenmäßigen Ergebnis und in ihren Einzelheiten ergibt sich aus dem Haushaltsquerschnitt 1951 bis 1953 wie er auf Seite 177-180 des Haushaltsplanes 1953 der Stadt Tübingen dargestellt ist.

Leider verringern sich die städtischen Investitionsmöglichkeiten (Ausgaben für einmalige Vorhaben) von Jahr zu Jahr, weil die laufenden Ausgaben ständig wachsen und die Einnahmen nicht entsprechend zunehmen. So betrug

vom Gemeinderat am 27. April 1953 verabschiedet und vom Regierungspräsidium am 15. 6. 53 genehmigt.

Die Einnahmen und Ausgaben wurden im ordentlichen Haushaltsplan mit je 10 054 500.— DM und im außerordentlichen Haushaltsplan mit je 3 592 800.— DM festgesetzt.

Die Aufteilung auf die Einzelpläne 0-9 des Haushalts zeigt nachstehende Aufstellung:

das Investitionsvolumen der Stadt Tübingen im Rechnungsjahr 1951 1 800 000.— DM = 18 % der Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushalts. Im Rechnungsjahr 1952 betrug dasselbe 1 024 700.— DM = 10,2 % der Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushalts.

Hoher Geldumlauf

Der Umsatz der Stadtkasse (bar und unbar) betrug im Rechnungsjahr 1952 einschließlich der Stadtwerke rund 47,5 Millionen DM (i. V. rund 44,5 Millionen DM).

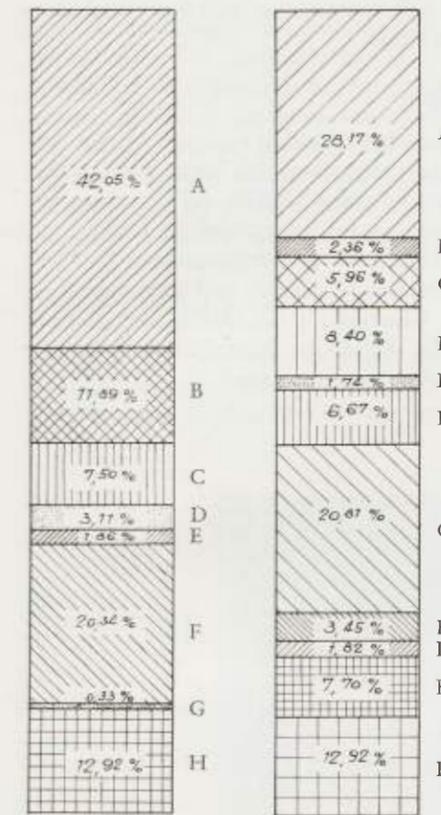
Die Zahl der Einnahme-Buchungen der Stadtkasse hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 9 % erhöht. Die beiden Buchungsmaschinen wiesen im Vorjahr 128 661 Buchungen auf, während im Rechnungsjahr 1952 die Zahl auf 141 333 angewachsen ist. Es war trotz der allgemeinen Geldknappheit möglich, die Stadtkasse jederzeit zahlungsfähig zu halten. Kassenkredite mußten nicht in Anspruch genommen werden und die Außenstände bei Rechnungsabschluß waren nicht höher als im Vorjahr.

Die Stadt als Hausbesitzerin

In städtischen Wohngebäuden (ohne die öffentlichen Gebäude) sind 353 Wohnungen vermietet, ferner bestehen Mietverhältnisse für 23 Geschäftsräume. Im Jahre 1953 haben in den städtischen Wohnungen 28 Wohnungswechsel und sieben Veränderungen in den Mietverhältnissen über Geschäftsräume stattgefunden.

Neu erworben wurde ein Stockwerkseigentum am Gebäude Hohentwielgasse 13. Zum Abbruch kam die Wohn-

HAUSHALTSPLAN 1953



Einnahmen

Ausgaben

Erläuterung der Einnahmen

A Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gewerbesteuerausgleich, Getränkesteuer, Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Einwohnersteuer	4 229 000.— DM
B Zuweisungen und Umlagen von Land, Kreis usw.	1 194 780.— DM
C Gebühren und Beiträge	754 150.— DM
D Verpflegungsgelder des Bürger- und Pauline-Krone-Heims	312 800.— DM
E Schul- und Kursgelder	186 100.— DM
F Andere Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	2 044 270.— DM
G Einnahmen aus Vermögensbewegung	33 400.— DM
H Soforthilfe- und Lastenausgleichsleistungen	1 300 000.— DM
zusammen	10 054 500.— DM

Erläuterung der Ausgaben

A Persönliche Ausgaben	2 832 525.— DM
B Zuweisungen und Umlagen an Land, Kreis usw. (ohne Kreisumlage und Gemeindeanteil an den Lehrergehältern)	236 630.— DM
C Kreisumlage	600 000.— DM
D Gemeindeanteil zu den Bezügen der Lehrkräfte	844 440.— DM
E Gewerbesteuerzuschüsse	175 000.— DM
F Fürsorgeleistungen	671 000.— DM
G Andere sächl. Ausgaben	2 091 275.— DM
H Anteilsbeträge a. d. ao. HPl.	347 500.— DM
J Schuldendienst (Zins und Tilgung)	182 400.— DM
K Ausgaben der Vermögensbewegung (ohne Gruppe 91)	773 730.— DM
L Soforthilfe- und Lastenausgleichsleistungen	1 300 000.— DM
zusammen	10 054 500.— DM

baracke Katharinenstraße 27 und wegen Bauauffälligkeit mußte das Gebäude Haaggasse 35 geräumt werden. Einer durchgreifenden Instandsetzung wurde das Haus Kirchplatz 1 in Tübingen-Lustnau unterzogen.

Vom städtischen Grundbesitz

Ein großer Teil des Baugeländes für den Wohnungsbau ist auch im Jahre 1953 wieder aus städtischem Besitz zur Verfügung gestellt worden. In 150 Verträgen hat die Stadt im vergangenen Jahr 12 ha Grundstücke um 180 000 DM aufgekauft, 6 ha — überwiegend Baugrundstücke — um 260 000 DM verkauft und über 2 ha Gelände zum Ausbau von Straßen unentgeltlich erworben. In 55 Verträgen wurden im Berichtsjahr 4,8 ha Grundstücke im Erbbaurecht Bauinteressenten überlassen. Davon entfallen 50 Erbbaurechte auf gemeinnützige Wohnungsunternehmen. Diesen Unternehmen wurde Baugelände im Erbbaurechtsverhältnis überlassen, soweit es sich um den sozialen Wohnungsbau im engeren Sinn handelt, d. h. um Schaffung von Wohnraum für Sowjetzonen-

flüchtlinge, Heimatvertriebene, Spätheimkehrer und ähnliche Kreise, von denen die Bereitstellung eigenen Kapitals füglich nicht gefordert werden konnte.

Die Abgabe von Baugelände im Wege des Erbbaurechts an private Personen ist gegenüber den Vorjahren weitgehend eingeschränkt worden, statt dessen wurden die Grundstücke käuflich abgegeben, weil die Stadt den Erlös dringend zur Beschaffung neuen Baugeländes nötig hat. Seit 1945 hat die Stadt insgesamt 33 ha Grundstücke verkauft, 19 ha im Erbbaurecht abgegeben und 127 ha gekauft. Darunter befindet sich allerdings auch Gelände, das zum Ausbau von Straßen nötig ist und solches, das nur in weiterer Sicht als Baugelände in Frage kommen kann. Die unerwartet intensive Bautätigkeit der letzten Jahre und die Zurückhaltung am privaten Grundstücksmarkt haben es mit sich gebracht, daß der Stadt Tübingen Baugelände für den Wohnungsbau nur noch in beschränktem Umfang zur Verfügung steht. In erster Linie fehlt es an Baugelände für freistehende Ein- und Zwei-Familienhäuser, sowie an Gelände für dreigeschossige Bauweise.

Wegen der Abgabe städtischen Geländes war die Liegenschaftsverwaltung gezwungen, viele Pachtverhältnisse zu kündigen, was oftmals von den langjährigen Pächtern als Härte empfunden wurde.

Die Besatzungsmacht und die Dienststelle Blank in Bonn haben die Abgabe eines für die Errichtung der Bundesanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Tübingen erforderlichen Baugeländes von etwa 22 ha auf der Waldhäuser Höhe davon abhängig gemacht, daß die Stadt Tübingen gleich große Grundstücke südlich der Hindenburgkaserne an den Bund verkauft, der diese seinerseits wieder der Besatzungsmacht für militärische Zwecke zur Verfügung stellt. Es handelt sich fast ausschließlich um Gelände, das schon bisher von der Besatzungsmacht requiriert war. Das Fernziel dieser Verhandlungen ist, alle

militärischen Einrichtungen aus dem Stadtbereich nördlich des Neckars auszuschneiden, damit sich dieser Stadtteil eindeutig als Universitäts- und Klinikenviertel (Lazarettviertel) hervorhebt.

Industrieansiedlung

Die Stadtverwaltung bemühte sich weiterhin um die Ansiedlung von Industriebetrieben. Sie hatte insofern Erfolg, als die Firma Chemika GmbH. aus Nürnberg für Tübingen gewonnen werden konnte und im Oktober an der Bismarckstraße ihren Betrieb aufgenommen hat. Des weiteren wurde ein Kunstdruckerei- und Papierverarbeitungsbetrieb zur Übersiedlung veranlaßt. Der Aufbau eines Textilbetriebs südlich der Firma Chemika ist für Frühjahr 1954 in Aussicht genommen.

PLANEN, ERSCHLIESSEN UND BAUEN

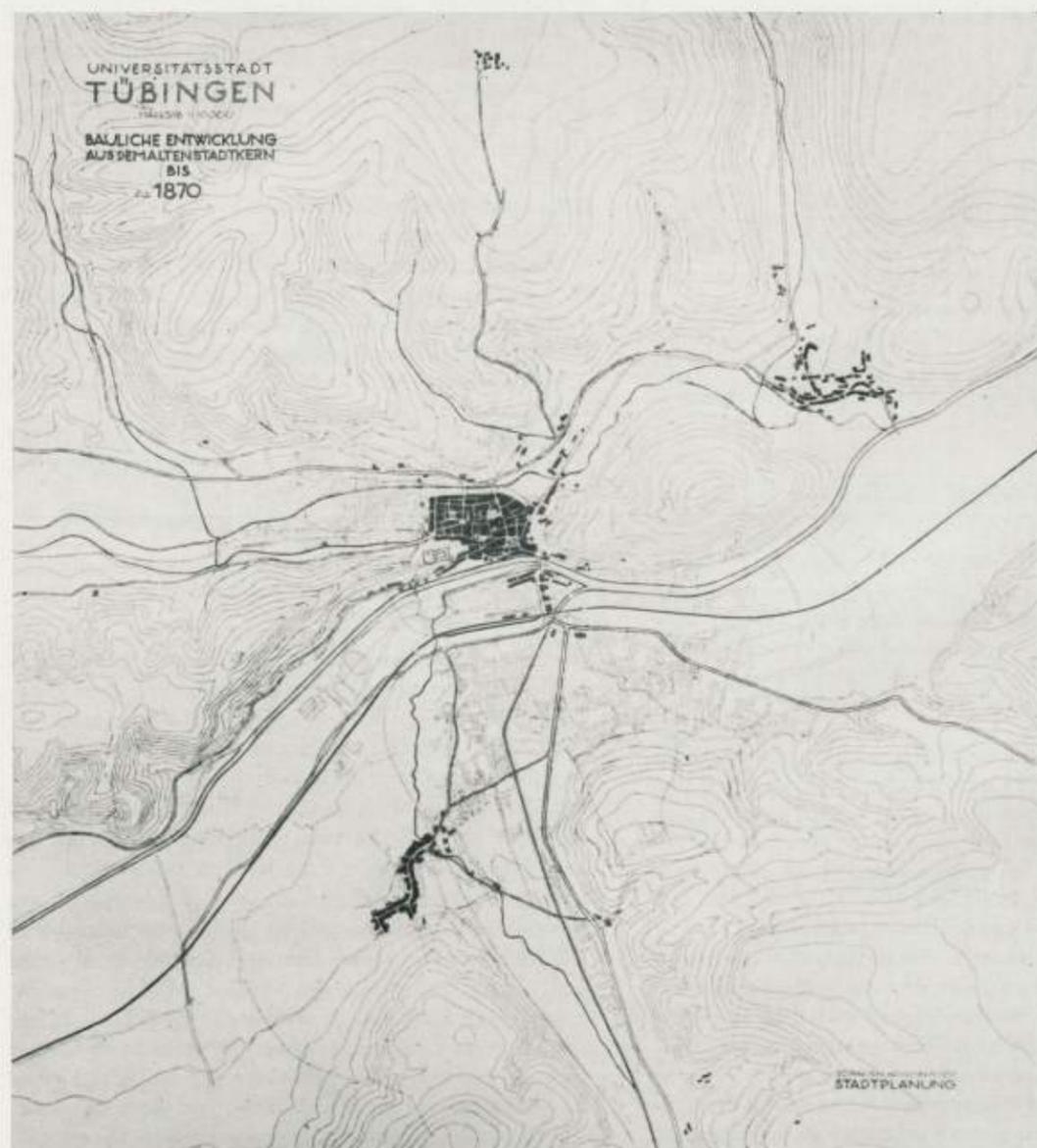
Eine der vordringlichsten Aufgaben der Stadtverwaltung ist das *Bauwesen*, das heißt das Planen, Vermessen und Erschließen von Baugelände, die Erhaltung und Erweiterung des Versorgungsnetzes von Wasser, Gas und Strom, der Straßen, Plätze, Brücken und Wasserläufe. Die Verwaltung trägt eine weitreichende Verantwortung für alles Bauen, sei es im privaten Sektor, sei es, daß sie selbst oder die öffentliche Hand als Bauherr auftreten.

Von der Stadtplanung

Stadtplanung heißt eine Ordnung schaffen, Wohn- und Industriegelände erschließen, Straßenführungen korrigieren, Veraltetes bessern und für kommende Generationen

Neues ersinnen. Die Zukunft einer Stadt ist zum guten Teil von dem Plan abhängig, der ihrer Entwicklung zugrunde gelegt wird.

Vom Menschen, seiner Wohnung und seiner Arbeitsstätte geht die Planung aus. Sie formt Siedlungsräume und gliedert in das Stadtgefüge wissenschaftliche Bauten ebenso wie Wirtschaftsbetriebe ein. Sie berücksichtigt die Verhältnisse des Menschen und der Stadtgeschichte und sucht alle Bedürfnisse einer Gemeinde auf dem Gebiet des Bauwesens in sinnvoller Weise zu befriedigen. Dabei achtet sie auf eine sachgemäße *Flächennutzung*. Hierfür hat sie den sogenannten Flächennutzungsplan in Arbeit genommen. Grundlage für diesen ist wiederum der *Verkehrsplan*. Ihm soll daher unsere erste Aufmerksamkeit gelten.



Das Wachstum von Tübingen, Umfang der Stadt im Jahre 1870



Tübingen im Jahre 1953, Lustnau und Derendingen sind mit der Stadt bereits eng verwachsen

Der zunehmende Verkehr und dessen Lärm sowie umfangreiche Neubauvorhaben machen Überlegungen notwendig, wie auf zweckmäßige Weise den Universitätseinrichtungen und Wohnsiedlungen eine ruhige Lage und den Verkehrszentren die nötige Verkehrsflüssigkeit gegeben werden können. Die von der Stadtplanung hierzu gemachten Vorschläge streben nach einer eindeutigen Unterscheidung der Verkehrsführungen nach ihrer Bedeutung und Art, nach Durchgangs- und Ortsverkehr, nach Fußgänger- und Fahrverkehr. Sie bemühen sich auch um die verkehrsrichtige Differenzierung der Straßenbreiten auf Grund der erhobenen Verkehrsanalysen. Der neue Gemeinderat wird sich gerade mit diesem Fragenkomplex mit großer Gewissenhaftigkeit aber auch besonderem Weitblick zu beschäftigen haben.

Flüssiger Verkehr

Erhebliche Probleme ergeben sich aus der Lage Tübingens am Schnitt der zwei Bundesstraßen Nr. 27 (Frankfurt-Stuttgart-Tübingen-Schweiz) und Nr. 28 (Straßburg-Freudenstadt-Tübingen-Reutlingen-Ulm). Der auf diesen Straßen herangeführte Verkehr bringt an verschiedenen Punkten Stauungen, welche sich besonders zu Zeiten eines starken Stoßbetriebs unangenehm bemerkbar machen.

Besonders schwierig ist die Situation am *Lustnauer Tor*. Die Stadtplanung, die auf Jahre voraus denken muß, bearbeitet Pläne für eine zukünftige Verbreiterung der Mühlstraße und für eine Ausweitung der Grabenstraße im Bereich ihrer Einmündung in die Wilhelmstraße beim Museum.

Eine weitere wichtige städtebauliche Frage ergibt sich im Bereich des *Bahnhofsvorplatzes*. Es wird dort notwendig sein, für die zahlreichen Tübingen berührenden Omnibuslinien, evtl. auch für den Stadtlinienverkehr, einen genügend großen Omnibusbahnhof einzurichten.

Neben der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an der Kreuzung der Stuttgarter- und Reutlinger Straße wird die Ordnung der Verkehrszusammenschnitte am *Hechinger Eck* einer eingehenden Behandlung bedürfen. Da in späterer Zukunft an dieser Stelle durch eine neue Straßenführung auch der Verkehr aus Richtung Rottenburg über Weilheimer Kneiple und Julius-Wurster-Straße einmünden wird, hat die Stadtplanung vorgeschlagen, an dieser Stelle einen Verkehrsknotenpunkt in Form eines leistungsfähigen Kreisverkehrs auszubilden. Der Gemeinderat hat diesem Plan zugestimmt, welcher zugleich eine Reihe von Bebauungsfragen behandelte. Neben diesen Verkehrsplanungen größerer Natur wurden zahlreiche Einzelvorschläge ausgearbeitet für die zweckmäßige Führung von gefahrlosen Fußgänger-, Schulkinder- und Radfahrwegen.

Schulen und Kliniken

Im Süden der Stadt entwickelt sich zwischen der Steinlach und dem dortigen Industriegebiet ein *Schulzentrum* mit den Neubauten Mörikeschule und Kaufmännische und Gewerbliche Berufsschule. Die Stadtplanung hat diesen

Bereich im Hinblick auf die dort vorliegende Grundstückslage und die Möglichkeiten der Entwicklung eines neuen Wohngebietes einer Prüfung unterzogen. Sie kam dabei zu der Empfehlung einer durch Grünpflanzungen verstärkten Trennung zwischen Schul-, Wohn- und Erholungsgebiet einerseits und dem unorganisch gewachsenen Industriegebiet andererseits. Dabei mußten auch die Entwicklungsmöglichkeiten für die Industrie- und Gewerbebetriebe Berücksichtigung finden.

Umfangreiche Projekte stehen in Bearbeitung bezüglich der vorgesehenen Bebauung des *Schmarrenbergs* mit Kliniken der Universität und des Waldhäuser Gebiets mit der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere. Wir stehen hier vor kostspieligen Erschließungsaufgaben, da die vorhandenen Verkehrswege den kommenden Anforderungen nicht gewachsen sind.

Siedlungsraum

Die unveränderte Wohnraumnot zwingt nicht nur zu der Abrundung vorhandener Baubereiche, sondern auch zur Erschließung neuer Stadterweiterungsgebiete. Auf dem *Sand* ist die „Eberhard-Wilderdmuth-Siedlung“ im Berichtsjahr nahezu zum Abschluß gebracht worden. Für 20 Wohneinheiten stehen hier noch Bauplätze im Jahr 1954 zur Verfügung. Am Rande von Lustnau entsteht im sogenannten „*Aeule*“ unmittelbar am Neckar eine Siedlung für 120 Wohneinheiten, davon sind im Jahr 1953 33 Wohneinheiten im Rohbau erstellt worden.

In dem Gelände südlich der Hindenburgkaserne, im sogenannten „*Wennfelder Garten*“, wurde ein Bebauungsplan für 80 Wohneinheiten für Sowjetzonenflüchtlinge in zwei- und dreigeschossiger Bauweise entworfen und schon weitgehend verwirklicht. Des weiteren konnte für den Bereich des *Galgenbergs* ein Bebauungsplan aufgestellt werden, der eine Bebauung des Geländes zwischen Gaswerk und früherer Motorsportschule mit rund 200 Wohnungseinheiten vorsieht. Weitere Pläne wurden für die *Diözesansiedlung* mit 40 Wohneinheiten an der verlängerten Alexanderstraße entwickelt.

Durch *Staffelung* von Reihenhäusern ist südlich der verlängerten Alexanderstraße versucht worden, statt 8 Wohnungseinheiten entlang der Straße an derselben Straßenfront rund 20 Wohnungseinheiten zu erstellen, was wesentlich zur besseren Ausnutzung des vorhandenen Geländes und zur Herabsetzung des Erschließungsaufwands beiträgt. Die vorgesehene französische Schule zwischen Galgenberg und Diözesansiedlung wird sich diesem Ortsbereich gut einfügen.

Auch am *Hechinger Eck* sind Bauplanungen für die Besetzung, für Staatsbedienstete und für ein Frauenledigenheim im Gange. Die zahlreichen Bauwünsche, welche nördlich des Neckartals für das Gebiet Panoramaweg und verlängerte Rappenberghalde vorliegen, in Verbindung mit der Durchführung des Verfahrens über die endgültige Festlegung des Landschaftsschutzgebiets am Spitzberg, machen eine Untersuchung der Bebauungsfähigkeit dieser Gelände notwendig. Hierzu wird es erforderlich

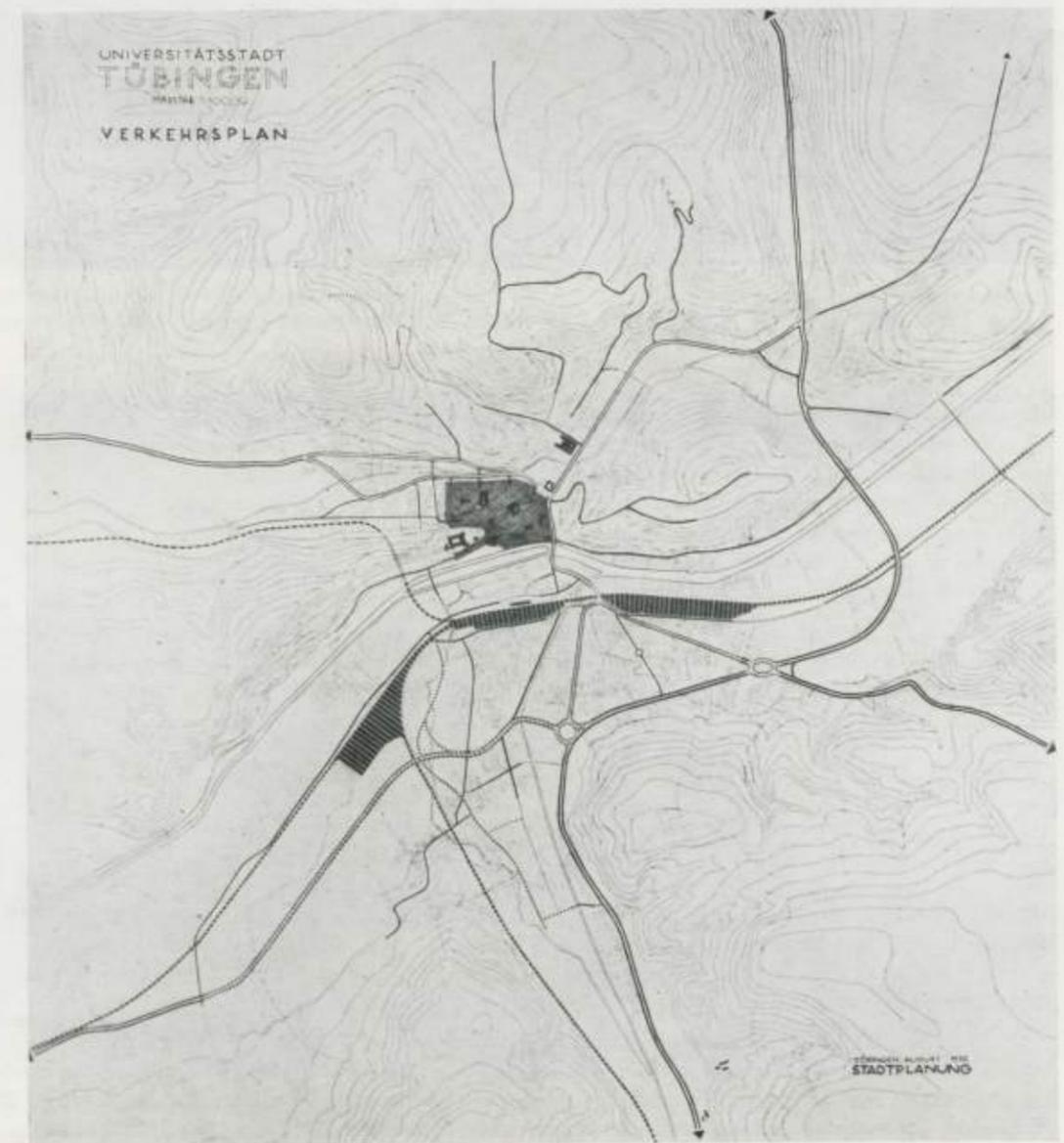
sein, demnächst zwischen den Bauwilligen und den für Natur- und Heimatschutz zuständigen Behörden einen vernünftigen Interessenausgleich herbeizuführen.

Eine große Aufgabe der Stadt für die kommenden Jahre wird es auch sein, im Interesse der Ansiedlung von Industrie die notwendigen Voraussetzungen dadurch zu schaffen, daß die im Flächennutzungsplan als geeignet bezeichneten Gebiete erschlossen werden. Dieser Aufgabe dient insbesondere der Beschluß des Gemeinderats, die Schaffhausenstraße entlang des dortigen Industriegebiets zu verlängern.

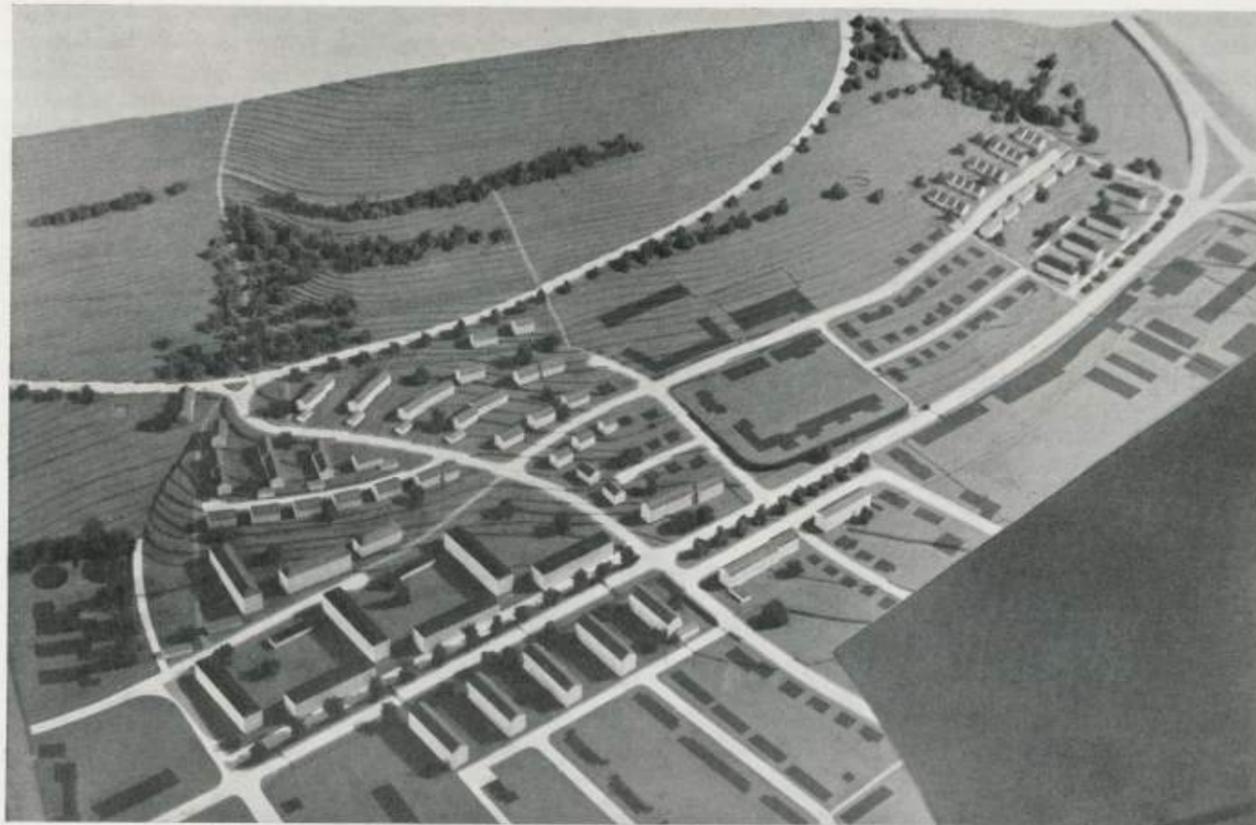
Erhaltung des Stadtbildes

Die Konservierung des Stadtbildes im Bereich der Altstadt ist ein großes Anliegen der Stadtverwaltung. Sie

bemüht sich ständig um die Erhaltung denkmalwerter Bauten und um die Freilegung von originalem Fachwerk. Eine solche Freilegung ist im Berichtsjahr beim Haus Haaggasse 3 erfolgt. Neben der *Verschönerung* des Altstadtgebietes, welches in der Zukunft noch eine stärkere Anziehung für den Fremdenverkehr gewinnen sollte, müssen auch die verkehrsmäßigen und hygienischen Verhältnisse dieser Straßen stärker berücksichtigt werden. Es muß dabei die vernünftige Versorgung der *Geschäftswelt* der Altstadt sichergestellt bleiben. Während die Stadtverwaltung einerseits, wie beim Beispiel der Schnaith'schen Scheuer (Möbelgeschäft Tausch) in der Bachgasse, sich um Verschönerung bemüht, so sollte sie andererseits auch die Hilfe der Geschäfte usw. genießen dürfen, welche teilweise noch auf dem Gebiet des *Reklamewesens* nicht immer auf ein schönes Stadtbild achten. Es wäre



Verkehrsplan, die punktierten Straßenzüge sind Neuplanungen



Modell für die Bauvorhaben am Galgenberg

sehr erwünscht, wenn die Geschäftsinhaber sich, wie dies gefordert wird, vor der Anbringung von Werbeschildern und Lichtreklame die Zustimmung der Stadtverwaltung einholen würden. Das gleiche muß auch über die Baudisziplin gesagt werden, deren Nichtbeachtung dem Bauordnungsamt und der Stadtplanung oft große Unannehmlichkeiten bereitet und zu harten Beschlüssen des Gemeinderats geführt hat.

Im Berichtsjahr wurden folgende Ortsbaupläne aufgestellt und vom Regierungspräsidium genehmigt:

Mörikestraße – Ob dem Viehweidle
 Völkerweg – westliche Alexanderstraße
 Karlstraße
 Nonnengasse
 Wennfelder Garten
 Kiesäcker

Des weiteren wurden vom Gemeinderat der Ortsbauplan Friedrich-Zundel-Straße und eine Planänderung im Backofen genehmigt.

AUS DER ARBEIT DES HOCHBAUAMTS

Die Stadt Tübingen hat in Anbetracht der herrschenden Wohnungsnot und zur Förderung der einheimischen Bauwirtschaft als Schlüsselgewerbe auch im Jahre 1953 alle öffentlichen und privaten Bauvorhaben nach Kräften gefördert.

Auf die Entwicklung des Bauwesens 1953 wirkten günstig die leichtere Beschaffung von Hypotheken durch die öffentlichen Geldinstitute und ein gewisses Absinken des

<i>Baukosten-Indexes:</i>	1936	100
	1950	177
	1951	218
	1952	243
	1953	239

Beeinträchtigend war jedoch die starke Kürzung der staatlichen Beihilfen für den Tübinger Wohnungsbau (gegenüber 1952 um etwa 380 000 DM).

Städtische Bauten

Der Gemeinderat hatte 1952 den Bau einer Kaufmännischen und Gewerblichen Berufsschule im Stadtteil Derendingen beschlossen und einen beschränkten Wettbewerb ausgeschrieben, zu dem sechs Tübinger und vier auswärtige Architekten zugezogen wurden. In der Sitzung der Gutachterkommission unter dem Vorsitz von Professor Elsässer wurde einstimmig dem Stuttgarter Architekten Professor Gonser der erste Preis zuerkannt. Der Gemeinderat stimmte diesem Entwurf mit einem viergeschossigen Hauptgebäude, einem zweigeschossigen Querflügel und den Werkstätten mit einem Kostenaufwand von rund 2,5 Millionen DM für den ersten Bauabschnitt zu. Die Arbeiten wurden durch das Hochbauamt so gefördert, daß am 8. Dezember das Richtfest stattfinden konnte.

Im Auftrag der Zusatzversorgungskasse Reutlingen wurde nach Plänen des städtischen Hochbauamts ein *Verwaltungsgebäude* in der Brunnenstraße erstellt. Es ist vorgesehen, in diesem Bau die technischen Ämter der Stadtverwaltung unterzubringen. Der Gemeinderat hat auch die Planung für den Umbau des Wirtschaftsgebäudes des *Pauline-Krone-Heims* genehmigt.

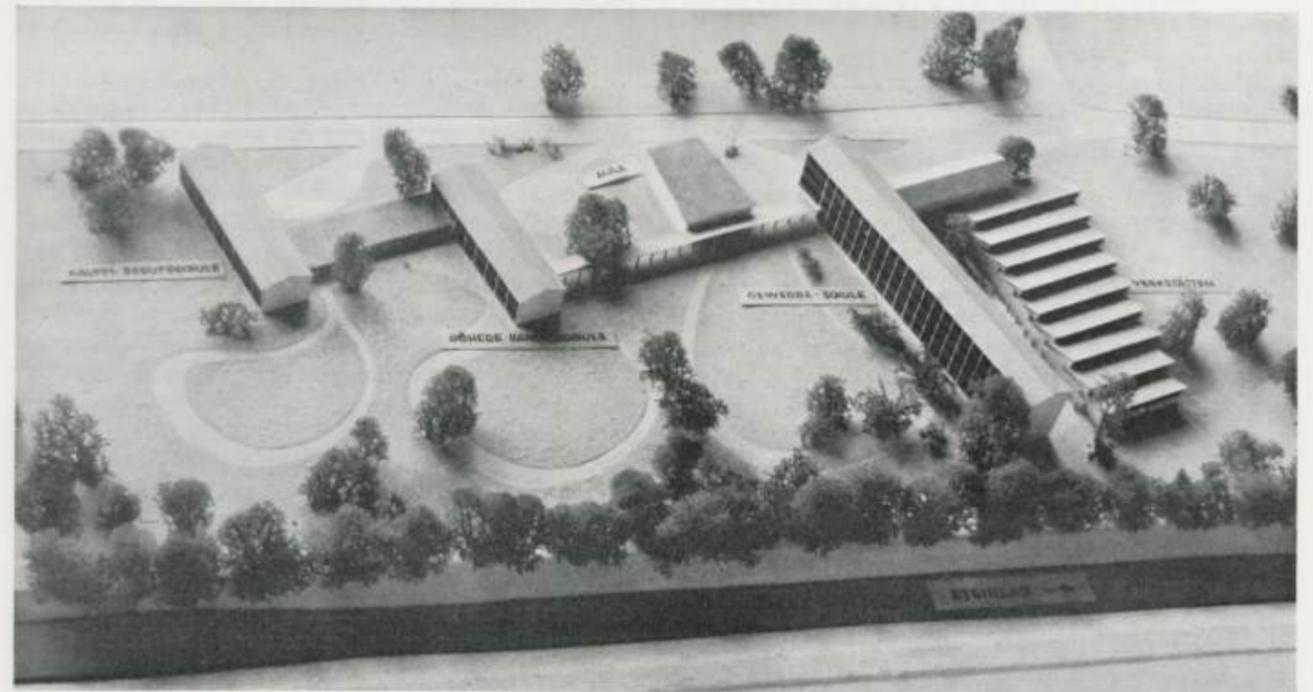
Wohnungsbau

Auf dem Gebiet des *Wohnungsbaues* zeichnen sich für die Zukunft bemerkenswerte Veränderungen ab. In den vergangenen Jahren konnten in rund 1,7 Millionen Wohneinheiten annähernd 7 Millionen Deutsche in der Bundesrepublik wieder zu einer Wohnung kommen, gro-

ßenteils Zonenflüchtlinge und Umsiedler, Ausgebombte und Verdrängte. Dennoch ist die Wohnungsnot unverändert groß. Die umfassenden Aufgaben auf dem Gebiet des Wohnungsbaues können aber vom Bund, den Ländern und Gemeinden künftig nicht mehr allein gelöst werden. Dem Einsatz von öffentlichen Steuermitteln sind Grenzen gesetzt. Schon aus diesem Grunde muß das Privatkapital mehr als bisher für den Wohnungsbau interessiert werden und allmählich auch hier der Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft Schritt für Schritt Eingang finden.

Neben einem umfassenden *Bundesbaugesetz* will unser neuer Bundeswohnungsminister bekanntlich als erste Maßnahme demnächst die Altbaumieten um 10 % erhöhen, um die längst fälligen Instandsetzungen zu ermöglichen und die Aussicht zu eröffnen, auch den bisher durch Preisstopp benachteiligten Althausbesitz wieder etwas rentabler zu gestalten. Daraus erwächst allerdings unvermeidlich für die Gemeinden die Aufgabe, den Mietern, welchen eine weitere Erhöhung der Mieten im Althausbau nicht zugemutet werden kann, die nötige finanzielle Hilfestellung zu geben.

Fertiggestellt und bezogen wurden auf dem zivilen Bau-sektor	384 Wohnungen
begonnen und im wesentlichen im Rohbau fertiggestellt	183 Wohnungen
von französischen Dienststellen	40 Wohnungen
zusammen	607 Wohnungen



Modell der Kaufmännischen und Gewerblichen Berufsschule, rechts im Bild der erste Bauabschnitt, umfassend den vierstöckigen Hauptbau der Gewerbeschule, den Quer- und Werkstattbau (Shedbau)

Von diesen Wohnungen wurden mit *Staatszuschüssen* gefördert 288 Wohnungen mit einem Gesamtdarlehensbetrag von 2 066 742 DM. Der größte Teil der Zuschüsse war zweckgebunden und zwar für den Wohnungsbau für Neusiedler (69), Sowjetzonenflüchtlinge (60), Lastenausgleichsberechtigte (45), Besatzungsverdrängte (10), Schwerbeschädigte (23), Spätheimkehrer (10), Bundesbedienstete und andere mehr. Die altansässige Bevölkerung kann leider immer noch nicht die dringend erwünschte, ausreichende Förderung erhalten.

Seit dem Kriege wurden in Tübingen 1315 Wohneinheiten mit öffentlichen Mitteln in Höhe von 10,5 Millionen gefördert. Bauträger waren neben privaten Bauherren in der Hauptsache folgende *gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften*:

1. die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Tübingen mbH, die als stadteigenes Unternehmen im wesentlichen städtische Wohnungen baut,
2. die Kreisbaugenossenschaft mbH., Tübingen, an der die Stadt ebenfalls beteiligt ist,
3. die GSW Sigmaringen (Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft Südwestdeutschland-Hohenzollern mbH.),
4. die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen Deutschlands,
5. das Siedlungswerk der Diözese Rottenburg GmbH, Stuttgart,
6. die Württembergische Heimstätte,
7. die Postbaugenossenschaft Tübingen eGmbH.,
8. die Gemeinnützige Eisenbahn-Wohnungsbaugesellschaft mbH. Karlsruhe.

Seit 1948 sind in Tübingen an deutschen Wohnungsbauten fertiggestellt und bezogen	1 969 Wohnungen
im Rohbau befinden sich	183 Wohnungen
somit Gesamtzahl	2 152 Wohnungen

Der geschätzte Wert der Baumaßnahmen im Jahre 1953 beträgt 12,7 Millionen DM, seit 1948 etwa 50 Millionen DM.

Unter der Bauträgerschaft der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Tübingen wurde nach den Entwürfen des Hochbauamts ein 12-Familienwohnblock in der Stuttgarter Straße mit je 3 Zimmern, Küche und Bad erstellt und am 1. 8. 1953 bezogen. Ein weiterer Wohnblock wurde als 6-Familienhaus in der Eugenstraße Nr. 60 errichtet. Die Wohnungen umfassen je 3 Zimmer mit Küche.

Die Bauarbeiten in der *Backofensiedlung* wurden so vorgebracht, daß bis Ende des Jahres 1953 die ganze Siedlung bezogen werden konnte. Neuerrichtet wurden 55 Wohnungen, so daß die Gesamtsiedlung 67 Wohneinheiten und einen Verkaufsladen umfaßt. Diese Einfach-Siedlung erforderte einen Gesamtaufwand von 575 000 DM. Es entfallen auf die Wohneinheit einschließlich aller Nebenkosten 8500 DM.

Entsprechend dem Wunsche des Gemeinderats sind vom

Hochbauamt Vorschläge für den Bau einer *Doppelturnhalle* auf dem städtischen Gelände zwischen Schleifmühlweg und Westbahnhofstraße im Anschluß an den Sportplatz ausgearbeitet worden.

Neben den eigentlichen Neubaufaufgaben waren dem Hochbauamt noch eine Reihe weiterer Angelegenheiten übertragen, so u. a. die Unterhaltung des gesamten städtischen Hausbesitzes, wobei bewirtschaftet werden

- 35 öffentliche Gebäude einschließlich
- Verwaltungsgebäude,
- Schulen und Heime mit insgesamt 43 Wohnungen
- 5 Turnhallen

138 Wohn- und Geschäftsgebäude mit 364 Wohnungen und 23 Geschäftsräumen

sodann die Schätzungen für die Preisbehörde für Mieten und Pachte (etwa 100 Anträge und Gutachten).

Das *Bauordnungsamt* hat in diesem Jahr 286 Baugesuche bearbeitet. Genehmigt wurden 141 Wohnbauten, 13 Gewerbliche und Industrie-Bauten und 118 Nebengebäude (z. T. Ein- und Umbauten). Neu- und Umbauten wurden auf ihre Bausicherheit überprüft, daneben hat das Bauordnungsamt im Frühjahr dieses Jahres die Feuerschau durchgeführt.

Mit dem Bau der evangelischen *Martinskirche* im Gebiet Denzenberg, die zum Teil auf städtischem Gelände errichtet wird, ist angefangen worden. Die Erstellung eines Gemeindehauses in Lustnau wurde ebenfalls auf städtischem Gelände begonnen. Die katholische Kirche hat neben Wohnungen auch einen großen Neubau an der Hechinger Straße im Anschluß an die dortige katholische Kirche unter dem Namen „*Carlo-Steeb-Heim*“ errichtet.

Staat und Wirtschaft

Die staatliche Bauverwaltung hat neben den andernorts genannten Universitätsbauten einen Neubau des *Finanzamts* erstellt und mit den Ausschachtungsarbeiten für den Bau eines *Studentenheims* begonnen. Die staatliche Eisenbahnverwaltung hat Umbauarbeiten im Bahnhofsgelände vorgenommen und ist bei der Vorplanung für den Neubau eines *Bahnhofs in Derendingen*. Leider genügen die Eigenbauten des Staates den Bedürfnissen an *Wohnungen* für Staatsbedienstete in keiner Weise. Tübingen, als die am dichtesten belegte Stadt Südwestdeutschlands, hofft aber in der Zukunft auf größere staatliche Selbsthilfe.

Die Wirtschaft hat auch 1953 zahlreiche Neu- und Erweiterungsbauten durchgeführt, so wurden unter anderem errichtet:

- Fabrikneubau Chemika auf städtischem Gelände,
- Neubau Kino Metropole der Firma Laupp auf städtischem Gelände an der Blauen Brücke,
- Neubau Handwerkerkrankenkasse auf städtischem Gelände,
- Neubau Touring-Motel mit Großtankanlage und Garagen auf städtischem Gelände,
- Neubau Ausstellungsgebäude Tausch,

Neubau des Verwaltungsgebäudes an der Brunnenstraße



Neubau Geschäfts- und Wohnhaus Rödel auf städtischem Gelände,
Neubau Fabrikhalle Zanker,
Erweiterungsbau der Frottierweberei Lustnau (teilweise auf städtischem Gelände) einschließlich Gefolgschaftsheim,

Erweiterungsbau der Fa. Gröber, Derendingen,
Erweiterungsbau der Firma Jope, Lustnau,
Erweiterungsbau der Fa. Queck, Lustnau, auf städtischem Gelände,
12 größere Ladenumbauten.

EIN VIERTEL ALLER AUSGABEN FÜR DAS TIEFBAUAMT

Das Tiefbauamt ist personell und finanziell das größte Amt der Stadtverwaltung. Es wurden von ihm in den Rechnungsjahren 1951, 1952 und 1953 folgende Mittel bewirtschaftet:

1951 im o. Haushaltplan Einnahmen	1 344 759 DM	Ausgaben	2 578 087 DM (Rechg.Erg)
im ao. Haushaltplan Einnahmen	400 000 DM	Ausgaben	400 000 DM
1952 im o. Haushaltplan Einnahmen	1 092 240 DM	Ausgaben	2 266 540 DM (Planansatz)
im ao. Haushaltplan Einnahmen	1 072 500 DM	Ausgaben	1 072 500 DM (dto.)
1953 im o. Haushaltplan Einnahmen	1 123 950 DM	Ausgaben	2 346 290 DM (dto.)
im ao. Haushaltplan Einnahmen	945 000 DM	Ausgaben	945 000 DM (dto.)

Wenn man die vom Tiefbauamt bewirtschafteten Mittel dem Rechnungsergebnis bzw. den Planansätzen des Gesamtplans der Stadtverwaltung gegenüberstellt, ergibt sich als Anteil für das Tiefbauamt im Rechnungsjahr

1951 im o. Haushaltplan Einnahmen	13,24%	Ausgaben	25,41%
im ao. Haushaltplan Einnahmen	25,15%	Ausgaben	27,16%
1952 im o. Haushaltplan Einnahmen	11,82%	Ausgaben	24,54%
im ao. Haushaltplan Einnahmen	43,21%	Ausgaben	43,21%
1953 im o. Haushaltplan Einnahmen	11,18%	Ausgaben	23,33%
im ao. Haushaltplan Einnahmen	26,30%	Ausgaben	26,30%

Diese Übersicht zeigt, daß das Tiefbauamt durchschnittlich etwa 12 % der Gesamteinnahmen der Stadt und etwa 25 % der Gesamtausgaben der Stadt im ordentlichen

Haushaltplan bewirtschaftet. Im außerordentlichen Haushaltplan liegt der Anteil des Tiefbauamts zwischen 20 und 45 % der Einnahmen und Ausgaben.

Zur Durchführung seiner Aufgaben stehen dem Tiefbauamt an Personal 124 Arbeiter, 17 Angestellte und 6 Beamte zur Verfügung. Der Anteil des Tiefbauamts am Personalbestand der Stadt (ohne Stadtwerke) beläuft sich auf etwa 30 %.

Ein Kilometer Straße kostet 4000 DM

Dem Tiefbauamt obliegt die Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze und Brücken. Das Straßennetz der Stadt hat eine Länge von 93 km. Die zur reinen Unterhaltung aufgewendeten Kosten (ohne Neubauten) betragen 214 000 DM. Auf einen Kilometer umgerechnet ergibt sich daher ein Unterhaltungsaufwand von 2300 DM. Darin sind die Personalkosten mit jährlich rund 215 000 DM noch nicht enthalten. Der tatsächliche Aufwand für 1 km Straßenlänge einschließlich Personalkosten dürfte bei etwa 4000 DM jährlich liegen.

Neben den eigentlichen Stadtstraßen werden vom Tiefbauamt 8,8 km Ortsdurchfahrten von Bundes- und Landstraßen 1. Ordnung, sowie 3,4 km Ortsdurchfahrten von Landstraßen 2. Ordnung betreut. Für deren Unterhaltung wird dem Tiefbauamt pro km ein Pauschsatz von 800 DM für die Bundes- und Landstraßen 1. Ordnung und von 400 DM für die Landstraßen 2. Ordnung vom Land bzw. Kreisverband vergütet. Diese Pauschsätze stehen mit den tatsächlichen Aufwendungen der Stadt nicht in Einklang. Nicht unerwähnt bleiben sollen die durch die Stationierung einer Panzereinheit in Tübingen laufend eintretenden Panzerschäden. Da die Ortstraßen vielfach für eine derartige Inanspruchnahme nicht ausgebaut sind, werden die Straßendecke sowie auch die Randsteine laufend durch Panzerfahrzeuge beschädigt. Es wurden seit der Währungsreform insgesamt über 100 000 DM für Panzerschäden beim Entschädigungsgericht in Tübingen zum Ersatz angemeldet. Davon sind vom Entschädigungsgericht im abgelaufenen Jahr 34 420 DM anerkannt und ausbezahlt worden.



Eberhard-Wildermuth-Siedlung
„Auf dem Sand“

Als wesentliche Bauten dieses Jahres sind zu nennen:

	Aufwand rund
Wiederaufbau der Alleenbrücke	650 000 DM
Neubau der Auffahrtsstraße zum Bergfriedhof (I. und II. Bauabschnitt)	360 000 DM
Errichtung des Freibadstegs über den Neckar	25 000 DM
Neubau des Finken- und Schwalbenwegs (Siedlung Sand II. Bauabschnitt)	20 000 DM
Wiederherstellung des Gehwegs und des Treppenabgangs beim Café Neckartor	11 500 DM
Ausbau der Mathilden- und Eberhardstraße	14 700 DM
Ausbesserung der Gehwege an der Blauen Brücke	3 000 DM
Beteiligung an den Baukosten für die Rohrbrücke über die Ammer beim Schlachthaus Achalmstraße / Lichtensteinstraße (Randsteinsatz)	12 000 DM
Zusammen:	1 135 620 DM

Derzeit im Bau befinden sich:		Aufwand rund
Ausbau Mörikestraße		2 500 DM
Ausbau Schwärzlocher Straße		6 000 DM
Ausbau Sternplatz		20 000 DM
Ausbau westliche Alexanderstraße		12 500 DM
Ausbau östliche Alexanderstraße		90 000 DM
Ausbau Sand (III. Bauabschnitt)		20 000 DM
Verlängerung der Bismarckstraße		25 000 DM
Zusammen:		176 000 DM

in Derendingen:		Aufwand rund
Ausbau der Primus-Truber-Straße		17 500 DM
Neubau der Krefsbachbrücke		32 000 DM
Waldhörlebrücke (Beitrag an Kreisverband)		20 000 DM
Ausbau Primus-Truber-Straße (Verlängerung)		27 500 DM
Zusammen:		97 000 DM

Die neue Alleenbrücke



in Lustnau:		Aufwand rund
Neubau der Neuen Nürtinger Straße		90 000 DM
Ausbau der Linsenbergstraße		9 000 DM
Ausbau der Alberstraße		24 000 DM
Ausbau der Haldenstraße		5 000 DM
Zusammen:		128 000 DM

Im Bau befinden sich:		Aufwand rund
Ausbau der Stieglerstraße		9 000 DM
Ausbau im Aeule (Erschließung)		50 000 DM
Zusammen:		59 000 DM

Die große Zahl dieser Neubauten ist bedingt durch den *Nachholbedarf*, der in den Kriegsjahren entstanden ist. Um den Bedarf an Steinmaterial für die Straßenunterhaltung und die Straßenneubauten zu decken, wird vom Tiefbauamt in der Gemeinde Reusten ein *Steinbruchbetrieb* in Pacht unterhalten. Im Jahre 1953 wurden dort 13 Arbeiter beschäftigt. Die Kapazität des im Jahre 1952 erweiterten Schotterwerks konnte von 10 000 cbm auf etwa 18 000 cbm jährlich gehoben werden.

Wasserläufe und Uferschutzarbeiten

Für die Unterhaltung der Wasserläufe und Uferschutzarbeiten sind insgesamt 27 000 DM vorgesehen. Das Tiefbauamt ist bestrebt, die Wasserläufe und die Ufer in einen Zustand zu versetzen, der etwaige Hochwassergefahren nach Möglichkeit ausschließt. Neben diesen Aufwendungen ist die Stadt verpflichtet, sich an den Kosten der staatlichen Flußbauunterhaltung zu beteiligen. Ebenso ist die Stadt verpflichtet, einen Anteil an den Hochwasserschäden am Neckar zu übernehmen. Neben diesen Beiträgen an den Staat waren 1953 für Hochwasserschäden an den städtischerseits betreuten Bächen und Flüssen 10 000 DM aufzuwenden. Als Folge des Hochwassers der Steinlach wird derzeit das Steinlachbett unter der Eisenbahnbrücke ausgeräumt.

An Neubauarbeiten wurden 1953 vorgenommen:

	Ausgaben rund
Uferschutzarbeiten an der Steinlach mit	20 000 DM
Erstellung eines Rückhaltebeckens in der Täglesklinge	21 000 DM
Eindolung des Kirchgrabens in Lustnau	7 500 DM
Zusammen:	48 500 DM

Für die Unterhaltung der Brunnen werden jährlich 4000 DM aufgewendet.

Städtischer Bauhof

Vom Tiefbauamt wird im Schleifmühlweg ein *Bauhof* unterhalten. Neben den Materialien wird ein Maschinenpark betreut, der 1 Betonmischer, 1 Zwangsmischer, 1 Teermaschine, 2 Handteermaschinen und die Straßenwalzen umfaßt. Der jährliche Umsatz des Bauhofs an Baumaterialien bewegt sich zwischen 150 000 und 200 000 DM. Der derzeitige Lagerbestand ist mit rund 100 000 DM angegeben.

Da der Bauhof im Schleifmühlweg für die Erfordernisse des Tiefbauamts nicht mehr ausreicht, mußte ein Ausweichlagerplatz im Ammertal eingerichtet werden. Es ist beabsichtigt, den gesamten Bauhof in das Ammertal zu verlegen.

Stadtentwässerung und Kläranlagen

Das Kanalnetz beträgt etwa 65 km. Das Einzugsgebiet umfaßt rund 720 ha. Der tägliche Abwässeranfall beträgt 7100 cbm oder jährlich 2 591 500 cbm. Die Stadt unterhält zur Zeit 2 Kläranlagen und zwar eine zentrale Kläranlage (mechanische Kläranlage) und eine mechanisch-biologische Kläranlage für das Freibad. Die Unterhaltung der Kläranlagen und des Kanalnetzes erfordert einen Aufwand von 115 000 DM. Nach den für das Jahr

1952 vorliegenden Berechnungen entfallen von den vorstehenden Aufwendungen auf die Unterhaltung der Kläranlagen zwei Drittel, auf die Unterhaltung des Kanalnetzes ein Drittel der Aufwendungen. Der jährliche Unterhaltungsaufwand für 1 km des Kanalnetzes liegt bei etwa 500–1000 DM.

Da die anfallenden Abwässer von der zentralen Kläranlage nicht mehr bewältigt werden können, ist die Erstellung einer *neuen mechanisch-biologischen Kläranlage* dringlich. Die Stadtverwaltung hat daher im abgelaufenen Jahr den Auftrag für die Ausarbeitung der Planunterlagen für eine neue mechanisch-biologische Kläranlage für den südlichen Stadtteil der Firma Süddeutsche Abwasserreinigungs-Gesellschaft (SAG) in Ulm übertragen. Der voraussichtliche Aufwand für die Ausarbeitung der Planunterlagen ist mit 40 000 DM veranschlagt. Der Bau der geplanten Kläranlage ist mit 2,5 Millionen DM anzunehmen. Ein Sammelkanal von der Bismarckstraße zur neuen Anlage wird erforderlich. Mit dem Ausbau in Verlängerung der Bismarckstraße wurde begonnen. Der vermutliche Aufwand beträgt 900 000 DM.

An Kanalbauten wurden erstellt:	Aufwand rund
Alexanderstraße – westlich	12 500 DM
Waldhäuserstraße/Engelfriedshalde	14 000 DM
Feldweg 340 im Rotbad	13 000 DM
Mauerstraße	4 500 DM
Stuttgarter Straße-Rasthaus	7 000 DM
Sand (III. Bauabschnitt)	65 000 DM
Wennfelder Garten – beim Gaswerk	20 000 DM
Zusammen:	136 000 DM

Im Bau befinden sich:	Aufwand rund
Alexanderstraße – östlich	30 000 DM
Neuer Sammelkanal zur neuen Kläranlage	720 000 DM
Zusammen:	750 000 DM

In Derendingen:	Aufwand rund
Waldhörlestraße	18 000 DM
Primus-Truber-Straße	33 000 DM
Zusammen:	51 000 DM

In Lustnau:	Aufwand rund
Steige Lustnau	21 000 DM
Nürtinger Straße	60 000 DM
Aeule Lustnau	45 000 DM
Zusammen:	126 000 DM

Straßenreinigung und Müllbeseitigung

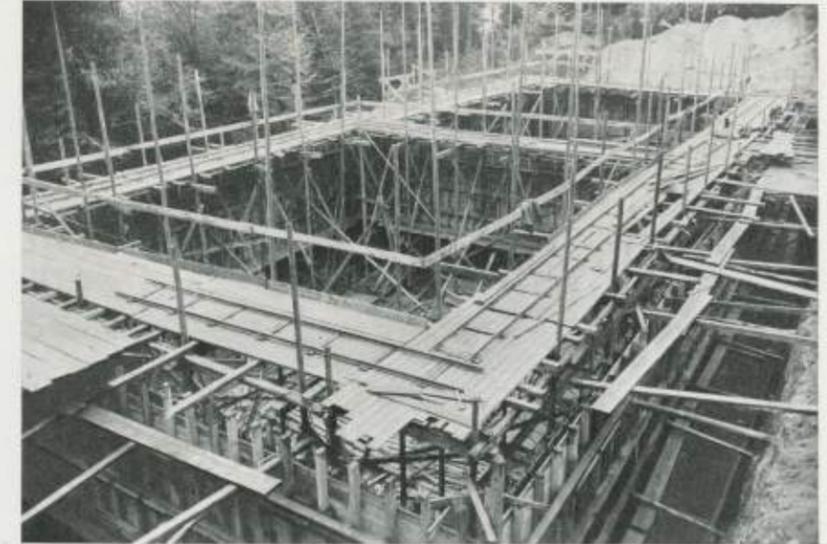
Der Stadtbezirk ist mit seinen 46 ha. Straßenfläche in 13 Kehrbezirke eingeteilt. Je Kehrbezirk ist ein Straßenwart eingesetzt. Es ergibt sich, daß die Aufwendungen in Höhe von 122 100 DM durch die Einnahmen noch nicht gedeckt werden. Erwähnenswert im Rahmen der Straßenreinigung ist außerdem die Schneebeseitigung. Es wurden hierfür im Jahre 1952 rund 30 000 DM aufgewendet.

Eine wichtige Aufgabe ist die Müllbeseitigung. Hierfür wurde das Stadtgebiet in 7 Bezirke, und zwar 5 Bezirke für das Stadtgebiet und je ein Bezirk für die Vororte Lust-



Die Müllabfuhr greift zu!

Hochzonenbehälter „Auf dem Sand“



nau und Derendingen, eingeteilt. Der Müll aus dem gesamten Stadtgebiet wird durch Motorfahrzeuge abgefahren. 4 Müllwagen stehen hierfür zur Verfügung. Das Betriebsergebnis für die Jahre 1951–1953 weist folgendes aus:

1951 Einnahmen	74 791 DM	Ausgaben	96 731 DM
1952 Einnahmen	80 987 DM	Ausgaben	146 848 DM
1953 Einnahmen	85 000 DM	Ausgaben	110 500 DM

Auch bei der Müllabfuhr decken die anfallenden Gebühren (85 000 DM) den tatsächlichen Aufwand (111 000 DM) nicht.

Fuhrpark

Beim städtischen Fuhrpark Tübingen werden an Fahrzeugen betreut:

Pkw 5 davon	2 Mercedes 170
	1 DKW
	2 Volkswagen

Lkw 5 davon	1 5 1/2-Tonner
	3 3-Tonner
	1 1 1/2-Tonner
Sonderfahrzeuge	1 Sprengwagen
	2 Fäkalienwagen
	4 Müllwagen
	1 Schlepper mit Anhänger
Motorräder	7

Das Personal umfaßt 1 Kraftfahrzeugmechanikermeister als Leiter des Fuhrparks, 1 Mechaniker und 12 Kraftfahrer.

Bauratsschreiberei

Von der *Bauratsschreiberei* wurden 101 Anlieger- und 142 Dolenbeiträge bearbeitet, Schwemm-Kanalgebühren in 1500 und Hausgebühren (für Straßenreinigung und Müllabfuhr) in 4500 Fällen festgestellt mit einem Gesamtbetrag von 480 000 DM.



Querschnittsmessungen
des Stadtmessungsamtes
im Bett der Steinlach

DAS VERMESSUNGSWESEN

Das Stadtmessungsamt ist durch seine Schlüsselstellung als Bindeglied zwischen der Planung und der Bauausführung, dem Grundbuch, der Liegenschaft und der allgemeinen Verwaltung bei der gegenwärtigen baulichen Entwicklung unverhältnismäßig stark beansprucht. Die lebhafte Planungs- und Bautätigkeit und der Grundstücksverkehr haben auch im Jahre 1953 ein steigendes Arbeitsvolumen gebracht. Das Personal konnte aus räumlichen Gründen und aus Mangel an Fachkräften nicht im erforderlichen Maße verstärkt werden.

Um einen Überblick über die Arbeiten des Stadtmessungsamtes zu geben, seien folgende Zahlen genannt:

Auf dem Gebiet der *Katastervermessung* hat das Amt im Berichtsjahr 120 Katastermeßurkunden gefertigt und 2733 veränderte Flurstücke und Gebäudegrundstücke in den Katasterakten fortgeführt. Diese Meßurkunden umfassen für Tübingen und Lustnau vier Urkundenbände mit insgesamt 2073 Seiten.

Das Amt hatte 286 Bauanträge zu bearbeiten, dafür die Lagepläne zu fertigen und die örtlichen *Bauabsteckungen* sowie die Vermessung der Schnurgerüste durchzuführen. Außerdem waren zu diesen Anträgen Geländeschnitte für die Planung und Stellung der Bauwerke aufzumessen.

Von der Stadtmessung und dem umfangreichen Rahmenplanwerk wurde von allen städtischen Ämtern und von Bauherrschaften lebhafter Gebrauch gemacht. Für die laufenden Großprojekte waren umfangreiche Neuvermessungen nach Lage und Höhe durchzuführen.

Auf dem Gebiet der Tiefbauarbeiten hatte das Stadtmessungsamt die Anlage von Straßenbauten, Randsteinen,

Kanalbauten, Wasserleitungen, Gasleitungen und Kabeln örtlich zu planen und abzustecken sowie nach der Ausführung einzumessen und in die Pläne einzutragen.

Für den Vorentwurf der Schnarrenbergstraße wurde ein Höhenkurvenplan aus 575 Punkten mit 2875 Einzelablesungen gefertigt; zur Massenberechnung wurden ferner 53 Längen- und Querschnitte mit 1590 Höhenpunkten eingemessen. Die genaue Planung der Medizinischen Klinik auf dem Schnarrenberg erforderte 600 Höhenpunkte mit 3000 Einzelablesungen. Als Entwurfsunterlagen und Höhenkurvenpläne in den Gewanden Steinberg, Öschle und Morgenstelle wurden 1250 Höhenpunkte mit 6250 Einzelablesungen gemessen, gerechnet und gezeichnet. Diese Teilarbeit mit 13 715 Einzelmessungen zeigt den Umfang der zu leistenden Arbeiten. Nur unter Einsatz neuzeitlicher Vermessungsinstrumente und mit rationellen Arbeitsmethoden können derartige Arbeiten ausgeführt werden.

In Zusammenarbeit mit den technischen Ämtern stellte das Stadtmessungsamt die Genehmigungspläne für den Ortsbauplan her und beglaubigte den Zusammenhang mit Grundbuch und Liegenschaft. Das Amt hat sein örtliches Höhennetz im Rahmen des Bundeshöhennetzes mit 70 km Präzisions-Nivellement weiter ausgebaut.

Auf dem Gebiet des Liegenschaftsverkehrs hat das Stadtmessungsamt außer den Katastermeßurkunden Grunderwerbspläne hergestellt und an der Einteilung von Grundstücken vermessungstechnisch und rechtlich mitgewirkt.

Des weiteren veröffentlichte es einen Adreßbuchplan 1:100 000 in Fünffarbedruck mit neuer Höhenkurvendarstellung. In Zweifarbedruck wurde der Übersichts-

plan 1:5000 neu gedruckt. In einem dreifarbigem Sonderdruck wurde der Stadtplan 1:5000 mit einer eindrucksvollen Darstellung der Neubauten in den Jahren 1945 bis 1953 herausgegeben.

Im ganzen kann gesagt werden, daß das Tübinger Vermessungsamt im Verhältnis zu anderen Vermessungsämtern seine Antragsteller besonders gut und rasch bedient.

STEIGENDER BEDARF AN WOHNUNGEN

Die Wohnraumfrage ist auch 1953 ein schwieriges Problem geblieben. Die Zahl der Wohnungsuchenden hat sich von 2265 auf 2735 erhöht, obgleich etwa ebenso viele Neubauwohnungen wie im Vorjahr vergeben werden konnten. Bei der Gemeindewohnungsbehörde gehen wöchentlich rund 25 neue Zuweisungsanträge ein. Der Grund für die Zunahme der Wohnungsgesuche liegt sowohl im natürlichen Wachstum der Stadt als auch in der städtischerseits geförderten Ansiedlung von Regierungsdienststellen, Forschungsinstituten und Gewerbebetrieben. Außerdem müssen weiterhin Heimatvertriebene in Tübingen aufgenommen werden. Die Zahl der Flüchtlinge aus der Sowjetzone, denen Wohnraum verschafft werden soll, hat sich seit Februar dieses Jahres erheblich vergrößert.

Die vorläufige Entscheidung, Tübingen als Sitz des Regierungspräsidiums beizubehalten, erfordert weitere Wohnungen für ungefähr 120 Beamte und Angestellte, die Trennungentschädigung beziehen und schon aus diesem Grunde vordringlich unterzubringen wären. Für Universitätsangehörige sind im Berichtszeitraum wieder eine Reihe von Wohnungen bereitgestellt worden. Die Wünsche der Universität konnten dabei im wesentlichen erfüllt werden.

Das Wohnungsamt hat im Jahre 1953 (vom 1. 11. 1952 bis 31. 10. 1953) 615 Wohnungen und Teilwohnungen vergeben. Diese verteilen sich auf die einzelnen Personengruppen wie folgt:

Personengruppen	Erstmalige Belegung von Neubauten	Belegung von Altwohnraum	Summe
Heimatvertriebene	96	16	112
Spätheimkehrer	8	30	38
Universitätsangehörige	1	17	18
Räumungsurteile	4	21	25
Besatzungsverdrängte	1	14	15
Sofortfälle	—	5	5
Fliegergeschädigte	2	—	2
Industrie	3	6	9
Abgelöste Baukostenzuschüsse	—	3	3
Politisch Verfolgte	—	1	1
Soziale Notfälle (Backofensiedlung)	42	—	42
Stufe II	11	35	46
Stufe III	48	162	210
Sonstige Fälle	18	71	89
zusammen	234	381	615

Im allgemeinen dauert es von der Antragstellung bis zur Aushändigung eines Vermessungsplanes 4–6 Wochen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß in unserer Stadt während der ganzen Kriegsjahre keine nennenswerten Neuvermessungen vorgenommen wurden, andererseits aber die Bautätigkeit nach der Währungsreform dazu zwang, völlig neue Baugebiete zu vermessen und zu erschließen.

Für die unter Stufe II aufgeführten 11 Neubauwohnungen wurden Mittel aus dem allgemeinen Wohnungsbauprogramm zur Verfügung gestellt mit der Bestimmung, daß die Wohnungen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen überlassen werden sollten. Die unter Stufe III genannten Neubauwohnungen wurden zum größten Teil Staats-, Post- und Bahnbediensteten und Angehörigen des Landeswetterdienstes zugewiesen.

Von den durch das Wohnungsamt vergebenen 615 Wohnungen und Teilwohnungen entfallen auf

	Neubauten	Altwohnraum	Summe
Tübingen-Stadt	232	302	534
Tübingen-Derendingen	—	32	32
Tübingen-Lustnau	2	47	49
zusammen:	234	381	615

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß auch im vergangenen Jahr ein erheblicher *Wohnraumschwund* hingenommen werden mußte. Das heißt, daß Wohnraum, der durch anderweitige Unterbringung frei wurde, dringend benötigt wurde, um die Wohnverhältnisse der verbliebenen Familien aufzulockern. Im Berichtsjahr wurden 234 (i. V. 242) Neubauwohnungen und 381 (i. V. 462) Altwohnungen vergeben. Viele Wohnungen wurden nach Verkauf der Häuser von den neuen Käufern, die meist nicht als Wohnungsuchende eingetragen waren, selbst übernommen.

An Dringlichkeitsfällen sind zur Zeit vorgemerkt:

Politisch Verfolgte	9 Parteien
Spätheimkehrer	113 Parteien
sozial dringende Fälle	140 Parteien
zusammen:	262 Parteien

Die Liste der sozial dringlichen Fälle, von denen wiederum eine erhebliche Anzahl besonders auch der älteren und schwierigeren Fälle ihre Erledigung finden konnte, ergänzt sich laufend. Ziemlich zahlreich sind die Fälle, in denen Familien auf Grund von Räumungsurteilen im Wege der *Obdachlosenfürsorge* eine Notunterkunft beschafft werden muß. Eine größere Anzahl solcher Familien konnte in der Backofensiedlung untergebracht werden.

Umsiedler und Aussiedler

Die Entwicklung der Wohnungsverhältnisse wird wesentlich durch die Aufnahme von Umsiedlern und Sowjetzonenflüchtlingen bestimmt. Die Umsiedlungsaktion für 1951/52 konnte nach Fertigstellung der Siedlung des Evangelischen Hilfswerks auf dem „Sand“ (56 Wohneinheiten, davon 28 zur Unterbringung von Umsiedlern), der 16 Wohneinheiten an der Stuttgarter Straße (davon 6 für Pendler), der 16 Wohneinheiten an der Eugenstraße (davon 8 für Pendler), sowie 4 weiterer durch private Bauherren erstellter Wohneinheiten (davon 2 für ortsansässige Heimatvertriebene) zum Abschluß gebracht werden. Dringlich ist die Unterbringung von 207 Umsiedlern und 172 Sowjetzonenflüchtlingen. Die Bauförderungsmittel sind leider nur für die Sowjetzonenflüchtlinge bestimmt, welche seit Februar dieses Jahres der Stadt zugewiesen wurden. Das bedeutet, daß 42 von ihnen Altwohnraum erhalten müßten. Was an Altwohnungen jedoch frei wird, sollte andererseits der großen Zahl der allgemeinen Wohnungsuchenden vorbehalten bleiben. Der Staat sollte in solchen Fällen die nötigen Mittel von sich aus bereitstellen, damit die Gemeinden den ihnen auferlegten Unterbringungsverpflichtungen nachkommen können.

Des weiteren wird Tübingen „Aussiedler“ aufnehmen müssen. Das sind entweder Volksdeutsche aus Österreich, der Tschechoslowakei, den Balkanländern und Polen, oder Personen, die aus den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie kommen und z. T. nach Österreich geflüchtet waren. Ein Wohnungsbauprogramm für Aussiedler ist von staatlicher Seite noch nicht aufgestellt.

In Tübingen wohnen 4448 Heimatvertriebene und 2579 Sowjetzonenflüchtlinge. Auf das Aufnahmesoll der Stadt sind allerdings nur 1222 Heimatvertriebene und 185 Sowjetzonenflüchtlinge angerechnet. Dieser große Unterschied zwischen der amtlich anerkannten und der tatsächlichen Personenzahl wirkt sich nachteilig auf die Zuteilung von Bauförderungsmitteln aus und rührt daher, daß viele Heimatvertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge hierher gezogen sind, bevor die einschlägigen Gesetzesverordnungen erlassen wurden.

SORGE UM DIE JUGEND — HILFE FÜR DIE ALTEN

Die Sozialarbeit der Stadtverwaltung ist nicht nur bezüglich der Hilfe für den Einzelnen von weitreichender Bedeutung, sondern auch für die gesamte Wirtschaft. Kamen doch an Fürsorge- und Ausgleichsleistungen im Berichtsjahr rund 2,3 Mill. DM zur Ausschüttung. Dazu treten noch die im einzelnen nicht feststellbaren, im ganzen aber in die Millionen gehenden Rentenleistungen, die durch Vermittlung des Städtischen Sozialamts von den zuständigen Versicherungs- und Versorgungsträgern ausbezahlt werden. Es sind in Tübingen allein 3900 Personen, die im Rahmen des Bundesversorgungsgesetzes Leistungen erhalten.

Die Zahl der von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Wohnungen und Einzelzimmer hat im Jahre 1953 erfreulich abgenommen. Beschlagnahmt sind z. Zt. noch 162 Wohnungen und 55 Einzelzimmer.

Neues Gesetz zur Wohnraumbewirtschaftung

Wohnungsausschuß und Wohnungsabteilung als Einspruchsinstanz wurden nicht mehr so häufig in Anspruch genommen wie in den Vorjahren. Am 1. 7. 1953 ist das Wohnraumbewirtschaftungsgesetz vom 31. 3. 1953 in Kraft getreten und hat das Kontrollratsgesetz Nr. 18, das bisher Grundlage für die Wohnraumbewirtschaftung war, abgelöst. Das neue Gesetz sieht eine Reihe von Auflockerungen vor. Insbesondere soll bei der Wohnraumvergabe der Hausbesitzer ein wesentlich weitergehendes Mitspracherecht als bisher bekommen. Der Vermieter kann jetzt von sich aus den Bewerber nennen, dem er die freiwerdende Wohnung zu vermieten wünscht. Nur aus gewichtigen Gründen der Wohnraumbewirtschaftung kann die Gemeindeförderungsbehörde einem derartigen Antrag widersprechen. Wenn kein Antrag gestellt wird, kann die Gemeindeförderungsbehörde Bewerber zur Auswahl vorschlagen.

Die Gemeindeförderungsbehörde hat freilich schon früher die Vermieter bei der Wohnraumvergabe gehört. Sie hat in der Regel keine Einzelzuweisungen vorgenommen, sondern eine Bewerberauswahl genannt. Das neue Gesetz gibt auch solchen Wohnungsbewerbern, die nach der bisherigen Handhabung noch nicht mit einer Wohnung hätten rechnen können, die Möglichkeit, als Mitbewerber aufzutreten. Es wird nunmehr ein schrittweiser Abbau des Wohnungsamtes möglich werden. Der Bedarf an Einzelzimmern kann im wesentlichen ohne Schwierigkeiten gedeckt werden, so daß das bisherige Zuweisungsverfahren durch ein einfaches Anmelden ersetzt werden kann. Bei Wohnungen kann jedoch vorläufig auf die Bewirtschaftung kaum verzichtet werden, so lange es nicht gelingt, mehr und billiger zu bauen.

Ein großer Teil der Arbeit des Sozialamts und des Ausgleichsamts gilt der Betreuung unserer Jugend. Für insgesamt 454 Jugendliche und noch in Berufsausbildung stehende Personen sind auf Grund des Bundesversorgungsgesetzes, des Lastenausgleichsgesetzes und der Bundesgrundsätze für die öffentliche Fürsorge in Form von Erziehungs- oder Ausbildungshilfen Leistungen von insgesamt 342 000 DM, darunter 250 000 DM an Studenten, zur Auszahlung gelangt.

Die Sozialleistungen werden zwar nur zu einem verhältnismäßig kleinen Teil unmittelbar aus städtischen Mitteln getragen — es mögen in diesem Jahr rund 120 000 DM

sein — doch sind auch die auf Rechnung fremder Kassen zu zahlenden Sozialleistungen von unserer Wirtschaft aufzubringen. Sie erscheinen direkt oder indirekt bei den Zuweisungen des Bundes und des Landes oder bei der Kreisverbandsumlage wieder im Gemeindehaushalt.

Die öffentliche Fürsorge

Das Fürsorgewesen hat gegenüber dem Vorjahr nominell höhere Leistungen aufzuweisen, ohne daß eine Erhöhung in der Zahl der unterstützten Personen eingetreten wäre. Dies ist auf die im Laufe dieses Jahres eingetretene Erhöhung der Verpflegungssätze in der geschlossenen Fürsorge, die Erhöhung der Richtsätze und die durch das Fürsorgeänderungsgesetz eingeführten Vergünstigungen besonders notleidender Personengruppen sowie die allgemeinen Preissteigerungen zurückzuführen. Allgemein kann gesagt werden, daß die Bewohner unserer Stadt noch einen großen Drang zur Selbsthilfe besitzen und in den meisten Fällen nur in höchster Bedrängnis die Fürsorge in Anspruch nehmen.

Die Erhöhung der Rentenbezüge eines Teils der Kriegsoffer durch die Novelle zum Bundesversorgungsgesetz hat sich auf die vom Sozialamt ausgeübte soziale Fürsorge

finanziell kaum ausgewirkt, den Kriegsoffern jedoch endlich die so notwendige Annäherung der Renten an das erhöhte Preisgefüge gebracht. Etwa 30 Kriegerwitwen und Beschädigte und 70 Waisen konnten in Zusammenarbeit mit der Hauptfürsorgestelle und dem Jugendamt in Erholung geschickt werden. Sehr segensreich wirken sich die in etwa 50 Fällen in Anspruch genommenen Darlehen aus der Landeswohlfahrtskasse für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene mit einem Gesamtbetrag von 53 000 DM aus.

Soweit Unterhaltshilfen nach den Bestimmungen des Lastenausgleichsgesetzes wegen Erreichung der Höchstbeträge eingestellt werden mußten, sind ihre Empfänger zumeist auf die Fürsorge zu übernehmen. Zunächst ist die Zahl dieser Personen nicht gerade groß. Man muß jedoch in den nächsten Monaten zweifellos mit einer Zunahme dieses Personenkreises in der Fürsorge rechnen. Eine beträchtliche arbeitsmäßige und finanzielle Belastung brachte die auf Grund des Lastenausgleichsgesetzes von der Fürsorge durchzuführende ärztliche Versorgung aller Unterhaltshilfeempfänger. Trotzdem darf wohl gesagt werden, daß das Lastenausgleichsgesetz die öffentliche Fürsorge, im ganzen genommen, entlastet hat.



Geruhvoller Lebensabend im Pauline-Krone-Heim

In den Jahren 1951 und 1952 sind *Vertriebenen* zur Einrichtung ihrer Wohnungen Darlehen im Gesamtbetrag von rund 17 000 DM gewährt worden. Diese Darlehen sind in der Zwischenzeit bis auf einen Betrag von rund 10 000 DM zurückgezahlt worden. Die Restschuld wird in laufenden Raten abgezahlt und ist durch Verpfändung der Ansprüche der Vertriebenen an den Lastenausgleich gesichert. Diese Darlehensaktion brauchte im laufenden Jahr nicht mehr fortgesetzt werden. Auch ist die fürsorgerische Betreuung der Vertriebenen allgemein erfreulicherweise zurückgegangen, weil sie jetzt Forderungen auf Grund des Lastenausgleichsgesetzes haben und deshalb ganz oder teilweise zum Ausgleichsamt übergewechselt sind. Es kann auch in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß ein erheblicher Teil der Vertriebenen in ihrer neuen Heimat arbeits- und wohnungsmäßig wieder eingegliedert ist. Die *Sowjetzonenflüchtlinge* sind bisher fürsorgerisch noch nicht wesentlich in Erscheinung getreten, weil sie großenteils bis zur Fertigstellung der für sie vorgesehenen Wohnungen noch im Lager Hechingen untergebracht sind. Ihre Betreuung dürfte aber nach ihrer Ansiedlung in Tübingen das Sozialamt und auch das Ausgleichsamt stark in Anspruch nehmen.

Die Betreuung der *nichtseßhaften Personen* ist durch die Zentrale Betreuungsstelle, eine Einrichtung der freien Wohlfahrtspflege, verstärkt worden. Wenn auch finanziell für die Fürsorge dadurch keine Entlastung eingetreten ist, so kann doch mit Genugtuung festgestellt werden, daß durch diese mit Unterstützung der Stadt geschaffene Organisation das *Bettlerunwesen* in Tübingen spürbar abgenommen hat.

Im einzelnen ergibt sich im Fürsorgewesen folgendes Zahlenbild:

Fürsorgeart	Lfd. und einmalig Unterstützte		Aufwand DM
	Part.	Pers.	
Vertriebene	305	690	108 000.—
Evakuierte	55	82	36 000.—
Sowjetzonenflüchtlinge	140	155	63 000.—
Ausländer und Staatenlose	25	30	14 000.—
Angehörige von Kriegsgefangenen und Vermißten sowie Heimkehrer	40	60	8 000.—
Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene	236	385	55 000.—
Krankenhilfe für Unterhaltshilfeempfänger	—	—	7 000.—
Sozial- und Kleinrentner	188	205	135 000.—
Allgemeine Fürsorge	358	740	207 000.—
Tbc-Hilfe	133	133	68 000.—
insgesamt:	1 480	2 480	701 000.—

Außerdem wurden 2600 Wanderer betreut und rund 750 Anträge der Tübinger Kliniken auf Übernahme der Behandlungskosten bearbeitet.

Wie im Vorjahr sind auf Weihnachten vom Bund und Land an Hilfsbedürftige und Minderbemittelte Weihnachtsbei-

hilfen je nach Familiengröße zwischen 30 DM und 120 DM über das Sozialamt ausgezahlt worden. Insgesamt konnten etwa 1000 Parteien mit rund 40 000 DM berücksichtigt werden.

Die Freie Wohlfahrtspflege

Das *Tübinger Hilfswerk* ist dank der andernorts erwähnten Zuwendungen der Stadtwerke wiederum in der Lage gewesen, den minderbemittelten Personen unserer Stadt und denen, die in eine unverschuldete Notlage gekommen sind, im Laufe des Jahres rund 20 000 DM zuzuteilen.

Die *Unicef* hat dem Sozialamt neue Bekleidungsstücke und Schuhwerk zukommen lassen, was bei den bedachten Personen große Freude ausgelöst hat. Von der dänischen und schwedischen Regierung ist eine Spende mit sehr gut erhaltenen Kleidern und Schuhen eingegangen. Ebenfalls hat der *Tübinger Einzelhandelsverband* dem Sozialamt eine größere Weihnachtsspende zur Verteilung an bedürftige Personen übergeben, wofür die Stadtverwaltung dem Einzelhandelsverband besonders dankt. Die gute Zusammenarbeit mit den *caritativen Verbänden*, insbesondere bei der Erholungsfürsorge für Mütter, soll hier noch besonders hervorgehoben werden. Die Übernachtungs- und Verpflegungsmöglichkeiten des *Evangelischen Herbergsvereins* und des von der *Arbeiterwohlfahrt* betriebenen „Pfleghofs“, sowie die Betreuungsmaßnahmen der *Bahnmissionsmission* haben vielen Durchreisenden Hilfe gewährt. Das *Jugendsozialwerk* hat in der Betreuung der heimatlosen Jugendlichen Hervorragendes geleistet. Es konnte teilweise mit Erfolg neue Wege zur Eingliederung der Jugendlichen beschreiten.

Die Rückkehr von 12 *Kriegsgefangenen* ist von der Bevölkerung und der Stadtverwaltung mit großer Freude begrüßt worden. Die Mitteilungen der Heimkehrer über die seit 1951 laufende Paketaktion der Stadt Tübingen sind so eindrucksvoll, daß die Stadt sich entschlossen hat, jeder der noch in Gefangenschaft befindlichen 18 Personen aus Tübingen allmonatlich ein Paket durch Vermittlung des Roten Kreuzes zu schicken. Am 1. und 2. Januar 1954 trafen wiederum 7 Heimkehrer in Tübingen ein. Hoffentlich dürfen wir im neuen Jahr bald die letzten Kriegsgefangenen der Stadt begrüßen!

Die Leistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz

Das *Ausgleichsamt* war in diesem Jahr bemüht, neben der geschäftsmäßigen Registrierung der 7900 eingegangenen Anträge möglichst viele Gesuche zu bescheiden. Die Hausratshilfeanträge sind, soweit sie in die freigegebene Punktzahl hereinfallen und die Unterlagen einwandfrei nachgewiesen sind, restlos bearbeitet. Die Anträge auf Gewährung von Kriegsschadensrente konnten zum größten Teil beschieden werden. Viel Arbeit brachten die Anträge auf Gewährung von Aufbaudarlehen für die freie Wirtschaft und die gewerblichen Berufe sowie für den Wohnungsbau. Soweit diese Anträge förderungswürdig waren, konnte ihnen ausnahmslos entsprochen werden.

Die Anträge auf Währungsausgleich aus Sparguthaben Vertriebener konnten ebenfalls bis auf einen kleinen Rest bearbeitet werden.

Das Ausgleichsamt steht in seiner Bedeutung für das soziale Leben unserer Stadt dem Sozialamt nicht nach. Seine Tätigkeit ist für die wirtschaftliche und soziale Eingliederung und Entwicklung der Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten, die Existenz der alten Währungsgeschädigten und für die neuerdings im Rahmen besonderer Härtebestimmungen dem Lastenausgleich zur Betreuung zugewiesenen Personengruppen wie Spätheimkehrer, Sowjetzonenflüchtlinge, Saarländer usw. ausschlaggebend.

Die Leistungen des Ausgleichsamtes, soweit sie es mittelbar berühren, möge das folgende Zahlenbild wiedergeben:

	erledigte Fälle	Leistungen DM
Kriegsschadensrente (Unterhaltshilfe usw.)	500	325 000.—
Hausrathilfen	1 400	350 000.—
Ausbildungshilfen	350	300 000.—
Aufbaudarlehen für gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe	25	160 000.—
Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau	106	219 000.—
	2 381	1 354 000.—

Ortsbehörde

für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Während im Vorjahr 5136 Versicherungskarten aufgerechnet und neu ausgestellt wurden, sind es in diesem Jahr 7400. Der fast 50%ige Zuwachs zeigt nicht nur eine verhältnismäßig günstige Entwicklung und Beschäftigungslage der Wirtschaft, sondern auch das große Interesse der Bevölkerung an der Erhaltung der Anwartschaft auf ihre Sicherheiten. Die Ortsbehörde ist bestrebt, die Versicherten durch Beratung und durch Verteilung der von der Landesversicherungsanstalt Württemberg verfaßten aufschlußreichen Merkblätter weiter aufzuklären und zu verhindern, daß Versicherungsverhältnisse erlöschen und zu Ausschlussfristen versäumd werden. Viel Arbeit brachten verschiedene Gesetzesänderungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung, insbesondere das Fremdrentengesetz und das Gesetz über den Ablauf der über die Dauer des Krieges gehemmten Fristen. Die in Betracht kommenden Anträge, insbesondere von Kriegerwitwen, sind rechtzeitig gestellt und bearbeitet worden. Dadurch konnten die sozialen Verhältnisse mancher Familien verbessert und deren Unabhängigkeit von der öffentlichen Fürsorge erreicht werden.

Zu erwähnen sind noch 255 Rentenanträge, 310 Unfalluntersuchungen und 30 Anträge auf Einleitung von Heilverfahren.

Friedlicher Lebensabend

Mit 220 Plätzen in den städtischen Altersheimen „Bürgerheim“ und „Pauline-Krone-Heim“ hat Tübingen für



Kinderplanschbecken im Freibad

seine Alten gut gesorgt. Die in den Jahren 1950 bis 1952 gebauten Häuser, das Parkhaus und das Birkenhaus im Bereich des Pauline-Krone-Heims, haben sich vollauf bewährt. Die Bewohner unserer Altersheime sind allgemein zufrieden und glücklich, eine schöne Heimat für den Rest ihres Lebens gefunden zu haben. Der Ruf unserer Altersheime ist sehr gut. Die starke Nachfrage auf Unterbringung übersteigt die Kapazität bei weitem. Da nur Einwohner unserer Stadt in den beiden Heimen Aufnahme finden, müssen viele auswärtige Bewerber abgewiesen werden. Die Nachfrage nach Einzelzimmern ist besonders groß. Die Unterbringung in Einzelzimmern, und nicht mehr in Mehrbettzimmern, hat sich bewährt. Es fehlt aber noch ein Heim für pflegebedürftige alte Personen, da in Tübingen kein Spital oder städtisches Krankenhaus vorhanden ist und die Kliniken sich für ausgesprochene *Pflegefälle* nicht eignen. Das Durchschnittsalter der Betreuten unserer Heime beträgt 74 Jahre. Die Pensionssätze, die zwischen 110.— und 150.— DM liegen, konnten wegen der Preis- und Lohnsteigerungen nur mit Mühe gehalten werden. Mit großen Kosten wurden einige bauliche Verbesserungen im Bürgerheim, im Mittelbau und Wirtschaftsgebäude des Pauline-Krone-Heims vorgenommen. Für das kommende Jahr ist der Anschluß des Mittelbaus und des Altgebäudes des Pauline-Krone-Heims an die Zentralheizung vorgesehen.

Gesundheitspflege

Die *Gemeindekrankenpflegestationen* in Lustnau und Derendingen mit ihren 3 Schwestern hatten wiederum viele kranke und pflegebedürftige Personen zu betreuen. Ihr Dienst ist dankbar aufgenommen worden. Die beträchtliche finanzielle Beteiligung der Stadt an dem in Tübingen-Stadt bestehenden Krankenpflegeverein mit 5 Stadtschwestern sei hier ebenfalls erwähnt. Die Zahl der eingesetzten Gemeindekrankenschwestern ist noch zu gering.

Die *Schulgesundheitspflege* ist durch das Gesundheitsamt auch in diesem Jahr mit gutem Erfolg unterhalten worden. Die erholungsbedürftigen Kinder sind, soweit die Kosten nicht von den Eltern bezahlt werden konnten, zu Lasten der öffentlichen Fürsorge in das vom Kreis betriebene Kindererholungsheim Hallwangen und auch in andere geeignete Heime verschickt worden.

Das *Desinfektionswesen* für die Stadt und den Kreis Tübingen wird zur Zeit noch von der Stadt Tübingen auf Grund alter vertraglicher Vereinbarungen bearbeitet. Die vorhandene Desinfektionseinrichtung ist unbefriedigend. Es darf deshalb begrüßt werden, daß der Kreisrat auf Betreiben der Stadt sich entschlossen hat, sobald wie möglich ein besonderes Desinfektionsgebäude im Bereich des neuen kreisverbandseigenen Bauhofs im Hagellocher Weg zu errichten und die bis dahin entstehenden Mehrkosten auf den Kreisverbandshaushalt zu übernehmen.

Unsere kleinsten Bürger

Die vier *städtischen Kindergärten* erfreuen sich regen Zuspruchs. In den Wintermonaten müssen vielfach Kinder wegen Überfüllung abgewiesen werden. Es ist deshalb erfreulich, daß sowohl die beiden Konfessionen als auch

die Stadt sich zum Bau neuer Kindergärten entschlossen haben. Der Neubau eines städtischen Kindergartens im Geigerle ist beschlossen. Er wird bis zum Sommer nächsten Jahres in Betrieb genommen werden können. Zum gleichen Zeitpunkt dürfte der nahe dem Pauline-Krone-Heim vorgesehene evangelische Kindergarten erbaut sein, während der bei der Michaelskirche im Entstehen befindliche katholische Kindergarten schon im Frühjahr bezugsfertig sein dürfte.

Würdige Grabstätten

Auf dem *Stadtfriedhof* sind in diesem Jahr zur Wiederbelegung nur 29 Gräber freigeworden. Der tatsächliche Bedarf an neuen Gräbern betrug jedoch 125. Der *Bergfriedhof* wurde deshalb in diesem Jahr stark beansprucht. Es sind dort jetzt insgesamt über 650 Gräber, darunter 377 Soldatengräber. Die neue Straße zum Bergfriedhof hat den Zugang zu diesem Friedhof erleichtert.

Der Friedhof in *Lustnau* mußte in diesem Jahr gegen Osten erweitert werden. Er ist damit an der äußersten Grenze seiner Ausdehnungsmöglichkeit angelangt. Der Friedhof in *Derendingen* wird für den Bedarf der nächsten Jahrzehnte noch ausreichen. Dringend ist jedoch der Bau einer Friedhofkapelle.

Die vielseitigen und zahlreichen Arbeiten, die beim Sozialamt anfallen, werden zur Zeit von 7 Beamten, 53 Angestellten und 41 Arbeitern ausgeführt. Das Sozialamt ist damit personell das zweitgrößte Verwaltungsamt unserer Stadt. Es wird in seiner Arbeit durch die Sozialabteilung des Gemeinderats, den Ausgleichsausschuß und die Friedhofskommission unterstützt, die in diesem Jahr insgesamt 21 Sitzungen abgehalten haben.

MANNIGFALTIGE TÜBINGER SCHULFRAGEN

Auf dem Gebiet der *Schulpflege* hat das Jahr 1953 eine wesentliche Änderung eingeleitet. Nach jahrelangem vergeblichem Bemühen gelang es, Ende des Jahres das Kultministerium in Stuttgart zu bewegen, den Schulträgern künftig bei der Besetzung der Rektorenstellen der Schulen ein *Mitspracherecht* einzuräumen. Abschließende Verhandlungen hierüber sind zwischen Kultministerium und Gemeindekammer noch im Gang. Sollte es gelingen, für die Städte künftighin eine solche Mitsprache zu verankern, würden verschiedentlich aufgetretene Spannungen bei der Neubestellung von Rektoren gerade im Tübinger Schulbereich in Zukunft vermieden werden können.

Daneben haben aber die Gemeinden noch weitere konkrete Möglichkeiten zur Einwirkung auf die Schulpolitik. So trifft z. B. die Stadt eine pädagogische *Entscheidung* bei der Wahl des Schultyps, wenn sie beispielsweise verfügt, ob eine Mittelschule eingerichtet oder das Mannheimer System für die Volksschulen übernommen werden

soll. Die Stadt entscheidet auch darüber, in welchem Umfang sie *Privatschulen* fördern will. Der Gemeinderat beschließt ferner über die Ausstattung der einzelnen Klassen- und Spezialräume sowie Schulhöfe und Pausenhallen. Gerade von der Gestaltung der Unterrichts- und Erholungsräume strahlt eine erhebliche Wirkung auf das Kind aus. Die Kinder können in lichten und schönen Klassenräumen besser erzogen werden als in dunklen und unzeitgemäßen Schulzimmern. Es ist ein Unterschied, ob das Klassenzimmer kahle Wände hat, ob dort schlechte Reproduktionen hängen oder ob originale Kunstwerke, wie es in Tübingen neuerdings eingeführt wurde, zur Augenbildung der Schüler beitragen. Indem sich der Gemeinderat über die Einrichtung von Fachklassen in seinen Berufsschulen entscheidet, nimmt er in gewissem Sinne auch Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und berücksichtigt ihre gewerbliche Struktur. Es wird wiederum Aufgabe der zuständigen staatlichen Behörden und besonders der Leh-

Handarbeitsunterricht in der Mörikeschule



erschaft sein, die von Gemeinderat und Stadtverwaltung überlassenen Gegebenheiten auszunützen und den darin zum Ausdruck kommenden pädagogischen Willen dieser Gremien zur Wirkung kommen zu lassen.

Für die Stadt Tübingen ist es von erheblicher Bedeutung, daß die neue Verfassung von Baden-Württemberg in Artikel 15 in eindeutiger Weise „das natürliche Recht der Eltern, Erziehung und Bildung ihrer Kinder mitzubestimmen“ hervorhebt. Sie verfügt dabei gleichzeitig, daß die Formen der Volksschulen in den einzelnen Landesteilen nach den bisherigen Grundsätzen und Bestimmungen erhalten bleiben, das heißt, daß es in Tübingen bei der *Trennung* der Volksschulen in Christliche Gemeinschaftsschule, Katholische Bekenntnisschule und Evangelische Bekenntnisschule verbleibt. Des weiteren bestimmt die Verfassung nach Artikel 14, daß stufenweise die *Unentgeltlichkeit* von Unterricht und Lehrmaterial an den öffentlichen Schulen erreicht werden soll. Das Land wird laut diesem Artikel den Gemeinden und Gemeindeverbänden den durch die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit entstehenden Ausfall und Mehraufwand ersetzen. Allerdings vermerkt der Artikel auch, daß die Schulträger an dem entstehenden Ausfall und dem Mehraufwand beteiligt werden *könnten*. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß auch auf diesem Gebiet der Stadt neue Kosten erwachsen.

Im Interesse der Gemeinden liegt die Formung *individueller Schulcharaktere*, weil diese vornehmlich den Notwendigkeiten und der Tradition der entsprechenden Gemeinde gerecht werden. Die Stadt bemüht sich, im Rahmen der ihr gegebenen Möglichkeiten alles zu tun, um das allgemeine Bildungsniveau der Schuljugend zu heben und ihre eigene Urteilsfähigkeit zu stärken. Dazu gehört auch, daß in Erkenntnis des utilitaristischen Grundcharakters verschiedener Schuleinrichtungen darüber gewacht wird, daß dieser nicht zum ausschließlichen Schulprinzip wird. Da beispielsweise eine ästhetische Erziehung erst möglich ist,

nachdem das Kind ein bestimmtes Reifealter erreicht, also die Volksschule schon verlassen hat, wird auch immer wieder geprüft werden müssen, wie der eindeutig ausgerichteten Berufsschule eine Ergänzung im Sinne der Ausbildung von weit angelegten Persönlichkeiten gegeben werden könne.

Bezüglich der Belegung der Schulen ist zu sagen, daß die *Geburtensteigerung* in den letzten Jahren so gering ist, daß sie nicht ins Gewicht fällt. Die Zuzüge nach Tübingen wirken sich jedoch stark aus. Das Mehr an zuziehenden (gegenüber den wegziehenden) Personen betrug in den Jahren

1949	570
1950	2 000
1951	1 530
1952	900

Aus diesen *Zuzügen* ergibt sich etwa ein jährliches Mehr von 130–150 Schulkindern. Bleibt es bei dem jährlichen Zuwachs von 1000 Personen, so würde sich daraus die Notwendigkeit der Errichtung einer neuen Schule alle 3 Jahre ergeben.

Die Schulen hatten folgenden *Besuch*:

	1953/54	Im Vorjahr 1952/53	Gegenüber 1939 mehr
Volks- und Hilfsschulen	3 077	3 267	18% (i.V. 26%)
Mittelschule	120	45	
Höhere Schulen	1 909	1 801	93% (i.V. 82%)
Kaufm. Berufsschule	549	442	129% (i.V. 84%)
Gewerbl. Berufsschule	1 382	1 453	125% (i.V. 136%)
Hauswirtschaftliche Berufsschule	320	319	58% (i.V. 58%)
Haushalt- und Frauenarbeitsschule	197	205	90% (i.V. 95%)

Die Belegung der Schulen

Schule	Rektor	Schülerzahl	Klassen	Schule	Rektor	Schülerzahl	Klassen
Christliche Gemeinschaftsschule Silcherschule	Dr. Keuler	479	12	Hauswirtschaftliche Berufsschule Tübingen	Schick	225	(16)
Christliche Gemeinschaftsschule Hölderlinschule	Wiedenmann	353	9	Hauswirtschaftliche Berufsschule Derendingen	Hansis	25	(2)
Christliche Gemeinschaftsschule Mörikeschule	Kentner	415	10	Hauswirtschaftliche Berufsschule Lustnau	Bühler	70	(4)
Christliche Gemeinschaftsschule Hilfsschule	Dr. Keuler	38	2	Haushalt- und Frauenarbeitsschule	Schick	205	13
Christliche Gemeinschaftsschule Derendingen	Hansis	281	8	Waldorfschule	Dr. Gerbert	414	13
Ev. Bekenntnisschule Tübingen	Zeile	452	13	(Die in Klammer gesetzten Zahlen betreffen nur Tagesklassen.) Diese Schulen waren im Berichtsjahr in folgenden Schulgebäuden untergebracht – es ist jeweils die Zahl der Klassenräume (ohne Spezialräume) beigefügt:			
Ev. Bekenntnisschule Lustnau	Bühler	484	12	Silcherschule	10	Schule Kirchplatz	
Katholische Volksschule Mittelschule	Kaiser	575	13	Uhlandschule	8	Lustnau	3
Mädchen-Oberschule	Dr. Gulde	658	20	Hölderlinschule	11	Wildermuthschule	13
Jungen-Oberschule	Dr. Bückle	843	24	Mörikeschule	15	Kepler-Oberschule	16
Gymnasium	Dr. Haag	407	13	Baracke in der Allee	1	Uhlandgymnasium	14
Gewerbliche Berufsschule	Aichele	1 382	(58)	Hilfsschule Schulstraße	2	Gewerbl. Berufsschule	11
Kaufm. Berufsschule	Beeser	549	(19)	Volksschule Derendingen	7	Frauenarbeitsschule Schulberg und Kornhaus	13
				im alten Schulhaus	7	Waldorfschule	13
				Dorfackerschule Lustnau	9		

Die Klassenstärken

Die Durchschnittszahl der Stärke aller Volksschulklassen beträgt 38 Schüler. Diese Zahl ist verhältnismäßig niedrig. Als Richtzahl für die Bewilligung einer Lehrerstelle gelten 50 Schüler. Die Durchschnittszahlen liegen am niedrigsten bei der Evangelischen Bekenntnisschule mit 32 und am höchsten bei der Katholischen Bekenntnisschule mit 44 Schülern. Während 6 Klassen über 50 Schüler haben, besitzen 41 Klassen weniger als 40 Schüler.

Bei den Höheren Schulen liegt die Durchschnittszahl bei 33 Schülern. Die Zahl sinkt von der 1. Klasse mit 38 zur 9. Klasse mit 24 Schülern im Durchschnitt. Das Uhlandgymnasium hat 31, die Mädchenoberschule 33 und die Kepler-Oberschule 35 Schüler je Klasse. Die derzeitigen Richtzahlen, welche bei den Höheren Schulen bei der 1. Klasse mit 43 beginnen, sinken für die 9. Klasse auf 27 Schüler ab. Diese Richtzahlen sind im wesentlichen eingehalten worden.

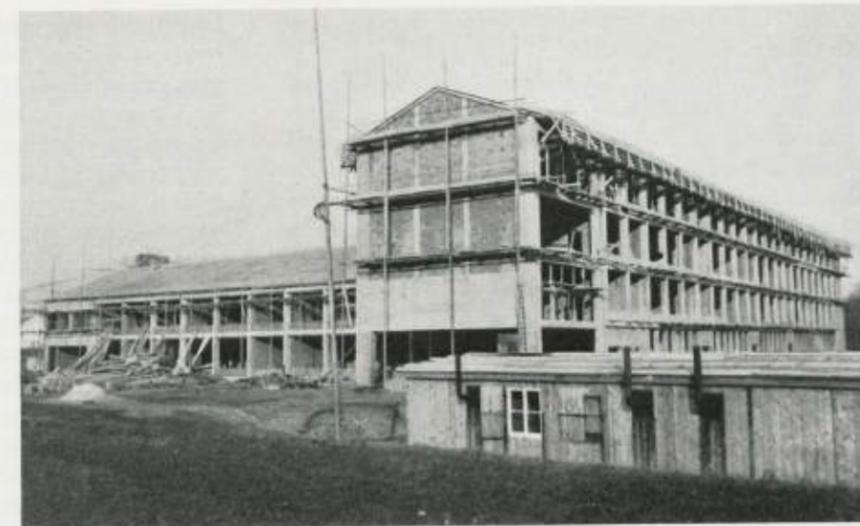
Die Mittelschulklassen haben 40, die Waldorfschulklassen im Durchschnitt 32 Schüler. Bei dieser Schule sind die

1.–4. Klasse und die 11.–13. Klasse mit 21 bzw. 19 Schülern weniger belegt als die 3.–7. und die 8.–10. Klasse mit 49 bzw. 42 Schülern. Die Volksschulen waren insgesamt im Jahr 1938 mit 2567 und 1953 mit 3077 Schülern belegt. Für die gleichen Jahre gilt bei den Höheren Schulen ein Verhältnis von 980 zu 1908 Schülern. Die Mittelschule wurde im Jahre 1952 gegründet und hat z. Zt. 121 Schüler. Ein Verhältnis von 3000 Volksschülern zu fast 2000 höheren Schülern dürfte wohl im Bundesgebiet eine Seltenheit sein. Die Gesamtschülerzahl der staatlichen Schulen (also ohne Waldorfschule) stieg von 3547 auf 5106 Schüler.

Die Schulkosten

Von den Ausgaben des ordentlichen Haushaltsplans 1953/54 entfallen auf das Schulwesen 15,21% (i. V. 16,4%). Die Einnahmenseite, die sich hauptsächlich aus den Schulgeldeinnahmen und aus den Zuweisungen des Landes und der Kreisverbände für den Besuch auswärtiger Schüler (Schullastenausgleich) zusammensetzt, weist 314 630 DM auf. Es

Kaufmännische und Gewerbliche Berufsschule, Rohbau des vierstöckigen Hauptgebäudes und des Querbaues



verbleibt somit ein reiner Zuschußbedarf von 1 289 350 DM. Zur Deckung dieses Betrages muß nahezu die Hälfte des gesamten Gewerbesteueraufkommens der Stadt aufgewendet werden.

Im einzelnen gliedert sich der Zuschußbedarf wie folgt:

Allgem. Schulverwaltung	15 000 DM (i. V. 13 800 DM)
Volks- und Hilfsschulen	433 720 DM (i. V. 418 100 DM)
Mittelschule	11 200 DM (i. V. 6 230 DM)
Höhere Schulen	463 200 DM (i. V. 436 780 DM)
Kaufmänn., Gewerbliche, Hauswirtsch. Berufsschule	274 430 DM (i. V. 243 330 DM)
Haushalt- und Frauenarbeitsschule	56 800 DM (i. V. 117 900 DM)
Waldorfschule	35 000 DM (i. V. 40 000 DM)

zusammen: 1 289 350 DM 1 276 140 DM

Der im Verwaltungsbericht 1952 genannte Zuschußbedarf von 1 173 710 DM hat sich im Nachtragshaushalt 1952 auf 1 276 140 DM erhöht.

In den veranschlagten Ausgaben sind folgende Anteilsbeträge des ordentlichen Haushalts zum Zwecke der Zuführung an den außerordentlichen Haushalt enthalten:

für den Anbau an das Schulhaus in Derendingen	10 000 DM
für die Volksschulturnhalle in der Weststadt	35 000 DM
für den Neubau der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsschule (I. Bauabschnitt)	100 000 DM
zusammen:	145 000 DM

Raumverteilung und Bauwesen

Die Schulen befinden sich in einer erheblichen Raumnot. Sie sind immer noch gezwungen, die Klassenräume im Schichtwechsel zu benützen. Besonders ungünstig ist die Lage bei den Höheren Schulen, welche viel stärker als vor

dem Kriege besucht werden und noch keine Entlastung durch einen Neubau erfahren konnten, wie dies bei den Volksschulen durch die Errichtung der Mörikeschule möglich geworden ist. Darüber hinaus ist die Wildermuthschule mit 16 von ihren 26 Räumen noch durch eine französische Schule beschlagnahmt. Diese Verhältnisse belasten Lehrerschaft und Schüler in außerordentlicher Weise. Bei der Kaufmännischen und Gewerblichen Berufsschule sind die Verhältnisse so ungünstig, daß es nicht möglich ist, den gesamten vorgeschriebenen Unterricht zu erteilen. Für diese Schulen wird jedoch im Herbst 1954 die nötige Entlastung eintreten, da der Neubau der Kaufmännischen und Gewerblichen Berufsschule, das größte Bauvorhaben der Stadt, rasch vorankommt.

Für Instandsetzungen und Ausstattung der Schulen mit Inventar, Lehr- und Lernmittel sind beträchtliche Beträge aufgewendet worden. Die Arbeitsbedingungen an den Schulen haben sich dadurch gebessert. Unter anderem wurden das Gebäude der Frauenarbeitsschule am Schulberg und das alte Schulhaus am Kirchplatz in Lustnau instandgesetzt. Die Uhlandschule, das Gebäude der katholischen Bekenntnisschule, wurde neu verputzt. In Derendingen konnte ein Erweiterungs- und Verbindungsbau zwischen Schulhaus und Turnhalle errichtet werden. Die Planungen für die Erstellung einer Turnhalle in der Weststadt stehen vor dem Abschluß.

Lehrerstellen und Schüleraufnahme

Kurz nach der Währungsreform sind an den Höheren Schulen sieben städtische akademische Hilfslehrerstellen errichtet worden. Vier dieser Stellen konnten bisher noch nicht in staatliche Planstellen umgewandelt werden, die Stadtverwaltung hat jedoch einen entsprechenden Antrag beim Oberschulamt gestellt. Die im Aufbau befindliche Mittelschule wächst jährlich um zwei Klassen, so daß auch dort laufend neue Lehrerstellen errichtet werden müssen.

Bei der Gewerblichen Berufsschule werden ebenfalls zwei neue Lehrerstellen erforderlich.

Der starke Andrang zu den Höheren Schulen zwingt zu einer straffen Handhabung der *Prüfungsordnung*. Entsprechend den in Nordwürttemberg geltenden Bestimmungen sind nunmehr für die Höheren Schulen und die Mittelschule verschärfte Aufnahmeprüfungsbedingungen angeordnet worden. Unter diesen Umständen kann die in Erwägung gezogene Einführung des *numerus clausus* vorläufig entfallen.

Seit 1946 sind in den Höheren Schulen 363 heimatvertriebene Schüler aufgenommen worden. Bei einer Prüfung von 40 ehemaligen Oberschülern der Ostzone mußte festgestellt werden, daß von ihnen nur 13 für den weiteren

Besuch der Oberschule in Frage kommen. Der Ausbildungsstand dieser Schüler ist so unterschiedlich, daß von einem einheitlichen Lehrplan kaum mehr etwas zu spüren ist. Gemeinsam ist allen das Fehlen hinreichender sprachlicher Kenntnisse. Französisch hatte nur einer dieser Schüler gelernt, Englisch und Latein waren unsystematisch betrieben worden und selbst die Kenntnisse in russischer Sprache waren sehr gering. Besonders große Lücken ergaben sich in Deutsch und Geschichte. Die Überprüfung erwies einen erheblichen Unterschied in Lehrplan und Kenntnissen zwischen Ostzone und Westdeutschland.

Über die personellen Veränderungen bei den Tübinger Schulen gibt eine Übersicht am Ende dieses Berichts weitere Auskunft.

STÄDTISCHE KULTUR- UND BILDUNGSPFLEGE

Über die Frage der Gestaltung und Beauftragung der städtischen Kulturämter wird in vielen Ländern auch außerhalb Deutschlands lebhaft diskutiert. Wir möchten deshalb einem Mißverständnis vorbeugen. Wer mit den Aufgaben der kommunalen Verwaltung nicht vertraut ist, könnte annehmen, bei einem „Kulturamt“ handle es sich um eine Behörde, welche den Auftrag habe, das gesamte kulturelle Leben einer Stadt zu organisieren und zu formen. Dies ist selbstverständlich nicht der Fall. Die Stadtverwaltung weiß sehr wohl, daß nur unabhängige Persönlichkeiten und im freiwilligen Zusammenwirken entstandene Gesellschaftsformen kulturschöpferisch tätig werden können. Sie sieht aber eine hohe Aufgabe darin, alle kulturellen Bestrebungen zu fördern, die Initiative der Bürgerschaft zu unterstützen und die Errungenschaften des Geistes weiten Kreisen zu vermitteln.

Aus dieser Auffassung läßt sich die Aufgabenstellung herleiten. Das Tübinger Kulturamt besteht nur aus einigen wenigen Angestellten, die in erster Linie die Aufgabe haben, eigene städtische Einrichtungen zu verwalten, nämlich die städtischen Sammlungen, das Stadtarchiv, die Stadtbücherei u. a. mehr. Zum zweiten leistet es eigene wissenschaftliche Arbeit bei der Bestimmung von Sammlungsgegenständen, der Erschließung des Archivs und Erhellung der Stadtgeschichte, bei Konservierungs- und Inventarisationsarbeiten usw. Zum dritten aber wirkt es in den verschiedensten Abstufungen der Beteiligung mit an der Kulturarbeit von eigenständigen Institutionen, Gesellschaften und Verbänden. Dazu gehört u. a. die Einflußnahme auf das Veranstaltungswesen, die Förderung von Gesangs- und Musikvereinigungen, der bildenden Künstler, von Jugend- und Erwachsenenbildung, der Heimatpflege und des Ausstellungswesens. Des weiteren kommt hinzu die Pflege der Beziehungen zu wissenschaftlichen und studentischen Einrichtungen, zu kirchlichen Institutionen, sowie auch zum Theater. Die Förderung der Leibesübungen einschließlich der Betreuung der Turn- und Sportplätze gehört ebenso zum Arbeitsbereich des Kultur-

amts wie die Durchführung des Plakatanschlags, die städtische Mitwirkung an der Hebung des Fremdenverkehrs und die Bearbeitung von Publikationen.

Wenden wir uns nun einigen dieser Aufgaben zu, so sehen wir beispielsweise, daß das Kulturamt bemüht ist, einen regelnden Einfluß auf das *Veranstaltungswesen* in Tübingen auszuüben. Wenn es sich bei dieser Tätigkeit auch nicht auf die Gesetzeskraft berufen kann und will, so war es ihm doch möglich, die nötigsten Einwirkungen zu erzielen. Ein gewisser Wettbewerb unter den Veranstaltern muß freilich anerkannt und in Kauf genommen werden. Zu bestimmten Zeiten des Jahres ist Tübingen in der Tat für viele Veranstaltungen aufnahmefähig. So darf beispielsweise darauf hingewiesen werden, daß an einem Sonntagabend im November gleichzeitig drei Veranstaltungen in ausverkauften Häusern stattfanden, nämlich das Gastspiel von Werner Krauß mit „Don Juan in der Hölle“ von Bernard Shaw im Schillersaal, die Konzertveranstaltung des Sängerkranzes Harmonie anlässlich seines 125. Stiftungsfestes im Festsaal der Universität und ein Tiroler Abend im Ochsensaal in Derendingen, der vom Verband der Körperbeschädigten getragen war. Auf Grund der großen Zahl der vorgesehenen Veranstaltungen im Wintersemester 1953/54 sah sich das Kulturamt veranlaßt, einen gedruckten Veranstaltungskalender (von acht Seiten Umfang) herauszugeben. Die Werbung für Tübingen durch Betreuung in- und ausländischer Reporter wurde in üblicher Weise fortgesetzt, wobei sich insbesondere ein stärkeres Interesse aus den USA bemerkbar machte.

Auf das *Vortragswesen* kann hier nicht eingegangen werden, da es einen außerordentlichen Umfang einnimmt. Es seien lediglich die Vorträge bzw. Ansprachen von Bischof Dibelius, von Professor Dr. Carlo Schmid zum Gedenken an die Ostberliner Opfer des Juni-Aufstandes, von Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller anlässlich der Bundestagswahlen genannt und diejenigen von Professor Erhard über Wirtschaftsfragen und Julius Bab über Schauspiel-

kunst, sowie Veranstaltungen anlässlich der Woche der Brüderlichkeit.

Die *Lichtspielhäuser* bemühten sich mit Erfolg um die Vorführung künstlerisch hochstehender Filme, vor allem im Rahmen von Nachtvorstellungen und Morgenfeiern. Sie fanden dabei Unterstützung französischer Kulturinstitutionen. Als sechstes Kino wurde das „Metropol“ mit 700 Sitzplätzen in der Reutlinger Straße neu eröffnet. Die in über 100 Vereinen in der Stadt betriebene *Gemeinschaftspflege* fand einen besonders schönen Ausdruck in der Anteilnahme der Bürgerschaft an der Rückkehr einer größeren Zahl von *Kriegsgefangenen*. Mit großer Freude und innerer Bewegung wurden diese Rußlandheimkehrer auf dem Marktplatz vom Oberbürgermeister und von ihren Angehörigen empfangen. An der Mahntafel für die Kriegsgefangenen konnten in der Folge ihre Namen gestrichen werden. Während einer Gedenkwoche für unsere Gefangenen wurde unter Beteiligung des Tübinger Bundestagsabgeordneten Gedat im Festsaal der Universität eine Feierstunde abgehalten, Schulchöre sangen auf dem Marktplatz.

Aus dem Leben der *Vereine und Gesellschaften* seien hervorgehoben: die 90-Jahrfeier des Christlichen Vereins Junger Männer, der in diesem Jahr ein großes Heim in der Gartenstraße einweihen konnte, die Erinnerungstunde anlässlich des 110. Todestages von Friedrich Hölderlin und ein neues gesellschaftliches Wirken der Museums-gesellschaft.

Musica nova

Die öffentliche Kunstpflege sieht sich erheblichen Schwierigkeiten gegenüber. Während die Differenzierung der künstlerischen Ausdrucksweise ständig zunimmt, verliert das Publikum vielfach den Kontakt mit diesem Geschehen,

so daß die Behörde nicht nur als Mäzen des Künstlers, sondern auch als Vermittlerin und Ratgeberin des Publikums hilfreich zu wirken hat. Ohne Kunstausstellungen oder die planmäßige Aufführung moderner Werke kann der Einzelne einer Stilentwicklung nicht folgen, die von Courbets „Welle“ bis zu Picassos „Guernica“, von Schuberts „Doppelgänger“ bis zu Alban Bergs „Wozzek“ geführt hat, in welcher einstige Klarheit durch vielschichtige Verunklärung, akademische Gesetzmäßigkeit durch freizügigste Unverbindlichkeit abgelöst wurden und in der das rhythmische Regelmaß der Wiener Klassik freien Figuren und Vielklängen – wie bei Anton von Webern –, perspektivische Ordnung neuen Urbildformen weichen mußten. Es bedarf intensiver Bildungsarbeit, um die Jugend für die Weite des gegenwärtigen Kunstschaffens aufnahmefähig zu machen, für eine Spannweite, die von den Vertretern der Tonalität, einem Paul Hindemith, bis hinüber zu Komponisten reiner Chromatik wie Arnold Schönberg, vom Gegenständlichen bis zur Abstraktion, von Hermann Hesse bis zu Franz Kafka reicht, die den historischen Symbolismus eines Honegger und Surrealismus eines Chagall ebenso umschließt wie den expressionistischen Symbolismus eines Blacher und die individuelle Steigerung Noldes.

Die *Gesellschaft zur Förderung der Tübinger Musiktage* hat aus dieser Lage der Dinge die nötigen Folgerungen gezogen. Sie erhielt die Förderung des Kultministeriums, des Regierungspräsidiums und der Stadtverwaltung. Die Rundfunkanstalten in Stuttgart und Baden-Baden und das Studio Tübingen, aber auch die Universität und die Hochschulen für Musik in unserem Lande haben ihre Arbeit so unterstützt, daß sie auf den Erfahrungen von 1952 aufbauend im Berichtsjahr ein wertvolles zeitgenössisches Programm durchführen konnte. Diese Musiktage haben sich eine dreifache Aufgabe gesetzt. Einmal



Das Quatuor de Saxophones Paris als Gast bei den Tübinger Musiktagen

wollen sie das Publikum mit den bedeutendsten Werken der neueren Musik bekannt machen – im Berichtsjahr hörte man u. a. Hindemiths Konzertmusik für Streichorchester und Blechbläser vom Südwestfunkorchester Baden-Baden unter Professor Hans Rosbaud und Arthur Honeggers 5. Sinfonie vom Orchester des Süddeutschen Rundfunks Stuttgart unter Generalmusikdirektor Hans Müller-Kray gespielt. Zum zweiten vermitteln die Tübinger Musiktage die Kenntnis der Werke bewährter Komponisten, welche ihre Heimat bzw. ihr Arbeitsfeld im südwestdeutschen Raum und den angrenzenden Ländern haben; u. a. brachten die Musiktage der Jahre 1952 und 1953 Werke von Reutter, David, L. J. Kauffmann, Genzmer, Herrmann, Erpf, Liebermann, Brehme, Unkel, Schilling, Groß und Eisenmann. Schließlich wollen die Musiktage jungen Kräften, Solisten wie Komponisten, Gelegenheit zur Darbietung ihres Könnens geben. Damit unterscheiden sich diese Musiktage sowohl von Donaueschingen, welches die avantgardistische Musik internationalen Gepräges mit Uraufführungen pflegt, ebenso wie von den üblichen Musikwochen, die im allgemeinen in keinem heimatlichen Landschaftsraum verwurzelt sind. Die auf gemeinnütziger Basis in der Zeit vom 9.–17. Mai durchgeführten Musiktage hatten einen großen Erfolg und vielfach ausverkaufte Häuser. Über 40 Tageszeitungen haben von ihnen positiv berichtet und der erwünschte Einfluß auf das Jahresprogramm der musikalischen Veranstaltungen wurde in vollem Umfang erzielt.

Von dem weiteren Musikleben des Jahres seien einzelne Veranstaltungen hervorgehoben. An der Spitze nennen wir den *Tübinger Kantatenchor* mit seinen Passionsaufführungen, welcher auch am Internationalen Bachfest in Schaffhausen erfolgreich teilnehmen konnte. Wir nennen Konzerte des Tübinger Kammerorchesters, der Bläservereinigung der Wiener Philharmoniker, die Aufführung der 9. Sinfonie von Beethoven durch das Reutlinger Sinfonieorchester unter Dr. Rudolf Kloiber und das ebenfalls Beethoven gewidmete Konzert der Bamberger Sinfoniker unter Clemens Krauß. Karl Orff las aus seiner Dichtung „Agnes Bernauer“ und die Stuttgarter Philharmoniker spielten unter Willem van Hoogstraten. Die Konzerte des *Tübinger Streichquartetts* im Kreuzgang des Klosters Bebenhausen erfreuten sich großer Beliebtheit. Auch französische, amerikanische und russische Künstler traten auf. Erwähnt sei an dieser Stelle die Antrittsvorlesung des Nachfolgers von Professor *Carl Leonhardt*, des bisherigen Berliner Ordinarius für Musikwissenschaft Professor *Dr. Walter Gerstenberg*, welche der „Krise der Barockmusik“ gewidmet war.

Das *Pauperat* hat unter dem Präfekten Franz Lang seine Tradition neu belebt. Die *Tübinger Singschule* bemüht sich weiterhin um die Förderung der Jugend, wie auch fortgebildeter Kräfte, was die Aufführung von Glucks „Iphigenie in Aulis“ im Brunnenhof der Universität zeigte. Wie freudig das deutsche Lied nicht nur bei uns gepflegt wird, bewiesen sowohl chilenische Gäste als auch der Liederkranz Milwaukee, welcher im Festsaal der Uni-

versität ein mit stürmischer Begeisterung aufgenommenes Wohltätigkeitskonzert veranstaltete. An dem erfolgreichen *Kreismusikfest* in Tübingen-Lustnau nahmen 34 Kapellen teil. Der Sängerkranz-Harmonie beging mit einem großen Konzert im Festsaal der Universität und weiteren Veranstaltungen sein wohlgelungenes 125jähriges Stiftungsfest.

Woche der „Offenen Ateliers“

Die Tübinger Künstler haben im Berichtsjahr nicht nur verschiedene Ausstellungen in der Universitätsbibliothek und in dem Raum eines Reisebüros in der Uhlandstraße gezeigt, sondern beteiligten sich an Kunstausstellungen auch außerhalb von Tübingen. So war die rührige Gruppe moderner Künstler, welche sich den Namen „Ellipse“ zugelegt hat, mit 15 Arbeiten in der Baden-Badener Ausstellung „Schaffende Hände“ vertreten und veranstaltete im Dezember eine Sonderausstellung im Stuttgarter Kunstverein.

Um den mangelnden Kontakt zwischen Publikum und Kunstschaffenden zu verbessern und das Verständnis für moderne Werke zu heben, wurde vom städtischen Kulturamt in Verbindung mit den Tübinger Künstlern eine Woche der *Offenen Ateliers* durchgeführt. Diese Woche fand guten Zuspruch und die Arbeitsräume der verschiedenen Maler und Bildhauer wurden von 10 bis zu 100 Personen besucht. Dabei ergab es sich, daß ein starker Antrieb für das Publikum vom Interesse an dem technischen Vorgang ausging. Das Gespräch mit den Künstlern vertiefte den Einblick in den werkmäßigen und geistigen Vorgang in stärkerer Weise als dies bei den üblichen Ausstellungen der Fall war. Die Gelegenheit, Vergleiche anstellen zu können oder die Frage nach der Ausdrucksform, insbesondere an abstrakte Maler, richten zu können, lockte das Publikum. Auch für den Künstler selbst ergaben sich positive Resultate. Es wurden nicht nur einige Aufträge erteilt, sondern, was vielleicht noch wichtiger ist, echte Fühlungnahme erzielt, wie sie verschiedene Künstler schon seit Jahren nicht mehr erlebt hatten. Die deutsche Presse berichtete in vielen Zeitungen über diesen neuartigen und erfolgreichen Versuch.

Denkmalpflege

In Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege wurden Untersuchungen und Grabungen an der dem Jakobus geweihten Spitalkirche bzw. *Jakobuskirche* durchgeführt. Dabei konnte zwei Meter unter dem derzeitigen Straßenniveau ein gut erhaltenes romanisches Portal mit profilierter Grundschwelle gefunden werden. Die Untersuchungen ergaben Hinweise auf die Bedeutung und Größe dieser Kirche und einen Anhalt für ihre verhältnismäßig frühe Errichtung. Die Forschungen gehen unter Heranziehung einschlägiger Urkunden aus dem Stadt- und Spitalarchiv weiter.

Grabungen an den *Hallstattgräbern* (800–600 v. Chr.) auf der Waldhäuser Höhe über der Siedlung Sand ver-

liefen leider ohne Ergebnis, d. h. es erwies sich, daß die noch vorhandenen 4 Grabstätten (früher 45) bereits in früherer Zeit – vermutlich im Jahre 1835 – geöffnet worden waren.

Zur Erinnerung an das ehemalige Lustnauer Stadttor von Tübingen brachte die Stadtverwaltung in der Nähe des früheren Standorts eine *Erinnerungstafel* an. Um die Besucher von Tübingen auf das Hölderlinhaus hinzuweisen, wurde für das Gebäude der ehemaligen Walkmühle (Café Neckartor) ein schlichtes Hölderlinrelief von Bildhauer Bärtle angefertigt. Zur Instandsetzung der Umfassungsmauer der Wurmlinger Kapelle gab die Stadt einen Beitrag.

Ausbau der Städtischen Sammlungen

Der Gemeinderat hat im Berichtsjahr beschlossen, einen Teil der Räume der alten Gewerbeschule nach deren Freiwerden Ende 1954 für die Städtischen Sammlungsbestände in Aussicht zu nehmen. Auf Grund dieses Beschlusses ist die Sammeltätigkeit durch das Kulturamt verstärkt worden. Für die Einrichtung eines zukünftigen Stadtmuseums sind folgende Ausstellungsgruppen vorgesehen:

- Vor- und Frühgeschichte der Stadt
- Tübingen im Mittelalter und in der Reformationszeit
- Tübingen in der Neuzeit
- Das Tübinger Handwerk
- Die Universität und das Studententum
- Die Musenstadt
- Kunstwerke des Mittelalters und der Neuzeit

Es ist sehr schwierig entsprechende Sammlungsgegenstände in Tübingen zu erwerben. Die Stadtverwaltung bittet die Bürgerschaft um eine erhöhte Mithilfe auf diesem Gebiet und hofft, daß nach Eröffnung einiger Ausstellungsabteilungen in der Gewerbeschule ein Kristallisationskern geschaffen ist, der auch auf geeignete *Leihgaben* rechnen darf. Da in früheren Jahrzehnten sehr viele historische Wertgegenstände abgewandert sind, muß die Stadtverwaltung versuchen, außerhalb von Tübingen solche Objekte aufzufinden und zu erwerben.

An *Neuerwerbungen* seien genannt: ein Relief der Geißelung Christi aus der Zeit um 1520 aus Oberschwaben im sogenannten Parallelfaltenstil mit alter Fassung, Gemälde von Theodor Schüz und Theodor Werner, ein eindrucksvolles Manuskript von der Hand Philipp Melanchthons und ein zeitgenössisches Kupferstichporträt des Reformators, die *Topographia Sueviae* von Merian mit dem schönen Kupferstich von Tübingen, eine Reihe von Erstdrucken aus Tübinger Verlagen, insbesondere aus der Zeit der Klassiker. Ein Gedichtmanuskript von Justinus Kerner, ein Brief von A. W. von Schlegel an Cotta, eine Handschrift Wielands aus dem Agathon, sodann einige hübsche Karikaturen von Tübinger Persönlichkeiten der Biedermeierzeit und eine Reihe graphischer Blätter und Handzeichnungen von Künstlern des 19. und 20. Jahrhunderts wie Slevogt, Corinth, Käthe Kollwitz und Barlach.



Geißelung Christi, Zirbelholzrelief um 1520, schwäbisch

Ausschnitte aus den Beständen der Städtischen Sammlungen wurden in kleinen *Ausstellungen im Rathaus* dargeboten. So war eine Schau der historischen Tübinger Verlagsproduktion gewidmet, die nächste zeigte die neu katalogisierte Studentica-Sammlung Schmidgall als Gedächtnisausstellung für den verstorbenen Studentenhistoriker, eine weitere Ausstellung brachte Handzeichnungen und Aquarelle von Theodor Schüz, dem Illustrator der schwäbischen Kultur des 19. Jahrhunderts, eine andere Neuerwerbungen des Kulturamts und moderne Graphik.

Von weiteren durch die Stadtverwaltung geförderten Ausstellungen auf anderem Gebiet seien die Gesundheitsausstellung „Sag ja zum Leben“ im Rittersaal und eine Kalenderausstellung im Industriesaal erwähnt. Es ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit in der Raumfrage eine Verbesserung für das Ausstellungswesen erreicht wird.



Neu aufgefundene Barockurkunde, ausgestellt vom Ballmeister des Collegium illustre

Bedeutende Urkundenfunde

Im Herbst dieses Jahres wurde eine systematische Bearbeitung der *Archivbestände* eingeleitet. Obgleich sich schon viele Heimatforscher um das Archiv bemüht haben, sind bisher nur einzelne Spezialgebiete behandelt worden. Nun soll der Gesamtbestand erschlossen werden. Diese Arbeit wird nicht nur für die Ordnung und Erhaltung der wertvollen Archivalien, sondern auch für die Forschung von erheblichem Nutzen sein. Der erste Teil der Arbeit ist der Einteilung der vorhandenen Bände und der Trennung der Archivalien aus der Zeit vor bzw. nach 1806 gewidmet.

Das Tübinger Archiv ist ein *Vielheitsarchiv*, welches aus verschiedenartigen Beständen erwuchs. Sehr umfangreich und wertvoll ist das aus mehreren Pflegen hervorgegangene Hospitalarchiv mit Beständen, die bis ins 13. Jahrhundert zurückreichen. Für die Stadtgeschichte besonders wichtig ist das eigentliche Stadtarchiv. Daneben sind zu nennen Archivbestände aus dem alten württembergischen Amt Tübingen, dessen Schreiber meist zugleich Stadtschreiber von Tübingen waren, sodann Archivalien des alten württembergischen Klosteramts Bebenhausen und ein Bestand an Fremdarhivalien. Von diesen Archiven wächst in der Zukunft lediglich noch das Stadtarchiv.

Bei der systematischen Aufstellung von Akten, welche während des Krieges nach Lustnau verlagert worden waren, fand sich vor kurzem eine große Zahl von Stadtkunden des Mittelalters und der Reformationszeit. Es waren unter ihnen allein 92 Pergamenturkunden. Diese Archivalien sind insofern von Seltenheitswert, als sich im eigentlichen „Stadtarchiv“ nur wenige Urkunden aus der Zeit vor 1750 erhalten haben. Schuld daran ist ein Beschluß der Stadt Tübingen, welcher wegen Mangel an

Räumlichkeiten im 18. Jahrhundert erfolgte und die Vernichtung beinahe aller alten Urkunden herbeiführte. Während ab 1750 im Stadtarchiv engeren Sinnes sich recht umfangreiche Bestände befinden, waren aus der Zeit vor 1750 nur 150 der wichtigsten Urkunden erhalten geblieben. Diese Urkunden hatte im Jahre 1912 der Bearbeiter des Stadtarchivs Dr. Duncker in sehr kurzer Regestenform in den Württ. Archivinventaren, Heft 11 auf Seite 1–17 aufgeführt. Wie sich an kleineren Fehlern feststellen ließ, standen Dr. Duncker *nicht* die Originalurkunden zur Verfügung. Diese Urkunden wurden seit über 50 Jahren vermißt. Vielfältige Nachforschungen und Anfragen bei anderen Dienststellen verliefen ergebnislos. Nunmehr sind von diesen 150 Urkunden sämtliche 92 *Pergamenturkunden* und 52 *Papierurkunden* wieder im Rathaus aufgefunden worden. Damit ist der wesentliche Bestand des eigentlichen Stadtarchivs gerettet. Wir hoffen, die noch fehlenden 6 Papierurkunden bei den weiteren Aufstellungsarbeiten ebenfalls zu finden. Von diesen Urkunden werden nun Abschriften bzw. eingehende Regesten angefertigt. Sie stammen aus dem Zeitraum von 1415–1699. Leider sind mit einer Ausnahme die früher anhängenden Siegel verlorengegangen. Wir nennen im folgenden die Sachgebiete, welchen diese Urkunden zugehören:

Von den Beziehungen der Stadt Tübingen zur Württembergischen Regierung berichtet ein Dokument des Jahres 1415, in welchem Graf Eberhard der Milde der Stadt ein Haus zur Einrichtung einer Bleiche schenkt. Eine Reihe von Verträgen behandelt die Beziehungen zum Kloster Bebenhausen, insbesondere betreffs der steuerbaren Güter und Landstücke des Klosters auf Tübinger Markung und der Bezahlung von Kriegs- und Musterungskosten. Ver-

handlungen mit dem Kloster Marchtal betreffen den Ammerhof. Eine große Zahl von Urkunden befaßt sich mit den Beziehungen zur Universität sowohl betreffs der Regelung von Steuerfragen, Behandlung des Schank- und Weidrechts von Professoren als auch der Beteiligung der Universität an den Reise- und Kriegskosten des Kaisers. Des weiteren finden sich Urteile des Hofgerichts Tübingen, Akten über die Beziehungen zum Amt Tübingen, Bürgschaften gegenüber dem herzoglichen Haus und Schuldverschreibungen des Kaisers. Kaufbriefe und Kaufreverse liegen vor bezüglich der Erwerbung von zwei Häusern, an deren Stelle das Rathaus errichtet wurde, sodann ein Lehenrevers, durch welchen der Stadt die 3 Mühlen zwischen Lustnauer Tor und Neckartor übertragen wurden, schließlich eine Bestimmung über die Verpflichtung der herzoglichen Rentkammer, altem Herkommen gemäß die Hälfte des Baugeldes für die Straßen in Tübingen zu tragen u. a. mehr. Das Kulturamt hatte einen Teil dieser Urkunden vorübergehend im Rathaus ausgestellt.

Ein weiterer sehr wertvoller Fund wurde bei der Benützung von Archivbeständen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gemacht. In einem noch ungeordneten Aktenbündel lagen mehrere alte Urkundenabschriften und ein Pergament aus dem Jahre 1291. Dieses erwies sich als ein in lateinischer Sprache gehaltener *Bittbrief des Tübinger Spitals*, in welchem der Propst Heinrich von Sindelfingen und der Dekan Berthold von Tübingen um milde Gaben für die Kranken- und Armenfürsorge nachsuchen. Es ist dies nunmehr die älteste Urkunde im Besitz der Stadt, welche sich auf ein städtisches Geschehen bezieht.

Bei der systematischen Aufstellung der Archivalien konnten schließlich auch noch andere bisher unbekannte 37 *Urkunden des 15.–18. Jahrhunderts* gefunden werden. Diese betreffen sowohl Angelegenheiten der Stadtge-

schichte, wie Wegrechte, Fischwasser in Neckar und Steinlach, Verkäufe von Häusern und Grundstücken, aber ebenso die Lehrtätigkeit der Ballmeister des Collegium illustre, als auch solche der Spitalpflege mit Belehungen und Schuldverschreibungen. Daneben fanden sich verschiedene Urkunden fremder Herrschaften, wie vom Kloster Heggbach bei Biberach und von Sindelfingen.

Von den *Neuerwerbungen* für das Archiv sei eine Pergamentlibell von Kaiser Karl VI. aus dem Jahre 1713 genannt, in welcher dieser den Tübinger Johann Lorenz Kienlin in den Adelsstand erhebt.

Die Bemühungen um die Erhellung der geschichtlichen Vergangenheit der Stadt führten auch auf anderem Gebiet zu einem schönen Erfolg. Dr. Max Schefold, Hauptkonservator an der Württembergischen Staatsgalerie, fertigte einen kritischen *Katalog der Alttübinger Ansichten* bis zum Jahre 1860. Durch ihn sind alle Ansichten der Stadt aus früheren Jahrhunderten, gleich ob sie Gemälde oder Aquarelle, Handzeichnungen oder graphische Blätter sind, nach Art, Inhalt und Lagerort festgehalten. Dieser gut bebilderte Katalog dient in vorzüglicher Weise jeder zukünftigen Stadtforschung. Mit seiner Herausgabe durch die Stadtverwaltung – unter dankenswerter Mithilfe des Landesamts für Denkmalpflege – wurde eine Publikationsreihe von „*Tübinger historischen Darstellungen*“ eröffnet.

Das gute Buch

Die Städte anerkennen die Bedeutung der Volksbüchereien für die Förderung der allgemeinen Bildung und Kultur. Die Leitsätze des Deutschen Städtetags zur kommunalen Kulturarbeit, die sogenannten Stuttgarter Richtlinien, widmen dieser Aufgabe allein 9 Ziffern. Auch die *Stadtbücherei Tübingen* darf auf einen beachtenswerten Aufstieg hin-



In der Stadtbücherei

weisen. Obgleich über 1000 Bücher der ehemaligen privaten Bücherei als veraltet ausscheiden mußten, konnte doch der Bestand von 4000 auf 8000 Bände im Laufe der letzten Jahre erhöht werden. Es sind 951 Leser eingetragen, also über 2 Prozent der Bevölkerung. Im Berichtsjahr wurden mehr als 19 000 Bände ausgeliehen.

Besonders lesefreudig sind die Hausfrauen mit einer Beteiligung von 32 Prozent. Die Zahl der jugendlichen Leser ist in erfreulichem Ansteigen und beträgt ein Viertel der Entleiher. Die akademischen Berufe sind mit 16 Prozent, die erwerbstätigen Frauen mit 12 Prozent, Gewerbetreibende und Kaufleute mit 11 Prozent, Studenten und sonstige Personen mit 4 Prozent beteiligt.

DIE EBERHARD-KARLS-UNIVERSITÄT

Das Kalenderjahr, welches dem vorliegenden Bericht über die Universität zugrunde liegt, stimmt nicht mit den traditionellen Einteilungen überein, die das Leben der Hochschule kennt. So erklärt es sich, daß im folgenden nicht nur von abgeschlossenen Ereignissen, sondern auch von Vorgängen, die sich in Fluß befinden, und vor allem auch von Übergängen, die mitten im Berichtsjahr liegen, die Rede ist. Das gilt insbesondere vom Rektoratswechsel, der am 8. Mai 1953 stattfand. Das Amt, das Professor Dr. Erwin Bünning, Ordinarius für Botanik, innehatte, übernahm Professor Dr. Hans Wenke, Ordinarius für Pädagogik und Philosophie.

Dozenten kommen und gehen

Das Schicksal und Ansehen einer Hochschule wird von denen bestimmt, die als Lehrer und Forscher tätig sind. Deshalb sei zuerst über die personellen Veränderungen ein zusammenfassendes Bild gegeben. Da es nicht möglich ist, die Liste aller Ernennungen namentlich aufzuführen, beschränkt sich der Bericht auf die Fälle der Besetzung von Lehrstühlen an der Universität Tübingen und der Wegberufung von Dozenten auf Lehrstühle anderer Hochschulen.

Es wurden *berufen* und ernannt: Professor Dr. Otto Friedrich Bollnow (Universität Mainz) zum ordentlichen Professor der Philosophie, Dozent Dr. Josef Möller (Universität Mainz) zum ordentlichen Professor der Scholastischen Philosophie, Professor Dr. Richard Bader (Universität Heidelberg) zum ordentlichen Professor der Hygiene, Professor Dr. Friedrich Weygand (Universität Heidelberg) zum außerordentlichen Professor der Chemie, Dozent Dr. Gottfried Möllenstedt (Universität Tübingen) zum außerordentlichen Professor der experimentellen und angewandten Physik, Dozent Dr. W. Seibold (TH Karlsruhe) zum außerordentlichen Professor für Geologie, Dozent Dr. Werner Markert (Universität Göttingen) zum außerordentlichen Professor der Osteuropäischen Geschichte.

Leider ist die Stadtbücherei sehr in Raumnot. Sie kann in dem alten Bau in der Neckarhalde keine weiteren Bände aufstellen und auch nicht zu dem zeitgemäßen System der Freihandbücherei übergehen. Desgleichen war es ihr nicht vergönnt, eine Kinderlesestube einzurichten. Privatinitiative und die Hilfe der Volkshochschule und des Amerikahauses haben auf diesem Gebiet Abhilfe geschaffen mit dem Aufbau einer hübschen *Kinderlesestube* im Amerikahaus. Trotz ihrer beengten Lage wird sich die Stadtbücherei bemühen, Leserpsychologie, Lesersozologie und Leserwerbung zu betreiben, um das widerspiegeln zu können, was in unserer Stadt kulturell vor sich geht. Sie strebt eine enge Verbindung mit allen Bildungsinstitutionen an.

(Die letztgenannte Berufung erfolgte auf einen neu errichteten Lehrstuhl).

Fünf Dozenten wurden zu außerplanmäßigen Professoren ernannt, insgesamt achtzehn Dozenten traten nach Erlangung der *venia legendi* in den Lehrkörper ein. Ferner wurde der akademische Unterricht durch eine Anzahl von Lehraufträgen und Lehrermächtigungen ergänzt und erweitert.

Berufungen an andere Universitäten haben angenommen: Professor Dr. Adolf Butenandt auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Physiologische Chemie in München, apl. Professor Dr. Carl Martius auf das Ordinariat für angewandte Chemie an der Universität Würzburg, apl. Professor Dr. Hans Sautter auf das Ordinariat für Augenheilkunde an der Universität Hamburg, ao. Professor Dr. Wilhelm Weischedel auf ein Ordinariat für Philosophie an der Freien Universität Berlin, o. Professor Dr. Karl (Carlo) Schmid auf das Ordinariat für wissenschaftliche Politik an der Universität Frankfurt a. M.

Einen Ruf auf den Lehrstuhl für Botanik an der Universität München hat o. Professor Dr. Erwin Bünning abgelehnt, ebenso lehnte ao. Professor Dr. Robert Bauer, der inzwischen zum o. Professor an der Universität Tübingen ernannt wurde, einen Ruf auf das Ordinariat für medizinische Strahlenkunde an der Universität Frankfurt am Main ab.

Berufungen haben erhalten Professor Dr. Wilhelm Gallas auf das Ordinariat für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Heidelberg, Professor Dr. Walter Rüdorff auf das Ordinariat für Chemie an der Freien Universität Berlin und Professor Dr. Hans Wenke auf das Ordinariat für Philosophie und Pädagogik an der Universität Bonn. Entscheidungen sind zur Zeit der Fertigstellung dieses Berichtes noch nicht gefallen.

Durch den Tod verlor die Universität den Ordinarius der Pharmakologie Professor Dr. Felix Haffner, den em. Ordinarius der Psychiatrie Professor Dr. Robert Gaupp, den em. Ordinarius des öffentlichen Rechts und der Sozial-



Vor der Neuen Aula

wissenschaften Staatsminister a. D. Professor Dr. Ludwig von Köhler, den em. Ordinarius der pharmazeutischen Chemie Professor Dr. Alfred Kliegl. In der Universitätsverwaltung wurde der Regierungsassessor Dr. Wolfgang Wagner, der das Amt des Universitätsrates übernommen hat, zum Regierungsrat ernannt.

„Freunde der Universität“

Die Universität Tübingen hat die Beziehungen zur Öffentlichkeit erweitert und gefestigt. In diesem Zusammenhang steht an erster Stelle das Wirken der „*Vereinigung der Freunde der Universität*“ (Universitätsbund), die unter dem neu gewählten ersten Vorsitzenden Direktor *Ernst Hohner*, Trossingen, einen erfreulichen Aufschwung genommen hat. In ihr haben sich viele Förderer der Universität zusammengefunden, die die vielfältigen Aufgaben der Forschung und Lehre auch durch finanzielle Zuwendungen aufs stärkste unterstützt haben. Im Jahr 1953 erschienen erstmalig die „*Nachrichten für die Freunde der Tübinger Universität*“, die ebenfalls – wie es im Geleitwort des Rektors heißt – dem Ziel dienen, „das geistige Band zwischen denen, die sich unserer Hochschule verbunden fühlen und mit uns in Beziehung stehen, enger zu knüpfen und zu festigen.“

Die Universität ihrerseits hat sich um den Brückenschlag zu weiten Kreisen der Bevölkerung des Landes durch Ver-

anstaltung von *Universitätstagen* bemüht, die – um nur einige Beispiele zu nennen – zuletzt in Biberach, Ebingen, Heilbronn, Ravensburg in Zusammenarbeit mit den dortigen Volksbildungswerken abgehalten wurden. Hierzu kommt die Beteiligung zahlreicher Universitätslehrer an den Veranstaltungen der Volkshochschulen des Landes. Auch hierfür sei ein Beispiel genannt: Die Vortragsreihe „*Der Akademische Winter*“, den die Stadt Mannheim veranstaltet, wird in diesem Jahr von der Universität Tübingen getragen und gestaltet.

Ein lebendiger Ausdruck der Verbundenheit der Universität mit führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ist die Verleihung der Würde eines Ehrensensors. In den Kreis der *Ehrensensoren* wurden aufgenommen die Herren Verlagsbuchhändler Franz Mittelbach in Stuttgart, Direktor Wilhelm Wohlfahrt in Stuttgart, Verlagsbuchhändler Hermann Niemeyer in Tübingen, Generaldirektor Professor Dr. ing. e. h. Adolf Pirrung in Biberach, Generaldirektor Dr. Dr. Alexander Haffner in Stuttgart.

4225 Studierende

Frequenz und Zusammensetzung der *Studentenschaft* spiegelt sich in der folgenden Tabelle über den Besuch der Universität im Sommer-Semester 1953 nach dem Stand vom 21. Juli 1953.

Studierende	Männer	Frauen	zus.
Studierende	3263	962	4225
<i>Landeszugehörigkeit</i>			
<i>Deutsche</i>			
Württemberger a) franz. Zone	761	157	918
b) amerik. Zone	1293	330	1623
Nichtwürttemberger	1126	451	1577
<i>Ausländer</i>	83	24	107
<i>Studiendalter</i>			
Studierende im 1. Semester	513	167	680
Studierende in höheren Semestern	2030	626	2656
Studierende im Endsemester	720	169	889
<i>Studienfächer</i>			
Evangelische Theologie	519	57	576
Katholische Theologie	207	9	216
Rechtswissenschaft	557	49	606
Wirtschaftswissenschaften	260	58	318
Medizin	336	122	458
Zahnheilkunde	88	22	110
Philosophie (Philologie, Geschichte, Kunst)	636	363	999
Mathematik und Naturwissenschaften	365	112	477
Chemie	192	19	211
Pharmazie	103	151	254
Von den Studierenden sind beurlaubt	124	52	176
Gasthörer	157	59	216

Bauherr Universität

Eine Darstellung der Vorgänge in Lehre und Forschung innerhalb der einzelnen Fakultäten, Disziplinen, Kliniken, Institute und Seminare würde den Rahmen des Berichtes sprengen, eine Auswahl aber nicht frei von Willkürlichkeiten bleiben. Deshalb sei hier nur von den Bauten und Bauvorhaben der Universität berichtet.

Die Universität Tübingen hat es besonders schwer, ihre Baupläne zu fördern und zu verwirklichen. Allzuoft begegneten ihre Anliegen dem Einwand, daß die Pläne der Hochschulen, die durch Kriegerzerstörungen gelitten hätten, den Vorrang erhalten müßten. Dieses Argument erscheint auf den ersten Blick einleuchtend und sogar durchschlagend. Indessen findet allmählich auch der andere Gedanke Anerkennung, daß eine auf diese Weise für lange Zeit zurückgesetzte Universität alsbald aus der Konkurrenz der Hochschulen ausscheiden und unter das Niveau derer zurücksinken müßte, die durch ein großzügiges Aufbauprogramm allein gefördert würden.

Die *Medizinische Klinik*, welche im Jahre 1879 für 99 Kranke errichtet wurde und heute im Durchschnitt 320 Patienten beherbergt, ist veraltet und reicht nicht mehr aus. Deswegen soll in Kürze mit einem Gesamtaufwand von 17 Millionen DM eine neue Medizinische Klinik auf dem Schnarrenberg gebaut werden. Dort sollen später auch eine neue Frauenklinik und eine Nervenklinik errichtet werden. Weitere Pläne betreffen eine Betatronanlage im Dienste der Strahlenheilkunde und eine eigene Universitätsapotheke.

Ein dringlicher Wunsch ist der Neubau eines *Seminargebäudes der Philosophischen Fakultät*, für den die Bau- und Kostenpläne eingereicht worden sind.

Das *Pharmazeutisch-Chemische Institut*, für das im Jahre 1952 eine letzte Baurate bewilligt wurde, konnte im Winter-Semester 1953/54 eröffnet werden.

WISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNGSINSTITUTE

Max-Planck-Institut für Biochemie

Das „Max-Planck-Institut für Biochemie“, das frühere „Kaiser-Wilhelm-Institut für Biochemie“ (gegründet 1913), das seit 1936 unter der Leitung von Professor Dr. Adolf Butenandt steht, befand sich früher in Berlin-Dahlem und konnte vor dem Kriege als modernste biochemische Forschungsstätte angesehen werden. Aus kriegsbedingten Gründen wurde das Institut 1943/44 nach Tübingen verlagert, wo es dank dem verständnisvollen Entgegenkommen der damaligen Universitätsleitung in acht verschiedenen Instituten und Kliniken untergebracht wurde. Mit der Berufung von Professor Butenandt auf den Lehrstuhl für physiologische Chemie (1945) erhielt das „Kaiser-Wilhelm-Institut für Biochemie“ eine neue Heimstätte im Physiologisch-chemischen Institut, dessen Direktorwoh-

Für den Bau eines *Studentenhauses* sind die notwendigen Mittel für den ersten Bauabschnitt in Höhe von 620 000 DM vorhanden, davon 250 000 Mark aus dem Mc Cloy-Fonds und 25 000 DM von der Stadt Tübingen. Am 14. Dezember wurden die Bauarbeiten aufgenommen nach den Plänen des Stuttgarter Architekten Professor Gutbrod. Für den Bau einer *Sternwarte* des Astronomischen Institutes auf der Eberhardshöhe wurde ein Betrag von 300 000 DM bewilligt. Ein weiterer Betrag für den Neubau des Institutsgebäudes ist vorgesehen.

Ein Betrag von 660 000 DM wurde für die Erweiterung des *Zoologischen Instituts* und des *Mineralogischen Instituts* sowie für neue Räume, die für die Sammlungen bestimmt sind, zur Verfügung gestellt.

Für einen *Gewächshausbau* und einen Neubau des *Botanischen Instituts* wurden 90 000 DM bewilligt. Die baulichen Veränderungen sind inzwischen fertiggestellt. Außerdem wurden für eine Anzahl von kleineren und mittleren Bauvorhaben Mittel gewährt. Ein Erweiterungsbau der *Universitätsbibliothek* ist geplant. Der Freigabe der *Chirurgischen Klinik* durch die Besatzungsmacht im Tausch gegen das Versorgungskrankenhaus (ohne Hirnverletztenabteilung) wird mit großer Erleichterung entgegengesehen. Die Instandsetzung des Gebäudes wird erhebliche Kosten verursachen.

Dieser Bericht soll nicht geschlossen werden, ohne an die vielfachen, im einzelnen hier nicht aufzuzählenden Beziehungen zwischen Universität und Stadtverwaltung zu erinnern. Die Universität könnte sich nicht in gleicher Weise entfalten, wenn nicht eine gemeinsame kulturelle und soziale Verpflichtung erkannt und verwirklicht würde. Daß diese Bereitschaft besteht, spricht sich in aller Deutlichkeit im Namen „Universitätsstadt Tübingen“ aus. Tübingen wird auch in der Zukunft bemüht sein, die Universität nach Kräften zu fördern und das Gesicht einer Universitätsstadt zu wahren.

nung und ungenutzte Keller- und Bodenräume zu Laboratorien umgestaltet wurden. Die noch in Dahlem gegründete „Arbeitsstätte für Virusforschung der Kaiser-Wilhelm-Institute für Biologie und Biochemie“ wurde dem Institut als „Abteilung für Virusforschung“ angegliedert und erhielt 1950 einen mit modernen Apparaten ausgestatteten Neubau (Melancthonstraße 36). Nach dem Kriege trat die „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“ die Nachfolge der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft an; seit 1950 führt das Institut die Bezeichnung „Max-Planck-Institut für Biochemie“. Die Schwerpunkte der Arbeiten liegen auf folgenden Gebieten: *Wirkstoffe* (Biokatalysatoren), *Krebsforschung*, *Virus- und Eiweißforschung*.

Auf dem Gebiet der Wirkstoffe werden Arbeiten durchgeführt über die Isolierung und Konstitutionsaufklärung

des Sexuallockstoffes des Seidenspinners, des Verpuppungshormons der Insekten und der von Erbfaktoren abhängigen Wirkstoffe der Pigmentbildung bei Insekten.

Auf dem Gebiet der Krebsforschung konzentrieren sich die Arbeiten auf die Frage nach dem Wesen des Krebses und seiner Entstehung. Im Vordergrund steht dabei die Beschäftigung mit den Verbindungen, welche bei Berührung mit lebenden Zellen diese in Krebszellen umwandeln können. Die Kenntnis dieser Stoffe ist von größter Bedeutung für die Krebsprophylaxe.

Die Hauptaufgabe der „Abteilung für Virusforschung“ besteht in der Anreicherung, Reindarstellung und chemischen Erforschung pflanzlicher und tierischer Virusarten. Die Arbeiten haben u. a. zur Entwicklung eines Serums gegen die atypische Geflügelpest geführt.

Sämtliche Arbeiten des Instituts dienen dem Ziel, die mit naturwissenschaftlichen Mitteln erforschbaren Geheimnisse der Lebensvorgänge zu ergründen und damit die theoretischen Grundlagen zu schaffen für die Praxis, Krankheiten zu verhüten und zu heilen.

Max-Planck-Institut für Biologie

Geschäftsführender Direktor des *Max-Planck-Instituts für Biologie* ist Professor Dr. Alfred Kühn. Das Institut umfaßt drei selbständige Abteilungen:

1. *Abteilung Kühn*, Direktor Professor Dr. Alfred Kühn.
2. *Abteilung Hartmann*, Direktor Professor Dr. Max Hartmann.
3. *Abteilung Melchers*, Direktor Professor Dr. Georg Melchers.

Abteilung Kühn

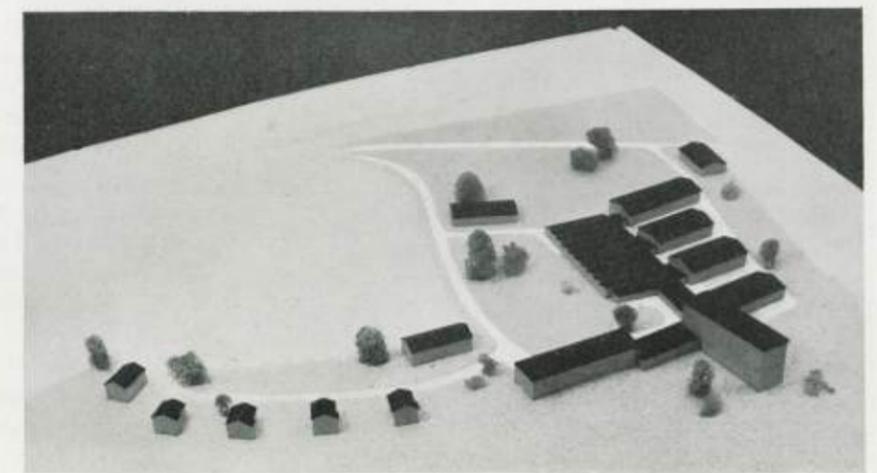
In diesem Institut sind vier wissenschaftliche Assistenten und sieben technische Assistentinnen tätig. Der Verwalter des Gesamtinstituts hat hier seinen Sitz. In der Abteilung werden in erster Linie genetische und entwicklungsphysiologische Forschungen durchgeführt. Eine Reihe von Arbeiten ist der Frage der Wirkungskreise der Erb-

faktoren bei der Verwirklichung der Merkmale im Entwicklungsgeschehen gewidmet. Untersuchungen über biochemische Erbfaktorenwirkungen werden in Zusammenarbeit mit dem Zoologischen Institut der Universität Zürich (Professor Dr. Hadorn) betrieben. Ferner werden reizphysiologische Probleme bearbeitet. Ausländische Gäste weilten längere oder kürzere Zeit in der Gastabteilung des Instituts um Ergebnisse und Arbeitsmethoden kennenzulernen und trugen über ihre eigenen Forschungen in den gemeinsamen Kolloquien aller Abteilungen des Instituts vor, die regelmäßig in dem Vortragsraum der Abteilung Kühn abgehalten werden.

Abteilung Hartmann

Das Gebäude Haußerstraße 43 wurde im Herbst 1951 von der Max-Planck-Gesellschaft käuflich erworben und im Januar 1952 von der Abteilung Hartmann des Max-Planck-Instituts für Biologie bezogen. Durch einen umfangreichen Umbau, bei welchem vor allem auf eine gründliche Neuinstallation Wert gelegt wurde, konnte das Gebäude aus einer Wohnvilla in ein modernes Forschungsinstitut umgewandelt werden. Besonders vorteilhaft hat sich für die Forschungen die Einrichtung zweier temperaturkonstanter Räume erwiesen zur Züchtung mariner, niederer, kleiner, wirbelloser Tiere sowie von Einzellern und Algen.

Das Hauptarbeitsgebiet der Forschungen bilden Untersuchungen über die Fortpflanzung und Sexualität von Algen und niederen Tieren. Dank den günstigen Kulturbedingungen im hiesigen neuen Institut konnten niedere wirbellose, streng getrenntgeschlechtliche Tiere experimentell vollständig in das andere Geschlecht umgewandelt werden. Damit konnte eine weitere Vertiefung unserer Erkenntnisse über die Vorgänge der Geschlechtsbestimmung und zugleich konnten weitere Beweise für die allgemeine Sexualitätstheorie der Befruchtung gewonnen werden. Weitere Arbeiten befaßten sich mit der Cytologie und Entwicklung einzelliger Lebewesen, die neue Einblicke in die cytologischen Grundlagen der Fortpflanzung erbrachten.



Modell der Bundesforschungsanstalt für Viruserkrankheiten der Tiere

Abteilung Melchers

In der „Abteilung Melchers“ werden Arbeiten der Grundlagenforschung auf den Gebieten der Genetik (Vererbungs-forschung), Entwicklungsphysiologie der Pflanzen und über Viruskrankheiten der Pflanzen und Bakterien (Bakteriophagen) durchgeführt. Im Jahre 1953 standen Untersuchungen über die erste Phase der Infektion der Bakterien mit ihren Viren im Vordergrund. Sie führten unter Leitung von Dr. Weidel zur Isolierung von Stoffen, die in der Hülle der Bakterien ihren Platz haben und die dort für den Infektionsangriff verantwortlich sind.

Die Erscheinung der „Mutation“ (Änderung der Erb-Struktur der Organismen) ist auch für Viren bekannt. Die Abhängigkeit der Häufigkeit solcher Mutationen des Tabakmosaikvirus von der Temperatur, bei der die infizierten Tabakpflanzen wuchsen, wurde erstmalig in exakten Versuchen in der Klima-Anlage der Abteilung erfaßt. Fräulein Dr. Claes konnte an mit Röntgenstrahlen erzeugten Mutanten der einzelligen Grünalge Chlorella wichtige Schritte der Biosynthese der gelben und roten Farbstoffe erkennen, die auch unseren Karotten und Tomaten ihre Farbe und ihren Wert als Vitaminspender geben.

Umfangreiche Versuche galten den Bemühungen, die Mutationsrate bei Pflanzen nicht nur im Zellkern, sondern auch im Zellplasma und seinen Bestandteilen zu erhöhen. Andere Versuche sollen die früher durch Pfropfung wahrscheinlich gemachten „Blühormone“ der Pflanzen genauer charakterisieren. Fast alle wissenschaftlichen Mitarbeiter der Abteilung nahmen an internationalen Kongressen im Ausland teil.

Vom Gmelin-Institut

Die Arbeitsgruppe Tübingen des Gmelin-Instituts für organische Chemie und Grenzgebiete in der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ist mit sechs wissenschaftlichen Mitarbeitern in Tübingen, Wilhelmstraße 26, mit der Abfassung und Redaktion von Manuskripten für die 8. Auflage von „Gmelins Handbuch der anorganischen Chemie“ beschäftigt. Der Hauptsitz des Instituts unter Leitung von Professor Dr. E. Pietsch befindet sich in Clausthal-Zellerfeld. Das Gmelin-Handbuch gibt in gedrängter Form sowohl archivarisch erschöpfend als auch kritisch bewertend einen Überblick über die Chemie der Elemente und ihrer Verbindungen. Daß die gesamte Literatur des In- und Auslandes auf diesem Gebiet nach Originalen bearbeitet wird, macht das Gmelin-Handbuch zu einem einmaligen, fundamentalen Werk der wissenschaftlichen Dokumentation von Weltgeltung.

Im Jahre 1953 wurden von der Arbeitsgruppe Tübingen unter Leitung von Fräulein Dr. Haller folgende selbständige Kapitel bearbeitet: Ozon, Knallgas, Konstitution des Wassers, Verbindungen des Kupfers, die Komplexverbindungen des Platins. Es handelt sich um sehr umfangreiche Kapitel, deren Bearbeitung zum Teil schon vor 1952 begonnen wurde und sich über 1953 hinaus erstrecken wird. Die oft schwierige Beschaffung der in den Tübinger Bib-

liotheken nicht vorhandenen Originalliteratur erfolgt teils durch den auswärtigen Leihverkehr der Bibliotheken, teils durch direkten Erwerb von Photokopien und Mikrofilmen bei in- und ausländischen Institutionen. Bei der Arbeitsgruppe Tübingen liegt ferner die Betreuung und Redaktion von Manuskripten auswärtiger Mitarbeiter. Die Ausführung aller Arbeiten erfolgt nach Richtlinien, die in Zusammenarbeit mit dem Hauptinstitut jeweils festgelegt werden.

Max-Planck-Institut

für ausländisches und internationales Privatrecht

Das 1926 in Berlin gegründete und 1944 mit seinem gesamten Bücherbestand und einem Teil des Personals nach Tübingen überführte Institut ist seit 1950 in dem ehemaligen Schwabenhaus untergebracht. Es steht unter der Leitung von Professor Dr. Dölle, der an der Universität Tübingen ein Ordinariat bekleidet. Das Institut beschäftigt sich mit den *Privatrechtsordnungen der fremden Länder* und mit den Beziehungen dieser Rechte zueinander unter den Gesichtspunkten der Rechtsvergleichung, der Rechtsvereinheitlichung und des Internationalen Privatrechts.

Grundstock für die wissenschaftliche Forschungsarbeit ist die Institutsbibliothek, die mit ihren über 80 000 Bänden meist ausländischer Rechtsliteratur die größte Fachbücherei Europas auf dem in Betracht kommenden Gebiet darstellt. Der wissenschaftliche Apparat des Instituts steht den Institutsreferenten ebenso wie fachlichen Interessenten (Gelehrten, Doktoranden usw.) des In- und Auslandes für ihre Forschungsarbeiten zur Verfügung, soweit es die räumlich beengten Verhältnisse zulassen.

Einen bedeutenden Umfang in der Tätigkeit des Instituts nimmt die Erteilung von Rechtsgutachten ein, die von zentralen Verwaltungsbehörden, Gerichten, Anwälten und Wirtschaftsorganisationen eingeholt werden und Auskünfte über ausländische Rechtsnormen ebenso wie Stellungnahmen zu schwierigen und grundsätzlichen Rechtsfragen umfassen.

Das Institut gibt die „Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht“ heraus. Sie bringt Aufsätze aus dem Tätigkeitsbereich des Instituts, systematische Berichte über die Privatrechtsentwicklung in den wichtigsten Staaten sowie Abdrucke einschlägiger ausländischer Gesetze und Urteile mit deutscher Übersetzung.

Der Veröffentlichung von Abhandlungen über Spezialfragen dienen die Reihen „Beiträge und Materialien zum ausländischen und internationalen Privatrecht“. Im Jahre 1953 wurden in diesem Rahmen die ersten Lieferungen der „Quellen des internationalen Privatrechts“ herausgegeben.

Zur Erreichung seiner Ziele ist das Institut auf eine rege Verbindung mit dem Ausland angewiesen. Auch im Jahre 1953 waren zahlreiche Besuche ausländischer Gelehrter zu verzeichnen.

Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere

Nach über 1 1/2-jährigen Verhandlungen ist es gelungen, die Ansiedlung der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Tübingen zu ermöglichen. Das für die Errichtung vorgesehene Projekt umfaßt eine Fläche von 22 Hektar. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um früheres Exerzierplatzgelände, das die französische Besatzungsmacht entgegenkommenderweise im Tausch mit städtischem Gelände südlich der Hindenburgkaserne und

weiteren Flächen der Gemeinden Dußlingen und Wankenheim abgegeben hat. Zu ihrem Leiter ist der frühere Direktor des Reichsforschungsinstituts auf der Ostseeinsel Riem, Professor Dr. Traub, berufen worden, der nach dem zweiten Weltkrieg als Leiter und Erbauer verschiedener Virus-Institute in den Vereinigten Staaten tätig war. Das Institut wird nach seiner Fertigstellung in etwa 2 1/2 Jahren rund 130 Beamte und Angestellte beschäftigen und sich vor allem der Bekämpfung der Maul- und Klauen-seuche widmen.

LANDESTHEATER UND VOLKSBIKDUNG

Landestheater

Es war Ziel des Spielplans des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern, seinen Freunden wie schon in den früheren Jahren eine Reihe der wichtigsten Werke der klassischen Weltliteratur vorzustellen und ihnen das Erlebnis bedeutsamer Werke der neueren und neuesten Dramatik zu vermitteln.

Es wurden folgende Werke aufgeführt:

Calderon/Scholz	Der Richter von Zalamea
Molière	Der Menschenfeind Der Geizige (Wiederaufnahme)
Goethe	Egmont
Schiller	Wallensteins Lager Die Piccolomini Wallensteins Tod
Büchner	Leonce und Lena
Hauptmann	Hanneles Himmelfahrt
Bernanos	Die begnadete Angst
Williams	Die tätowierte Rose (süddeutsche Erstaufführung)
Giraudoux	Elektra

Zuckmayer	Katharina Knie
Wilde	Ein idealer Gatte
Shaw	Der Kaiser von Amerika
Lorca	Die wundersame Schustersfrau
Molnar	Spiel im Schloß
Deval-Goetz	Towarisch
Niccodemi	Tageszeiten der Liebe
Spoerl	Die weiße Weste
Scheu und Nebhut	Ein Engel namens Schmitt
Mey	Der gestiefelte Kater (Märchen-Uraufführung)

Diese eigenen Einstudierungen des Theaters sind durch eine Reihe wertvoller *Gastspiele* ergänzt worden. Von ihnen sei das Auftreten bedeutsamer französischer Ensembles, die Einblick gewährten in das Schaffen des französischen Gegenwart-Theaters, vorweg genannt mit Sartres „Geschlossener Gesellschaft“, dargeboten durch die Compagnie des 4 aus Paris, und die Aufführung einer Burleske von Feydeau: „Feu la Mère de Madame.“ Das Théâtre Hebertot, gleichfalls aus Paris, machte das Tübinger Publikum mit dem Schauspiel „Der Ordensmeister“ von Montherlant, einem der bedeutendsten franzö-



Schillers Piccolomini im Landestheater

sischen Autoren, bekannt. Eingeleitet wurde dieser Abend durch eine szenische Gestaltung von André Gide's „Verlorenem Sohn“.

Das Theater der Stadt Baden-Baden zeigte das Schauspiel „Die Höllenmaschine“ von Cocteau. Nachdem vor zwei Jahren das Landestheater selbst die Komödie „Die Dame ist nicht fürs Feuer“ von Christopher Fry gespielt hatte, brachte die vergangene Spielzeit als Gastspiel der Württembergischen Landesbühne Eßlingen des Dichters an die Mysterienspiele erinnerndes Werk „Ein Schlaf Gefangener“. Die Komödie im Marquardt, Stuttgart, führte das Stück „Theater“ von Bolton und Maugham mit Käthe Dorsch auf.

Ein weiteres Anliegen der Intendanz war es, der *Tanzkunst* durch Gastspiele einen wesentlichen Platz im Spielplan des Theaters zu sichern. Es traten auf: die indische Tänzerin Hima Kesarcodi, das spanische Meistertanzpaar Susana Audeoud und José Udaeta, das Niederländische Ballett, die deutschen Künstler Alexander von Swaine und Lisa Czobel, die Geschwister Höpfner und Harald Kreuzberg.

Das Literarische Cabaret war vertreten durch die bekannten Ensembles der „Amnestierten“, des „Kom(m)ödchen“ aus Düsseldorf, die „Frankfurter Zeitberichter“ und durch die Diseuse Elsi Attenhofer.

Intendant Paul Rose gestaltete eine Gerhart-Hauptmann-Gedenkfeier und Joseph Plaut vereinte seine Freunde bei einem Abend „Humor aller Länder“. Dazu kamen noch die regelmäßigen Gastspiele der Städtischen Bühne Ulm, die dem Spielplan einige musikalische Aufführungen eingliederten, u. a.: Der Barbier von Sevilla, Die verkaufte Braut, Hänsel und Gretel als Opern; Der Zigeunerbaron, Die Czardasfürstin und Gräfin Mariza als Operetten.

In den drei Jahren ihres Bestehens hat die Besucherorganisation der „Volkshöhne Tübingen“ sich aus einer kleinen Schar zu einer Theatergemeinde mit über 600 Mitgliedern entwickelt. Der Verein ist nicht nur bestrebt, seinen Mitgliedern einen verbilligten Theaterbesuch zu ermöglichen, sondern er versucht auch, sie durch die monatliche Herausgabe eines Mitteilungsblattes näher an die Aufgaben und Probleme des Theaters und der gebotenen Stücke heranzuführen.

Volkshochschule

Die *Volkshochschule* Tübingen hat im sechsten Jahre ihres Bestehens ihr Wirken durch neue Schwerpunktbildungen erweitern können. Über 100 Kurse fanden in Tübingen und bei den Außenstellen statt, davon 40 Sprachkurse, 35 berufsbildende und 34 allgemeinbildende Lehrgänge. Ein besonderes Interesse fand der *Staatsbürgerinnenkurs* der Volkshochschule, der in Verbindung mit dem Büro für Heimatdienst durchgeführt wurde. Das Programm brachte Vorträge und Aussprachen aus dem weiten Gebiet des Gemeinschaftslebens von der parlamentarischen Arbeit bis zu den Erziehungsaufgaben an der Jugend.

Die Zahl der eingeschriebenen Hörer betrug 1637, diejenige der Dozenten 92. Aufgeschlüsselt nach Altersgruppen

ist die Anzahl der jugendlichen Hörer unter 20 Jahren mit 34 % besonders hoch. Die 20–30jährigen machen 26 %, die 30–55jährigen 37 % und die noch älteren 3 % der Gesamtzahl aus. Die Angaben zeigen, daß besonders die jüngere Generation von der Weiterbildung, die ihr die Volkshochschule vermittelt, Gebrauch macht. Von den Berufsgruppen bilden die Angestellten und Beamten mit 24 % die höchste Teilnehmerzahl, dann folgen die Arbeiter mit 17 %, Gewerbetreibende, Hausfrauen, Schüler und Studenten mit je 13 %, freie Berufe und ohne Berufsangabe sind 11 %, Lehrlinge 9 %. Die Stadt hat in Anerkennung der Bedeutung der geleisteten Bildungsarbeit ihren Zuschuß an die Volkshochschule im Berichtsjahr auf 5000 DM erhöht, wodurch einige wünschenswerte Verbesserungen erzielt werden konnten.

Amerika-Haus

Das Tübinger Amerika-Haus ist eines von 23 Häusern in der Bundesrepublik. Die Aufgabe dieser Einrichtungen besteht darin, eine objektive Anschauung von den Vereinigten Staaten, ihrer Kultur und Geschichte, ihrer Politik und der Lebensart ihres Volkes zu vermitteln. Die Häuser werden mit Geldern des amerikanischen Steuerzahlers unterhalten, ihr Material und ihre Veranstaltungen sind, wie bei den entsprechenden Kultureinrichtungen in Amerika selbst, kostenfrei zugänglich.

Das Tübinger Amerika-Haus konnte im vergangenen Jahr in *größere Räume* in die Karlstraße 3 umziehen. Das neue Haus umfaßt neben den Büroräumen eine Bibliothek mit Zeitschriftenabteilung, eine Kinderlesestube, ein Musik-Studio sowie einen Vortrags- und Filmsaal mit 200 Sitzplätzen.

In der *Bibliothek* stehen dem Benutzer 13 000 Bände, davon rund ein Viertel in deutscher Sprache, zur Verfügung. Die Anzahl der aufliegenden Zeitschriften beträgt 150. Außerdem steht eine Sammlung von mehreren hundert Broschüren aktuellen Inhalts und eine Sammlung von Photographien aus allen Lebensgebieten zur Benutzung bereit. Betrug die monatliche Ausleihzahl von Büchern und Zeitschriften im Frühjahr durchschnittlich 2500, so stieg diese Zahl nach dem Umzug in die neuen, besser zugänglichen Räume sofort auf 3696 im Juni. Der Oktober brachte bei wieder einsetzendem Universitätsleben eine Ausleihzahl von 6780, das bedeutet einen Durchschnitt von über 200 Büchern pro Ausleihtag. Die Zahl der eingetragenen Leser beträgt am Ende dieses Jahres rund 2900. Die Kinderbibliothek verfügt über einen Buchbestand von 1500 Bänden.

In Tübingen veranstaltete das Amerika-Haus 75 *Vorträge*, 27 Konzerte und viele Schallplattenstunden. Die Beteiligung an den Englisch-Kursen und Diskussionsabenden war besonders groß.

Des weiteren veranstaltete das Amerika-Haus ein sehr reichhaltiges *Filmprogramm* mit modernen 16-mm-Tonfilmprojektoren. So wurden innerhalb und außerhalb des Hauses monatlich ungefähr 50 Filmveranstaltungen mit etwa 6000 Besuchern durchgeführt.

Französische Kulturvermittlung

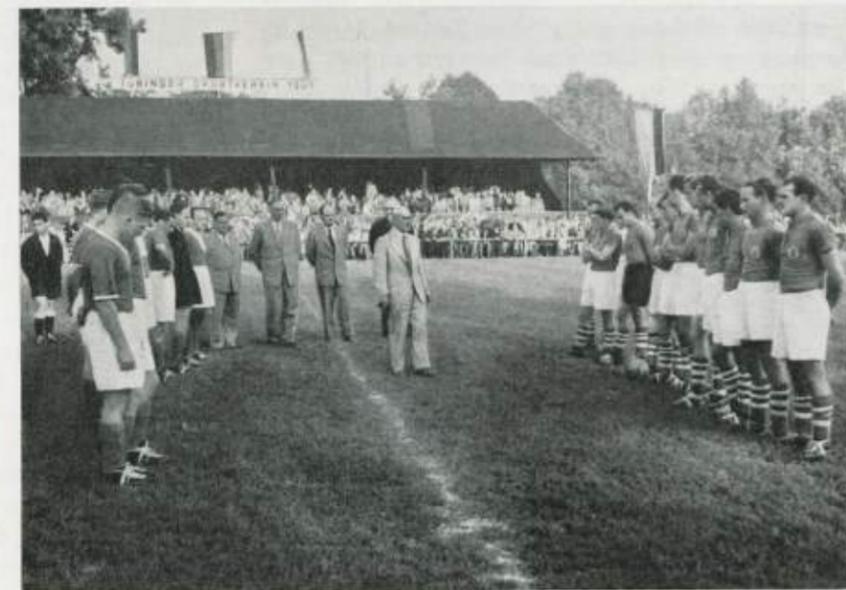
Das *Centre d'Etudes Françaises* konnte seine Tätigkeit im großen und ganzen trotz des *Umzugs* in sein neues Gebäude Doblerstraße 25 wie in den vergangenen Jahren fortsetzen. Die Anzahl der 875 eingeschriebenen Mitglieder im Sommersemester bringt den Beweis, daß der Tätigkeit des Instituts nach wie vor das größte Interesse seitens der Studentenschaft sowie der Tübinger Bevölkerung entgegengebracht wird.

Der *Unterricht*, ob Sprache, Literaturgeschichte oder Frankreichkunde usw., erfreut sich wie in den vergangenen Jahren besonderer Beliebtheit. 23 Kurz- und elf Spielfilme hatten 7986 Zuschauer, acht Konzerte 1812 Besucher, es fanden drei Ausstellungen und elf Vorträge von französischen Persönlichkeiten statt.

Der Überfülle von Theatergastspielen in den ersten Jahren nach dem Kriege folgte eine plötzliche Unterbrechung, die von vielen Theaterfreunden bedauert wurde. Es ist nunmehr dem Centre gelungen, in Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung der *Délégation Provinciale* die abgerissenen Fäden mit den französischen Theaterkreisen wieder anzuknüpfen, so daß bereits drei *französische Gastspiele* möglich gemacht werden konnten. Der eindeutige Erfolg dieser Gastspiele berechtigt zu der Hoffnung, daß die Weiterführung ähnlicher Veranstaltungen auch in Zukunft gesichert ist.

Was die *Filmtätigkeit* des Centre anbelangt, dürften die sich stets mehrenden Vorführungen französischer Filme

Jubiläum des Tübinger Sportvereins 03
Fußball-Oberligaspiel



VON DEN LEIBESÜBUNGEN

Ein vielseitiges und umfangreiches Programm haben die auf allen Gebieten der Leibesübungen tätigen Vereine durchgeführt. Ihre Arbeit erstreckte sich nicht nur auf die Heranbildung von Einzelkämpfern und die Erzielung von

in Originalfassung an den Tübinger Lichtspieltheatern den Beweis erbringen, daß die bisherigen Bemühungen des Centre auf diesem Gebiet ihre Früchte tragen.

Gastspiele von französischen Musikern sowie die Beteiligung französischer *Künstler* an den Tübinger Musiktagen lassen ebenfalls erkennen, daß die direkten Beziehungen zwischen französischen Interpreten und Tübinger Musikfreunden bereits gefestigt sind. Die Arbeit des Centre erstreckte sich auch auf das ganze Südwürttemberg-Hohenzollern. In Verbindung mit neun Volkshochschulen dieses Regierungsbezirks konnte das Centre Tourneen französischer Redner und Musiker vermitteln, die überall einen so großen Beifall ernteten, daß diese Zusammenarbeit auch weiterhin beibehalten werden wird.

Neubau für das Rundfunk-Studio

Das Studio des Südwestfunks in Tübingen hat sich innerhalb von drei Jahren kräftig entwickelt. Während es im Jahre 1950 ein eigenes Programm von 30 Stunden im Monat ausstrahlte, bestreitet es nunmehr 100 Programmstunden. Es stehen im Studio für die Mittelwelle die Sender Reutlingen, Ravensburg und Dürheim und für die Ultrakurzwelle neben Baden-Baden die Sender Hornisgrinde, Raichberg und Waldburg zur Verfügung. Der wachsende Aufgabenbereich und die steigende Zahl der Mitarbeiter und der technischen Einrichtungen macht die Errichtung eines Rundfunkhauses auf dem Osterberg nötig. Mit dem Bau ist im Dezember begonnen worden.

Spitzenleistungen, vielmehr kann als erfreuliches Zeichen die Förderung der Breitenwirkung in den Vereinen hervorgehoben werden. Das eifrige Nachdrängen der Jugend in allen Sportarten ist ein Erfolg dieser Bemühungen.



Hubertusmesse
im Klosterhof Bebenhausen

Es würde im Rahmen dieses Berichts zu weit führen, wollten wir alle Veranstaltungen der Vereine aufzählen. Die wichtigsten Ereignisse des Jahres sollen jedoch hervorgehoben werden. Nachdem der Tübinger *Stadtlauf* im April einen Auftakt für das sportliche Leben gegeben hatte, fand an Pfingsten ein landesoffenes Jugend-Handballturnier der Turn- und Sportgemeinde 1845 statt, an dem rund 700 Jugendliche, darunter 3 Mannschaften des Berliner Sportvereins 98, teilnahmen. Der Tübinger Sportverein 03 hatte zur gleichen Zeit zwei Jugendmannschaften des Hamburger Sportvereins als Gäste. Des weiteren seien hervorgehoben die landesoffenen Schwimmwettkämpfe, ein Radballstadtekampf und ein Tischtennis-Vergleichskampf des SV 03 mit französischen Gästen.

Auf dem Gebiet der *Leichtathletik* gaben die zahlreichen Vereinsmeisterschaften, die Bezirksmeisterschaften und die Deutschen Mehrkampf-Meisterschaften einen Einblick in die erfreuliche Aufwärtsentwicklung der Leichtathletik in unserer Stadt. Die Versehrtensportler führten ein gelungenes Versehrtensporttreffen durch und die Schützengesellschaft zeigte bei dem ersten Neckar-Bezirksschießen gute Leistungen. Die Tübinger Reitgesellschaft hat mit der Durchführung eines Internationalen Reit- und Springturniers, das trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse mit großer Anteilnahme von der Bevölkerung aufgenommen wurde, ihre Tradition erfolgreich fortgesetzt. Auch die Hubertusjagd sowie die zahlreichen Siege der Turniermannschaft bei auswärtigen Turnieren verdienen in diesem Zusammenhang besondere Erwähnung. Der Tübinger Sportverein veranstaltete in diesem Jahr im Rahmen einer Sportwoche anlässlich seines 50jährigen

Bestehens eine Reihe bedeutender Großveranstaltungen. Unter anderem fanden Schwimmwettkämpfe im Freibad unter Beteiligung amerikanischer, französischer und deutscher Spitzenkräfte sowie ein Abendsportfest mit japanischen und deutschen Leichtathleten statt.

Für die Turnvereine der Gründungsstadt des Deutschen Turnerbundes war die Teilnahme am ersten Deutschen Turnfest der Nachkriegszeit in Hamburg bedeutungsvoll. Von der Turn- und Sportgemeinde Tübingen konnten 5, vom Turn- und Sportverein Lustnau 10 und vom Turnverein Derendingen 9 aktive Teilnehmer als Turnfestsieger von der Stadtverwaltung begrüßt werden. Der Turn- und Sportverein Lustnau führte einen Kunstturnwettkampf gegen eine Schweizer Mannschaft vom Turnverein Zürich-Außersihl durch. Die Ausrichtung des Gauschülertreffens des Achalmturngaues hatte der Turnverein Derendingen übernommen.

Mit berechtigtem Stolz konnte der Ruderverein Tübingen auf die diesjährige Saison zurückblicken. Aus 18 Rennen dieses Jahres gingen seine Mannschaften als Sieger hervor und machten das Jahr 1953 zum erfolgreichsten Regattenjahr der Vereinsgeschichte. Auch der Radfahrverein Pfeil hat durch die Erringung der Württembergischen Meisterschaft im Zweierkunstoffahren für Damen einen beachtlichen Erfolg aufzuweisen. Dem Radfahrverein Derendingen gelang es, den Württembergischen Jugendmeistertitel erfolgreich zu verteidigen. Der Tennisclub hat in mehreren Turnieren beachtliche Leistungen gezeigt. Ein besonderes Ereignis in der langen Veranstaltungsreihe war die Feier des 40jährigen Jubiläums des Tübinger Schwimmvereins.

REISEZIEL FÜR AUSLÄNDER

Tübingen steht bezüglich des Ausländerreiseverkehrs unter den Städten in Südwürttemberg-Hohenzollern an der Spitze. Im Jahr 1953 haben 17 237 Ausländer in der Stadt übernachtet. Insgesamt wurden im Berichtsjahr rd. 77 000 Übernachtungen gezählt, (i. V. 72 000). Diese Zahlen entsprechen der allgemeinen Tendenz der Erhöhung des Fremdenverkehrs im Lande Baden-Württemberg, welches nunmehr gleichrangig neben dem traditionellen deutschen Reiseland Bayern steht. Der *Bürger- und Verkehrsverein* hat, von der Stadt mit einem Beitrag von 20 000 DM gefördert, rund 60 000 Prospekte herausgegeben. Er vermittelte 7 700 Personen Unterkunft. Er veranstaltete Stadtführungen und hat durch Schaufensterausstellungen in anderen Städten und durch die Überlassung von Werbematerial aller Art an Verkehrsämter, Reisebüros, Omnibusunternehmen und Industriebetriebe zum Besuch von Tübingen eingeladen.

Die Eröffnung des *Touring-Motels* hat einen Zuwachs an 24 gepflegten Hotelzimmern mit 38 Betten und schönen Gasträumen gebracht. Es wird besonders von ausländischen Gästen gerne aufgesucht.

Der provisorisch an der Rottenburger Straße in der Nähe des Universitätsstadions eingerichtete *Camping-Platz* wurde von rund 2000 Reisenden besucht. Für das Jahr 1954 wird ein ständiger Camping-Platz an der Rappenberghalde errichtet.

Die Landespolizeiverwaltung hat den westlichen Teil des „*Hauses der Jugend*“ an das Jugendherbergswerk zurückgegeben. Diese teilweise Freigabe hat sich auf die Besucherzahl gut ausgewirkt. In den vorhandenen 90 Betten haben über 10 000 Jugendliche, darunter 664 Ausländer aus 24 Nationen, übernachtet.

Liste der Tagungen und Kongresse im Jahr 1953

- | | | |
|-------------|-----|--|
| 27. 3.-29. | 3. | Tagung des Arbeitskreises Butenandt des Max-Planck-Instituts für Biochemie |
| 29. 3.-31. | 3. | Sondertagung des Vereins Deutscher Ingenieure „Wandlung des Menschen durch die Technik“ |
| 2. 5.- 3. | 5. | Tagung der Landesverbände des Deutschen Roten Kreuzes Baden, Württemberg-Baden und Württ.-Hohenzollern |
| 30. 5.-31. | 5. | Tagung des Deutschen Werbeclubs e. V. |
| 13. 6.-15. | 6. | Besuch französischer Städtebauer |
| 16. 6.- 8. | 7. | Ferienkurs der Volksuniversität Lund, Schweden |
| 23. 6.-25. | 6. | Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der gemeindlichen Unfallversicherungsträger |
| 11. 7.-12. | 7. | 2. Treffen der 78. Sturmdivision |
| 15. 7.-17. | 7. | Tagung des Internationalen Giro- und Sparkassenverbands |
| 16. 7. | | Besuch der Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Verfassunggebenden Landesversammlung |
| 23. 7.-25. | 7. | Kongreß der Gesellschaft für Konstitutionsforschung |
| 4. 8.-31. | 8. | Internationaler Hochschulkurs für ausländische Germanisten |
| 26. 8. | | Besuch österreichischer Bürgermeister und Bauräte |
| 9. 9.-15. | 9. | Jahrestagung der Deutschen Geologischen und Paläontologischen Gesellschaft |
| 24. 9.-26. | 9. | Tagung der Luftverkehrsreferenten der Länder der Bundesrepublik Deutschland |
| 23. 9.-25. | 9. | Chirurgie-Kurs des Zahnärztl. Instituts |
| 24. 10.-25. | 10. | Tagung der Tierärztekammer Württemberg-Hohenzollern |
| 27. 10.-29. | 10. | Kongreß des Chemischen Instituts |



Innenhof des Touring-Motel

- 28. 10.–29. 10. Tagung der Internationalen Eisenbahner-Vereinigung (Union internationale des chemins de fer)
- 30. 10.– 1. 11. Parodontose-Kurs des Zahnärztl. Instituts
- 6. 11.– 8. 11. Prothetik-Kurs des Zahnärztl. Instituts
- 30. 11. Besuch von Vertretern französischer Sportbehörden

Des weiteren fanden zahlreiche Stiftungsfeste von studentischen Korporationen und Vereinigungen statt. Stadtverwaltung und Universität begrüßten am 2. Dezember den Hochkommissar Conant mit Gattin, den Förderer des im Bau befindlichen Studentenhauses.

VOM AMT FÜR ÖFFENTLICHE ORDNUNG

Die neuen *ortspolizeilichen Vorschriften* wurden nach mehrmaligen Beratungen durch den Gemeinderat am 9. November 1953 endgültig festgestellt. Neue Vorschriften wurden insbesondere hinsichtlich der Haltung von Schweinen und Hausgeflügel, des Treibens von Schafherden auf Straßen innerhalb des geschlossenen Wohnbezirks, sowie des *Verbots der Kopfdüngung* von zum menschlichen Genuß dienenden und zum Verkauf bestimmten Gewächsen mit Fäkalien erlassen.

Auf dem Gebiet des *Marktwesens* bestehen Bestrebungen, im südlichen Stadtteil einen zweiten Wochenmarkt einzuführen. Eine *Neufassung der Marktordnung* wird gegenwärtig ausgearbeitet. Im Auftrage des Gemeinderats laufen Erhebungen zur Bedürfnisfrage bei den beteiligten Haushaltsvorständen durch Vermittlung des Bürger- und Verkehrsvereins. Die Abhaltung der *Jahrmärkte* in der Uhlandstraße hat sich bewährt. Die Viehmärkte verlieren immer mehr an Bedeutung, nur der *Schweinemarkt* ist verhältnismäßig gut besucht.

Zur *Ausübung des ambulanten Handels* wie auch zur Aufstellung von Verkaufsständen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen wird grundsätzlich keine Erlaubnis erteilt. Dadurch wurde erreicht, daß die Straßenmusikanten und Straßenverkäufer aus dem Stadtbild verschwunden sind.

Viele Besucher aus der Ostzone

Der Umfang des Geschäftsverkehrs bei der *Paßstelle* hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Als Reiseziel wurden hauptsächlich Österreich, Schweiz, Italien und Spanien genannt.

Der Reiseverkehr mit Berlin und der Ostzone wurde im Berichtsjahr dahin geregelt, daß nunmehr die deutschen Paßbehörden *Interzonenpässe* ausstellen können. Ab Juni hat der Besucherstrom aus der Ostzone ganz erheblich zugenommen, so daß täglich bis zu 20 Anträge bearbeitet werden mußten.

In Tübingen wohnen zur Zeit 463 Ausländer aus 36 Staa-



Besuch von Sendboten der Stadt Landshut

ten. Die meisten von ihnen stammen aus der Schweiz, aus Österreich, Frankreich, Italien und USA. Von den asiatischen Ländern ist der Iran mit 12 Personen am stärksten vertreten. Die heimatlosen Ausländer benötigen nunmehr auch, wie alle anderen Ausländer, eine besondere Aufenthaltserlaubnis. Eine zusätzliche Belastung bringt das in Bonn neu errichtete Büro für Aufenthaltsgenehmigungen, dem zur Überwachung der Ausländer neben einer 2. Fertigung der Karteikarte besondere Mitteilungen über Zuzug, Wegzug, Tod usw. von Ausländern zu übersenden sind. Die Paß- und Ausländerstelle bearbeitete u. a. 2900 Reisepaßneuausstellungen, 1800 Reisepaßverlängerungen, 1000 Interzonenpässe, 1000 Aufenthaltserlaubnisse für Besucher aus der Ostzone, 250 Aufenthaltserlaubnisse für Ausländer.

Auf dem Gebiet des *Gewerberechts* wurde am 17. September 1953 das Gesetz zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) und am 29. September 1953 ein Gesetz über Änderungen der Gewerbeordnung erlassen. Auf dem Gebiet des Gewerbewesens wurden 453 gewerbliche An- und Abmeldungen, 68 Anträge auf Erteilung der Erlaubnis nach dem Einzelhandelsschutzgesetz, 18 Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften, 9 Ausverkäufe u. a. bearbeitet.

Rund 2000 *Personalausweise* wurden ausgestellt. Beim Fundamt sind etwa 1350 Fundsachen angemeldet wor-

Mittagsverkehr am Lustnauer Tor



den. Es wurden 625 *Führungszeugnisse* ausgestellt. Auf Grund der eingegangenen *Strafanzeigen* wurden dem Amtsgericht insgesamt 1479 Strafvorschläge vorgelegt. Davon entfallen die meisten auf Übertretungen der StVO und Verstöße gegen die Meldeordnung, auf Verkehrsunfälle, Übertretungen der Gewerbeordnung, Übertretungen nach dem Strafgesetzbuch (grober Unfug, Nachtruhestörung usw.) u. a.

Das *Einwohnermeldeamt* hatte einen erheblichen Auskunftsdienst zu leisten und u. a. 12 317 Meldescheine zu verarbeiten, davon

Anmeldungen	5013
Abmeldungen	4241
Ummeldungen	3063
Aufenthaltsanzeigen von Ausländern	300

Schrittweise Besserung des Linienverkehrs

Auf dem Gebiet des *Verkehrswesens* ist eine Neuregelung des Stadtverkehrs Tübingen erfolgt. Entsprechend dem Antrag der Stadtverwaltung vom 18. April 1953 wurde ihr vom Regierungspräsidium unter dem 1. Dezember 1953 die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Ortslinien- und Vorortsverkehrs mit Omnibussen erteilt. Die Ausübung dieses Omnibusverkehrs hat die Stadt mit Vertrag vom 11. August 1953 den Omnibusunternehmern Kocher und Schnaith übertragen, die sich schon bisher in diese Aufgabe geteilt hatten. Auf Grund dieses Vertrags ist der neue *vorläufige Fahrplan* ausgearbeitet worden. Dieser Fahrplan wird demnächst auf Grund der inzwischen geführten zahlreichen Besprechungen und Verhandlungen (auch in den Kreisen des Bürger- und Verkehrsvereins) die notwendige Ausgestaltung erfahren.

Wie in anderen Städten hat sich auch in Tübingen ebenfalls gezeigt, daß mancherlei örtliche Gegebenheiten die Einrichtung eines verzweigten Liniennetzes, insbesondere

eine günstige Linienführung, erschweren. Die Linien von Derendingen und von dem südlichen Stadtteil stadteinwärts müssen über den Hauptbahnhof geführt werden, um den dort anfallenden Verkehr aufzunehmen, während es an sich zweifellos günstiger wäre, diese Linien durch die Walter-Simon-Straße direkt in die Mühlstraße zu leiten. Auch bei der Linienführung innerhalb von Lustnau ergeben sich hinsichtlich der Verlegung der Linie bis zum „Waldhorn“ Schwierigkeiten, weil die Omnibusse nicht durch die engen Ortsstraßen geleitet werden können. Deshalb können auch die Haltestellen nicht immer so gelegt werden, wie es wünschenswert wäre.

Die Stadtverwaltung hat das Bestreben, entsprechend dem vorhandenen Verkehrsbedürfnis neue Linien zusätzlich einzurichten. Bei Inkraftsetzung des neuen Fahrplans kam es in erster Linie darauf an, die Kurse auf der Hauptverkehrsader Derendingen–Hauptbahnhof–Lustnau zu verdichten und von hier die Nebenlinien abzuzweigen. Die Berücksichtigung der Wünsche verschiedener Betriebe auf eine bessere Bedienung des Berufsverkehrs bringt insofern Schwierigkeiten, als Beginn und Ende der Arbeitszeit nicht bei allen Betrieben übereinstimmen. Die berechtigten Wünsche der Bevölkerung bezüglich des Zubringerverkehrs zu den Schulen, der Einlegung einer Linie zum Bergfriedhof usw. sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Der *Gestaltung des Fahrplans* sind allerdings insoweit Grenzen gesetzt, als die Wirtschaftlichkeit des gesamten Stadt- und Vorortsverkehrs gesichert bleiben muß. Eine finanzielle Belastung der Stadt wäre wohl nicht tragbar. Die Haltestellen werden demnächst von Seiten der Stadt eine einheitliche Bezeichnung erhalten und mit einem übersichtlichen Fahrplan versehen. Auch für eine ausreichende Kennzeichnung der Omnibusse ist Vorsorge getroffen. Wegen der damit verbundenen erheblichen Unkosten konnten diese Maßnahmen jedoch noch nicht durchgeführt werden.

Über 11000 Kraftfahrzeuge im Kreis

Die Zunahme der Fahrzeuge im Straßenverkehr ist an folgenden Zahlen ersichtlich:

Im Kreis Tübingen waren zugelassen:

im Jahr 1938	3 800
im Jahr 1949	4 166
im Jahr 1950	6 239
im Jahr 1951	8 548
im Jahr 1952	10 403 und
im Jahr 1953	11 600 Fahrzeuge

Vom 1. 1. bis 31. 12. 1953 sind im Kreis Tübingen 2 225 Fahrzeuge neu zugelassen worden. Auf die Stadt Tübingen entfallen 768 Führerscheinanträge.

An *Verkehrsunternehmen* sind im Stadtgebiet Tübingen vorhanden:

Für den Fernverkehr	13 Unternehmer
für den Nahverkehr	21 Unternehmer
zur Personenbeförderung sind zugelassen	12 Droschkenunternehmer mit zusammen 12 Fahrzeugen und 17 Mietwagenunternehmer mit zusammen 26 Fahrzeugen und
für den Omnibusverkehr	4 Unternehmer mit zusammen 15 Fahrzeugen

DIENST AN DER BÜRGERSCHAFT

Das *Hauptamt* hat, nach Weisung des von Oberbürgermeister und Stadtdirektor gebildeten Bürgermeisteramts, das Wirken der städtischen Ämter zu koordinieren. Es bildet die Zentralstelle für den gesamten Personen- und Schriftverkehr und bearbeitet die Angelegenheiten des Gemeinderats. Die Leitung des Amtes wurde von Stadtamtmann Hartter, welcher das Rechtsamt übernahm, auf Stadtamtmann Wieland übertragen. Neben der üblichen Verwaltungstätigkeit hat das Hauptamt inzwischen die allgemeine Registratur auf den neuen bundeseinheitlichen Aktenplan umgestellt und Inventar und Vorräte der Stadt neu aufgenommen. An dieser Stelle sei auch die Ersetzung der bisherigen 24-Volt-Telefonanlage durch eine 60-Volt-Neuanlage mit 15 Amtsleitungen und 250 Nebenstellen erwähnt. Auf die Verteilung der staatlichen Bauförderungsmittel, mit welcher das Amt befaßt ist, wurde bei dem Bericht über das Bauwesen der Stadt schon eingegangen.

Der vom Kulturamt betreute *Plakatanschlag* konnte seine Umsätze steigern. Mehrere Annoncenexpeditionen wurden als neue Kunden gewonnen, die Zahl der Anschläge alter Auftraggeber wurde teilweise beträchtlich erhöht.

Die Stadt Tübingen wird (außer den Innerorts- und Vorortslinien) von 23 Verkehrslinien berührt.

Der *Mangel an Parkplätzen* ist nach wie vor deutlich spürbar, trotzdem werden die Parkgelegenheiten auf dem Wöhrdplatz und auf dem Keltornplatz nicht in dem möglichen Ausmaß in Anspruch genommen.

Vom 13.–19. April wurde im Stadtgebiet eine *Verkehrszählung* durchgeführt. Im Vergleich zu der Verkehrszählung in den Höchstsverkehrstagen des August 1952, deren Zahlen in Klammern beigefügt sind, ergab sich folgende Verkehrsdichte pro Tag:

In der Mühlstraße	16 945 (19 674) Fahrzeuge
In der Rottenburger Straße	3 795 (4 875) Fahrzeuge
In der Bahnhofstraße	1 120 (—) Fahrzeuge
In der Hechinger Straße	4 617 (5 659) Fahrzeuge
In der Reutlinger Straße	7 197 (6 129) Fahrzeuge
In der Wilhelmstraße	12 340 (13 211) Fahrzeuge
In der Grabenstraße	6 634 (6 885) Fahrzeuge
In der Schmiedtorstraße	4 019 (—) Fahrzeuge
In der Haaggasse	2 380 (—) Fahrzeuge
In der Neue Straße	6 833 (—) Fahrzeuge

Durch die *Straßenverkehrsordnung* vom 24. August 1953 sind einschneidende Änderungen eingetreten, die die Voraussetzungen schaffen sollen um eine echte Gemeinschaft aller Verkehrsteilnehmer, einschließlich der Fußgänger, herzustellen. Diese Änderungen erfordern die Aufstellung zahlreicher neuer Verkehrsschilder. Die Kosten hierfür sind im Rechnungsjahr mit rund 12 000 DM veranschlagt.

Standesamt und Rechtsamt

Aus der Tätigkeit des *Standesamts* wurde schon über die Registrierung der Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle an anderer Stelle berichtet. Aus seinem Arbeitsbereich sei noch die Führung des Familienregisters mit 20 000 Einträgen genannt, wovon die Register von etwa 12 000 Familien laufend fortgeführt werden. Des weiteren werden in diesem Amt Namensänderungen, Adoptionen, Ehescheidungen und andere Familienrechtsfragen behandelt. Zum Aufgabenbereich des *Rechtsamts* gehören die Ausstellung von Armenrechtszeugnissen, Staatsangehörigkeitsausweisen und Heimatscheinen, Unterschriften- und Abschriftsbeglaubigungen aller Art; auch bearbeitet es die Registrierung der Impfkontrolle.

Die *Grundbuchratschreiberei* beurkundete 174 städtische Kauf-, Tausch- und Erbbaurechtsverträge.

Das *Sühneamt* hatte rund 50 Anträge auf Vornahme eines Sühneversuchs wegen Beleidigung, Verleumdung, Bedrohung und leichter Körperverletzung zu behandeln. Erfreulicherweise konnten 61 % der durchgeführten Sühneverhandlungen mit Erfolg abgeschlossen werden.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß das nächste Jahr die Ein-

führung der *Friedensgerichtsbarkeit* bringt. Der Grundgedanke der Friedensgerichte ist bekanntlich die Erweiterung der am Recht mitarbeitenden Bevölkerungsschichten und damit verbunden eine Ausweitung des demokratischen Gedankens, eine Verbilligung und Beschleunigung der Verfahren und eine Entlastung der öffentlichen Gerichte auf kommunaler Ebene. Die Friedensgerichtsbarkeit ist seit einigen Jahren in Nordwürttemberg und Nordbaden eine Gemeindevorrichtung nach Art unseres Städtischen Sühneamts. Über die Zweckmäßigkeit scheinen, wie die Etatdebatte im Landtag am 9. Dezember 1953 gezeigt hat, die Meinungen der Beteiligten noch auseinanderzugehen. Dazu kommt, daß ohne Zustimmung des Bundesgesetzgebers keine Möglichkeit besteht, die Friedensgerichtsbarkeit ohne weiteres auf das neue Bundesland auszudehnen.

Die *Preisbehörde* für Mieten und Pachten hatte rund 100 schriftliche Anträge von Vermietern und Mietern bezüglich des zulässigen Mietzinses zu behandeln.

Die bedeutende Erweiterung der städtischen Aufgaben spiegelt sich in der *Adressiermaschinenabteilung*. Diese mußte 12 400 polizeiliche Meldungen und rund 1300 standesamtliche Veränderungen verarbeiten. Es war nötig, eine weitere Sonderplatte mit 4000 Platten für die Brandschadensumlage und für Müllabfuhrgebühren einzurichten. Die Adrema hatte im Berichtsjahr über 46 000 Postsendungen im Fernverkehr zu befördern (i. V. 41000). Sie fertigte im Metallmatritzenverfahren annähernd 200 000 Abzüge aller Art.

Wechselnde Wahlbeteiligung

Das *Wahlamt* war im Berichtsjahr mit der Durchführung folgender Wahlen beauftragt:

1. Wahl zur Vertreterversammlung der Rentenversicherung der Angestellten am 17. Mai,
2. Wahl zum zweiten Bundestag am 6. September und
3. Gemeinderats- und Kreistagswahl am 15. November.

Während an der erstgenannten Wahl nur ein verhältnismäßig kleiner Personenkreis beteiligt war – es gaben im Rathaus 590 Wahlberechtigte ihre Stimmen ab – wurden bei der Bundestagswahl in den 25 Stimmbezirken 25 787 Wahlberechtigte erfaßt. Gegenüber der ersten Bundestagswahl von 1949 hatte sich die Zahl der Wahlberechtigten um 3 472 Personen, d. h. um 15,6 % erhöht. Während die Wahlbeteiligung 1949 nur 59,5 % der Stimmberechtigten umfaßte, nahmen an der zweiten Bundestagswahl 81,5 % der Stimmberechtigten teil.

Bei der Gemeinderats- und Kreistagswahl waren 25 268 Bürger wahlberechtigt. Gegenüber der gleichen Wahl vom Jahr 1951 hatte sich die Zahl der Wahlberechtigten um 1985 Personen, d. h. um 8,6 % erhöht. Die Wahlbeteiligung betrug 58,4 % (1951 – 52,9 %).

Im einzelnen seien noch folgende näheren Angaben über die Beteiligung an der *Wahl zum zweiten Bundestag* gemacht:

Bei der Bundestagswahl waren

10 707 Männer (41,5 %) und

15 080 Frauen (58,5 %) wahlberechtigt.

Die *Wahlbeteiligung* betrug bei den Männern 83,9 % und bei den Frauen 79,8 %. Bei Betrachtung des Alters der Wähler ergibt sich, daß die Personen im Alter zwischen 51 und 60 Jahren sich mit 86,6 % am stärksten, diejenigen zwischen 22 und 25 Jahren mit 72,0 % am schwächsten beteiligt haben. Trennen wir die Wahlberechtigten nach Männern und Frauen, so stellen wir die stärkste Wahlbeteiligung bei den Männern zwischen 61 und 70 Jahren und bei den Frauen zwischen 51 und 60 Jahren, die geringste Wahlbeteiligung aber bei den Männern zwischen 26 und 30 und bei den Frauen zwischen 22 und 25 Jahren fest.

Sieben größere Brände

Von Brandfällen großen Ausmaßes blieb die Stadt im Jahre 1953 verschont. Der Freiwilligen Feuerwehr ist es gelungen, auch bei Brandfällen, die in engen Altstadtgebieten zu schweren Schäden hätten führen können, den Brand auf seinen jeweiligen Herd zu beschränken. Besonders zu erwähnen sind die Dachstuhlbrände in einem Gebäude der Nonnengasse, in der Klinikumsgasse 20, sowie ein Treppenhausbrand im Hause Hirschgasse 2. An Einsätzen hatte die Freiwillige Feuerwehr zu ver-



Brand in der Nonnengasse

zeichnen: 7 Großfeuer, 5 Mittelfeuer, 6 Kleinf Feuer, 6 Wald- und Flurbrände, 5 Auto- und sonstige Brände, 2 Hochwasserhilfen, 2 böswillige Alarmer, 12 sonstige Hilfeleistungen, ferner 20 Übungen, 54 Sonntagsbereitschaftswachen, 70 Theater- und Sicherheitswachen.

Hervorzuheben sind an auswärtigen Löschhilfen: 2 Brände von landwirtschaftlichen Gebäuden in Pfäffingen und der Brand der Schreinerei des Sägewerks Maisch in Poltringen. Am 1. Juli 1953 wurde unsere Feuerwehr zur Hilfeleistung bei dem Hochwasser der Echaz nach Wannweil gerufen.

Baumpflanzungen

In den städtischen Waldungen haben sich zwei Naturereignisse sehr nachteilig für die Holzbestände ausgewirkt. Bei einem starken Schneefall im Februar 1953 wurde in jüngeren Nadelholzbeständen durch Schneedruck erheblicher Schaden angerichtet, und in der Frostnacht vom 14. Mai 1953 ist der Laubansatz der Buchen- und Eschenbestände fast völlig erfroren. Die Laubholzbestände, die einen trostlosen Anblick boten, konnten sich dann dank der starken Niederschläge in den Sommermonaten von diesem Schaden wieder weitgehend erholen.

Die Holzfällung ergab 3326 fm. Davon entfallen auf Laubholz 1124 fm und auf Nadelholz 2202 fm. Der Nutzholzanteil an dem Gesamteinschlag belief sich auf 65,20 %. Die Reinigung der Kulturen sowie die Jungwuchspflege stand im Vordergrund der ausgeführten Kulturarbeiten. Diese Arbeiten, welche in den Kriegs- und Nachkriegsjahren weitgehend zurückgestellt werden mußten, können erst jetzt planmäßig durchgeführt werden. Neu gepflanzt wurden 100 000 Jungpflanzen. In den eigenen Pflanzschulen sind 59 000 Sämlinge verschult worden. Im Stadtwald Lustnau wurde im Hägnach eine Unterkunftshütte erstellt und im Derendinger Wald der Holzabfuhrweg in Abteilung 5 „Vorderer Teich“ chaussiert. Vom Forstamt Tübingen ist die Bearbeitung neuer Wirtschaftspläne für die städtischen Waldungen aufgenommen worden.

Wenn auch von Zeit zu Zeit immer wieder einmal ein alter Baum gefällt werden muß, so darf doch andererseits darauf hingewiesen werden, daß beispielsweise an der Straße zum Bergfriedhof und auf dem Friedhof selbst 100 Bäume, an der Stuttgarter Straße und im Freibad je 20 Bäume gepflanzt wurden. Der neue Nachwuchs im Großholz an der Pumpstation beträgt 300–400 Bäumchen, und in der Au wurden 3500 Kiefern frisch eingesetzt.

Die Stadtverwaltung widmet sich auch der Obstbaumpflege. So wurden im Berichtsjahr allein auf dem städtischen Gut Bläsiberg 70 Bäume neu gepflanzt und 50 für abgängige Bäume gesetzt. Bedauerlicherweise trat wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse ein völliger Obstausfall ein.

Zur Betreuung der vorhandenen Park- und Gartenanlagen sind ein Gärtnermeister und 13 Gärtner eingesetzt. Der Aufwand für die Anlagen der Stadt betrug 95 750 DM.

An Neuanpflanzungen ist vor allem die Ausgestaltung des östlichen Schloßgartens und anderer Anlagen mit einem Aufwand von rund 6000 DM zu erwähnen.

Das Veterinärwesen

Die Schlachthofgesellschaft Tübingen hat während des Berichtsjahres umfassende Renovierungsarbeiten an den Schlachthofanlagen, insbesondere in den Stallungen, Schlachthallen, Kühlräumen und am Kesselhaus, durchgeführt und ihre Kesselanlage von Dampf- auf Heißwasserbereitung umgestellt. Hierzu ist der Schlachthausgesellschaft ein Zuschuß der Stadtverwaltung in Höhe von 15 000 DM zur Verfügung gestellt worden. 40 000 DM sind von der Schlachthausgesellschaft aufgewendet worden. Nach Abschluß weiterer großer Instandsetzungsarbeiten an der Wasserversorgungsanlage und an den Kühlanlagen ist der Schlachthof in der Lage, die doppelte Zahl der gegenwärtigen Schlachtungen zu bewältigen und auch bei zunehmender Bevölkerungszahl seine Betriebsfähigkeit noch etwa 25 Jahre zu erhalten.

Das Städtische Fleischbeschauamt hat im Jahre 1953 bei insgesamt 14 526 Stück Schlachtvieh die Schlachtvieh- und Fleischschau vorgenommen. Gegenüber dem Vorjahr (13 786) haben die Schlachtungen um 5 % zugenommen und den Stand des Jahres 1938 um 15 % überschritten. Der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung liegt aber trotz zunehmender Einfuhren von Frischfleisch in den Stadtbezirk Tübingen noch wesentlich unter dem Vorkriegsstand.

Vom Städtischen Trichinenschauamt wurden 7628 Stück Schweine auf Trichinen untersucht. Bei einem Wildschwein wurden zahlreiche lebende Trichinen festgestellt.

Der seit Ende 1950 im gesamten Bundesgebiet herrschende schwere Zug der Maul- und Klauenseuche, der mit 6 Ausbrüchen in unserer Stadt auftrat, ist mit Ablauf des Jahres 1952 im Stadtbezirk erloschen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Maul- und Klauenseuche soll mit wenigen Zahlen beleuchtet werden. In dem Seuchenzug 1937/38 belief sich der Gesamtschaden Deutschlands auf 1,5 Milliarden RM. Flüiger (Schweiz) gibt für den Seuchenzug 1951/52 eine Summe von 800 Millionen sfr als Schaden der betroffenen europäischen Länder an, wovon allein auf das westdeutsche Bundesgebiet für die Zeit vom 1. 4. 1951 bis 31. 3. 1952 nach vorläufigen Berechnungen volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von 500 Millionen DM entfallen. Andere Seuchen haben, abgesehen von der Trichomonadenseuche, die seit Einführung der erfolgreichen künstlichen Besamung verschwunden ist, unter den Tierbeständen des Stadtbezirks nicht geherrscht.

Von der tierärztlichen Lebensmittelüberwachung sind über 300 Besichtigungen von Gewerbebetrieben und Lebensmittelkontrollen sowie die Neufassung der ortspolizeilichen Vorschriften über den Verkehr mit Schlachtvieh und Fleisch zu erwähnen, welche auf Grund neuer Gesetzgebung erforderlich wurde.

Der Neubau eines Tierheimes mit einer Bausumme von 15 000 DM wurde noch im Herbst begonnen.

DIE VORORTE LUSTNAU UND DERENDINGEN

Lustnau

Die im vergangenen Jahr begonnene Verlegung der Nürtinger Straße in Lustnau wurde im Laufe des Frühsommers beendet. Dadurch wurde der Württ. Frottierweberei die Anlegung eines Gartens und der Bau eines Pförtnerhauses ermöglicht. Die schöne Anlage bietet den zahlreichen Arbeitnehmern der Firma einen angenehmen Aufenthalt während der Arbeitspausen. Das neue Straßensegment wurde am 13. Juni dem Verkehr übergeben. Im Zuge dieser Feierlichkeit wurde auch der erste Spatenstich zum Bau der 2000. Wohnung in der Nachkriegszeit in Tübingen getan. Damit war der Anfang zu dem Bauprogramm im Aule gemacht.

Für das kirchliche Leben im Stadtteil Lustnau ist die Grundsteinlegung und das Richtfest zum Evangelischen Gemeindehaus an der Neuhaldenstraße von besonderer Bedeutung. Neben der Turn- und Festhalle wird das neue Gemeindehaus dem Mangel an geeigneten Räumlichkeiten für Zusammenkünfte und Veranstaltungen im Stadtteil Lustnau abhelfen. Die Stadtverwaltung förderte das Bauvorhaben durch die Überlassung des in der Ortsmitte gelegenen Platzes.

Die Katholische Kirchengemeinde beabsichtigt, an der Pfrondorfer Straße eine Kirche zu bauen. Die entsprechenden Grundstücke wurden von der Katholischen Kirchengemeinde bereits gekauft.

Die in Lustnau ansässigen Firmen erweiterten ihre Betriebe. Die Württ. Frottierweberei Lustnau begann mit dem Bau eines Gefolgschaftshauses. Auch die Firmen Frottierweberei Jope & Co. und Metallwarenfabrik Braun & Kemmler führten Ausbauten durch. Die Firma Queck nahm die Fertigung von Schleuderbetonröhren auf und stellte hierzu eine umfangreiche Werkhalle. Außerdem wurde auch auf dem Gebiet des Wohnungsbaus von den Firmen für ihre Betriebsangehörigen gesorgt.

Die Bevölkerung des Stadtteils Lustnau begrüßte die Eindolung des Kirchgrabens, wodurch eine günstige Verbindung zwischen dem Viertel beiderseits der Pfrondorfer Straße und dem Ortskern hergestellt wurde. Gleichzeitig konnte damit die Hochwassergefahr für den Ortsteil bei der Gastwirtschaft „zum Ochsen“ eingedämmt werden. Durch die restliche Belegung der Eberhard-Wildermuth-Siedlung hat der Stadtteil Lustnau die Bevölkerungszahl von nahezu 6000 Personen erreicht. Bei der Volkszählung im Jahre 1950 hatte Lustnau eine Bevölkerungszahl von 5136.

Die Leitung der Geschäftsstelle Lustnau ging im Mai an Stadtoberinspektor Stammer über. Die von den Geschäftsstellen vorgenommenen Arbeiten sind im Zusammenwirken mit allen städtischen Ämtern erledigt worden und im vorliegenden Bericht jeweils bei der Behandlung des einschlägigen Sachgebiets erwähnt. Hervorgehoben seien jedoch noch einmal die folgenden Bauarbeiten: Chausseierung und Teerung der Nürtinger Straße, Alberstraße, Benz-

straße, Weiherstraße, Denzenbergstraße, Denzenberghalde, Landhausstraße, Neuhaldenstraße, Haldenstraße, Stieglerstraße, Hornschuchstraße, Steigstraße und Deichelweg; die Anlegung einer Wendeplatte in der Friedhofstraße, die Instandsetzung von verschiedenen Feldwegen, der Staffelaufgang am Deichelweg und die Ausbesserung sämtlicher Ortsstraßen.

Derendingen

Das Stadtbild von Derendingen wurde durch bedeutsame Baumaßnahmen der Universitätsstadt Tübingen und des Kreises wesentlich verändert, insbesondere wird die künftige Entwicklung Derendingens durch den begonnenen Bau der Kaufmännischen und Gewerblichen Berufsschule nachhaltig beeinflusst werden. Außerdem erwähnt sei die Verbreiterung und Verlängerung der Primus-Truber-Straße, die Erweiterung und der Neubau je einer Trafostation zur besseren Versorgung des Stadtteils, die Einlegung der öffentlichen Dole in die Waldhörnlestraße, der Bau zweier Brücken über die Steinlach beim Waldhörnle und beim Kreßbacher Sträßle, der Anbau zwischen dem Schulgebäude und der Turnhalle an der Sieben-Höfe-Straße und die Teerung verschiedener Straßen.

Über die private Bautätigkeit ist zu berichten, daß vier Einfamilienhäuser bezugsfertig wurden und acht weitere Häuser sich im Bau befinden. Die Nachfrage nach Bauplätzen hält an.

Die Geschäftsstelle hat sich, gleich derjenigen von Lustnau, der Einwohner in allen Fragen angenommen und einen lebhaften Publikumsverkehr zu erledigen gehabt. Für die Zusammenarbeit mit den übrigen Ämtern der Stadtverwaltung gilt ebenfalls das für Lustnau bereits Gesagte.

Die im Ortsteil ansässige Industrie hat sich erfolgreich weiterentwickelt. Es wurden auch drei neue Verkaufsstellen für Lebensmittel bzw. Brennmaterialien eingerichtet.

Die Ortsausschüsse von Lustnau und Derendingen befaßten sich auch in diesem Jahr in vielen Sitzungen und Besichtigungen mit allen die beiden Stadtteile berührenden Fragen, vor allem mit Wohnungsangelegenheiten, mit dem An- und Verkauf von Grundstücken, ferner mit der Instandhaltung der Straßen und Wege, Durchführung von Kanalisationen, Unterhaltung der städtischen Gebäude, Stellungnahme zu Ortsbauplänen und Förderung der Landwirtschaft. Außerdem haben die Ortsausschüsse über Fürsorgeanträge, Gesuche gewerblicher Art und Grundstücksverpachtungen beraten. Sie ließen sich die Pflege der Vereine und der sonstigen kulturellen Einrichtungen angelegen sein. Die Ortsausschüsse bemühten sich auch im Jahr 1953, Mittler zwischen Bevölkerung und Verwaltung zu sein, wofür ihnen auch an dieser Stelle herzlich gedankt sei. Durch ihre Orts- und Sachkenntnisse vermittelten sie der Stadtverwaltung wertvolle Anregungen.

DAS RECHNUNGSPRÜFUNGSAMT

Die während des Krieges angeordneten Vereinfachungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen hatten auch zu einer weitgehenden Beschränkung der nach der Deutschen Gemeindeordnung vorgeschriebenen Prüfungen geführt. Diese Vereinfachungen fielen vom Rechnungsjahr 1948 an weg. Es wurde angeordnet, auch die Prüfungstätigkeit wieder zu beleben. Für die Art und den Umfang der Prüfungen bildet die Verordnung über die Prüfung der Gemeinden, Kreisverbände und Zweckverbände vom 15. Februar 1950 in der Fassung vom 20. November 1951 die Grundlage. Um die Unabhängigkeit der Prüfungen zu gewährleisten, wurde das *Rechnungsprüfungsamt* nach § 101 der Gemeindeordnung dem Oberbürgermeister unmittelbar unterstellt.

Bis zum Rechnungsjahr 1947 konnten die Prüfungen aus personellen Gründen zunächst nur in begrenztem Umfang durchgeführt werden. Sie beschränkten sich auf regelmäßige und unvermutete Kassenprüfungen sowie auf unregelmäßige Beleg- und Bestandsprüfungen. Als Folge der Währungsumstellung konnten von 1948 an auch Maßnahmen aufgenommen und durchgeführt werden, die bis dahin wegen der auf dem Markt fehlenden Güter undurchführbar waren. Nachholbedarf, Kriegsschädenbeseitigung, Notstandsarbeiten, Wohnungsbau, gesteigerte Fürsorge- und Sozialaufgaben, Soforthilfe als Vorläufer des Lastenausgleiches und andere Aufgaben hatten einen erhöhten Geldumlauf und damit einen erheblich gesteigerten Arbeitsanfall in der Haushaltswirtschaft verursacht. Diesem gesteigerten Arbeitsanfall mußte auch bei den Prüfungen Rechnung getragen werden. Als eigentliche Aufgaben des Rechnungsprüfungsamts ist die Prüfung der *Jahresrechnungen* anzusehen, die sich zunächst auf die Einhaltung des Haushaltsplanes, Buch- und Belegprüfung und Prüfung der Gesetzmäßigkeit als Ordnungsprüfung zu erstrecken hat. Daneben wurden dem Amt folgende Aufgaben übertragen:

- die laufende Überwachung der Kassen der Stadt, der Sonderkasse der Eigenbetriebe, der Kraftwerk Tübingen GmbH und der rechtlich selbständigen Stiftungen, die nach § 66 GO von der Stadt verwaltet werden;
- die Prüfung sämtlicher Kassen der Stadt,
- die Prüfung der Vorratsaufnahmen,
- die Prüfung der Wertgegenstände im Verwahrgelaß,
- die Überwachung der Fahrnisverwaltung,
- die Prüfung der Fundgegenstände,
- die Prüfung der geldwerten Drucksachen und Wertzeichen aller Art,

PERSONALWESEN

Wenn wir im vorstehenden Bericht auf die Fülle der kommunalen Aufgaben unserer Stadt geblickt haben, dann hat sich uns die Frage gestellt, welches Personal die Bearbeitung dieser vielseitigen Aufgaben erfordert. Es ist viel Per-

sonal, wenn man an die Belastung des Haushaltsplans mit Personalausgaben denkt. Es ist wenig Personal, wenn man den Umfang und die Schwierigkeit der Arbeiten berücksichtigt. Das Personal der Stadt ist auf das ganze gesehen

die Prüfung der Bestände an Kunstwerken und Altertümern im Archiv,
die Prüfung der Bücher in den Büchereien und im Archiv,
die Prüfung der Vergebungen,
die Prüfung der Jahresrechnungen der kommunalen Eigenbetriebe und der Kraftwerk Tübingen GmbH,
die Prüfung der Betätigung der Stadt in Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit – mit Ausnahme ihrer der Pflichtprüfung durch öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer unterliegenden Unternehmen – und Beteiligung an Gesellschaften, Genossenschaften usw.
die Prüfung der städtischen Verwaltung auf Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit,
Begutachtung der Anordnungen und Vorschriften über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen.
Diese Prüfungen wurden in der Regel unvermutet und in unregelmäßigen Zeitabständen durchgeführt.

Da es nicht der Hauptzweck der Prüfung sein kann, die Beachtung der förmlichen Vorschriften zu überwachen, sondern in erster Linie auf *Zweckmäßigkeit* und *Wirtschaftlichkeit* der Maßnahmen oder Einrichtungen zu achten ist, mußte der sachlichen Prüfung besondere Beachtung geschenkt werden. Zu diesem Zweck ist vom Jahre 1949 an die Visakontrolle für alle Einnahmen und Ausgaben eingeführt worden. Damit wurden alle Anordnungen *vor ihrer Ausführung* durch die Stadtkasse der Prüfung unterworfen. Obwohl diese Visakontrolle einen erheblichen und regelmäßigen Arbeitsanfall zur Folge hat und stets auf dem laufenden sein muß, wenn sie keine Verzögerung in der Ausführung der Anordnungen verursachen soll, so ergeben sich dadurch doch andere bedeutende Vorteile gegenüber der nachträglichen Prüfung. Fehlerhafte Anordnungen wurden vor der Ausführung richtiggestellt, während die Wiederholung unzulässiger oder unwirtschaftlicher Maßnahmen oder Anwendungen durch die Prüfungsbeanstandungen verhindert werden konnte.

Die Steigerung des Gesamtvolumens in der Haushaltswirtschaft und der Kassenrechnung hat zwangsläufig eine Arbeitssteigerung im Prüfungswesen zur Folge. Neue Aufgaben und neue kommunale Einrichtungen vermehren auch die Prüfungsaufgaben. Obwohl die Prüfungstätigkeit eine Teilnahme an den laufenden Verwaltungsgeschäften ausschließt und somit nicht produktiv ist, kann auf sie nicht verzichtet werden. Sie bereitet die Entlastung der Finanz- und Wirtschaftsführung vor und verhindert irrtümliche oder unrechtmäßige Handlungen.

sonal, wenn man an die Belastung des Haushaltsplans mit Personalausgaben denkt. Es ist wenig Personal, wenn man den Umfang und die Schwierigkeit der Arbeiten berücksichtigt. Das Personal der Stadt ist auf das ganze gesehen

schr stark in Anspruch genommen. Das gilt vor allem für die an verantwortlicher Stelle stehenden Persönlichkeiten. Es gilt aber ebenso für die ausführenden Kräfte, beispielsweise bei der Stadtkasse, den Stadtwerken und der Müllabfuhr.

Die Zahl der *Beamten* ist im Kalenderjahr 1953 von 77 auf 85 gestiegen. Diese Erhöhung erklärt sich aus der Übernahme von acht Angestellten, die unter Art. 131 des Grundgesetzes gefallen sind, in das Beamtenverhältnis. Diese Maßnahme war nach dem Gesetz zu Art. 131 notwendig, um den Einstellungsverpflichtungen dieses Gesetzes nach Möglichkeit zu genügen und um der Stadt bald die Bewegungsfreiheit bei der Auswahl von neu einzustellenden Beamten zu verschaffen. Am Anstellungssoll fehlen der Stadt von 16 Pflichtstellen noch fünf. Der Ausgleichsbetrag, den die Stadt auf Grund des Gesetzes zu Art. 131 des Grundgesetzes an den Bund zu leisten hat, beträgt immer noch rund 45 000 DM jährlich.

Die Zahl der *Angestellten* ist im Berichtsjahr von 240 auf 244, also um vier, gestiegen. Der Zugang ist in der Hauptsache durch die Neuschaffung des Lastenausgleichsamts bedingt.

Die Zahl der *Arbeiter* hat sich im Berichtsjahr von 260 auf 266, also um sechs, erhöht. Dieser Zuwachs ist im Vergleich mit der Ausweitung des von den städtischen Arbeitern betreuten Stadtbaugebiets gering.

Was die *Einstellung besonderer Personengruppen* betrifft, so hat die Stadt Ende 1953 beschäftigt:

an politisch verfolgten	3 = 0,5%
an Heimatvertriebenen	51 = 8,4%
an Schwerbeschädigten	50 = 8,2%
an 131ern	19 = 3,1%

Über die *Gehälter* der kommunalen *Angestellten* und über die *Löhne* der kommunalen *Arbeiter* wurden im vergangenen Jahr zahlreiche Verhandlungen geführt, an denen der Oberbürgermeister als Vertreter des Gemeindetags von Südwürttemberg-Hohenzollern beteiligt war.

a) Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) einerseits und die Gewerkschaft ÖTV und die Deutsche Angestelltengewerkschaft andererseits haben am 20. 4. 1953 einen Tarifvertrag geschlossen, durch den die *kommunalen Angestellten* in den Genuß einer Gehaltserhöhung kamen, die etwa einer 20prozentigen Erhöhung der Beamtengehälter entspricht. Gleichzeitig wurden durch weitere Tarifvereinbarungen Verbesserungen beim Wohnungsgeld und bei den Kinderzuschlägen vorgenommen.

b) Die Tariflöhne der *kommunalen Arbeiter* richteten sich bisher nach dem Bundeslohntarifvertrag vom 9. 6. 1951/23. 4. 1952 und der Zusatzvereinbarung vom 12. 6. 1951. Diese Lohntarifverträge waren von der Gewerkschaft ÖTV gekündigt worden. Die hierauf in Gang gekommenen Verhandlungen führten schließlich am 31. 3. 1953 zum Abschluß des Bundeslohntarifvertrags Nr. 3, der am 1. 4. 1953 in Kraft trat. Das Ergebnis dieses neuen Vertrags war im wesentlichen die Erhöhung der Ecklöhne um DM –.09 pro Stunde.

c) Das für die *kommunalen Arbeiter* wichtigste Vertragswerk, nämlich der *Bundesmanteltarifvertrag* (Hohenheimer Vertrag) wurde nach jahrelangen Verhandlungen am 22. 5. 1953 im Schloß Hohenheim abgeschlossen. Er ist am 1. 12. 1953 in Kraft getreten.

Der *Personalaufwand* der Stadt ohne Stadtwerke betrug im Rechnungsjahr 1952 2 494 265 DM. Er hat in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1953 1 336 968 DM betragen und wird also den Aufwand des Vorjahrs nicht wesentlich überschreiten.

An Stelle einer Maifeier wurden im Berichtsjahr getrennt für Stadtverwaltung und Stadtwerke *Betriebsausflüge* nach Triberg bzw. nach Heidelberg ausgeführt, die allen Teilnehmern unvergeßliche Eindrücke von der landschaftlichen Schönheit dieser Gebiete vermittelten.

Über eine wesentliche Neuerung auf dem Gebiet der *Ausbildung des Nachwuchses* ist zu berichten. Die Stadtverwaltung hat auf 1. 4. 1953 sieben Verwaltungslehrlinge (darunter ein Mädchen) für den mittleren Verwaltungsdienst und zwei Vermessungstechniker-Lehrlinge eingestellt. Wir wollen auf diese Weise unseren Nachwuchs für die genannten Laufbahnen in systematischer Ausbildung selbst heranziehen. Der bisherige Verlauf der Ausbildung berechtigt uns zu der Hoffnung, daß dieser Versuch zu einem vollen Erfolg führt.

Personalvertretung

Wie im Vorjahr so hatte auch im Jahre 1953 die Personalvertretung bei einer Reihe von Neueinstellungen, Aufrückungen und Versetzungen von Angestellten und Arbeitern mitzuwirken. In den allermeisten Fällen konnten durch die Vorbesprechungen mit der Verwaltung den Anträgen, den Vorschlägen und Wünschen der Betriebsvertretung entsprochen werden. Hierbei ist ganz besonders die große Zahl der auf 1. Mai beantragten Vorrückungen zu erwähnen.

Nach Ablauf der zweijährigen Tätigkeit wurde am 12. Mai 1953 die *neue Personalvertretung* der Stadtverwaltung gewählt. Bei dieser Wahl erhielten Herr Fritz Schmid, Oberinspektor, als Vertreter der Beamten, die Herren R. Fischer, A. Rühle, H. Schuster und W. Riester für die städt. Angestellten, und für die städt. Arbeiterschaft die Herren E. Hartmaier, K. Kübler und W. Denneler das Vertrauen der städt. Bediensteten. Von diesen gewählten Vertrauensmännern wurde der Angestellte R. Fischer wiederum zum Vorsitzenden der Personalvertretung und Stadtoberinspektor Schmid zum Schriftführer gewählt.

Besonders hervorzuheben aus der Tätigkeit der Betriebsvertretung ist der Beschluß, entgegen der bisherigen Übung von einer Besetzung der ihr zugestandenen Stelle eines hauptamtlichen Geschäftsführers abzusehen. Die Geschäftsführung übernahmen die Mitglieder der Vertretung ehrenamtlich.

In gleicher Weise erfolgreich und harmonisch war die Zusammenarbeit mit dem *Betriebsrat* der Stadtwerke.

DIE VERSORGUNG MIT STROM, GAS UND WASSER

Im Berichtsjahr kamen die *Stadtwerke Tübingen* einen wichtigen Schritt voran. Angesichts des stetigen Wachstums der städtischen Außenbezirke und des steigenden Verbrauchs von Industrie, Gewerbe und Haushaltungen erweiterten sie das Versorgungsnetz für den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserbedarf.

Auf Grund umfangreicher Untersuchungen über die Selbstkosten der Werke mußten dem Gemeinderat Vorschläge für eine teilweise Erhöhung der Tarife unterbreitet werden, um eine ernsthafte Gefährdung des Tarifgefüges zu vermeiden. Nach mehrfachen Beratungen sah sich der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 8. 6. 1953 veranlaßt, folgende Tarifänderungen vorzunehmen:

- für Strom (Grundpreiserhöhungen für Gewerbe und Landwirtschaft)
- für Gas (von DM -.26 auf DM -.29)
- für Wasser (von DM -.30 auf DM -.38).

Im Zuge dieser Tarifierhöhungen gedachte der Gemeinderat auch der bedürftigen Kreise unserer Bevölkerung. Er stellte sicher, daß ihr Lebensunterhalt durch diese Erhöhung nicht gefährdet würde. Demgemäß wurde beschlossen, daß die Stadtwerke im Kalenderjahr 1953 an das Tübinger Hilfswerk einen Betrag von 15 000 DM überweisen. Aus dieser Summe wurden in bestimmten Zeitabschnitten den bedürftigen Haushaltungen Ausgleichsbeträge gezahlt.

Die Stadtwerke führten eine erhebliche *Bautätigkeit* durch. Die Versorgungsleitungen wurden in eine Reihe neu erschlossener Straßen vorgetrieben und viele Neubauten an-

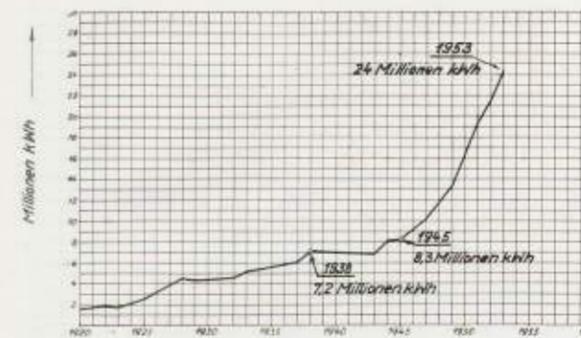
geschlossen. Daneben wurden Maßnahmen vollzogen, um die Anlagen wirtschaftlicher zu gestalten, sie der Entwicklung der Technik anzupassen, leichter überschaubare Verhältnisse zu schaffen und die Betriebssicherheit zu erhöhen. Auch auf eine Verbesserung des Äußeren der Baulichkeiten und die Instandsetzung von Schäden wurde gesteigerter Wert gelegt.

Steigender Strombedarf

Die *Zunahme des Stromabsatzes* gegenüber dem Vorjahr betrug rund 12 Prozent. Durch die Umstellung auf Drehstrom ist der Verlust in den Umformeranlagen und den Netzen erheblich kleiner geworden, so daß der Strombedarf des Werkes nicht in gleichem Maße, sondern nur um 8 Prozent angestiegen ist. Er betrug etwa 27 Millionen Kilowattstunden. Die *Umstellung* von Gleichstrom auf Drehstrom hat insbesondere bei der Universität solche Fortschritte gemacht, daß die Gleichstromabgabe gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent zurückging.

Die *Eigenerzeugung* von Strom verlief bis Mitte April, gefördert durch die langsame Schneeschmelze, sehr günstig. Im Juni und Juli gab es erhebliche Niederschläge, dagegen waren der Monat Mai und der Herbst ausgesprochen trocken. Immerhin konnten rund 38 Prozent des Strombedarfs selbst erzeugt werden.

Für das *Kraftwerk an der Rappenberghalde* wurde der Umbau der 5000-Volt-Verteilungs- und der Maschinenschaltanlage bei einer Spezialfirma in Auftrag gegeben. Der Umbau wird nötig, um die Anlagen an die bei Kurzschlüssen auftretenden größeren Ströme anzupassen. Im



Stromverbrauch

Neckarwerk konnten in der 5000-Volt-Schaltanlage Werkstraße zwei weitere Zellen installiert werden.

Die Einrichtungen des im Vorjahr erstellten *Neubaus* an der *Nonnengasse* wurden durch den Einbau einer 5000-Volt-Schaltanlage ergänzt, zwei weitere Transformatoren aufgestellt und die Kabel und Freileitungen auf das neue Umspannwerk umgelegt, das damit voll in Betrieb und ein starker *Stützpunkt* für die Versorgung der Innen- und der Weststadt mit Hochspannungs- und Niederspannungsstrom ist. Die *Zählerabteilung* ist in die oberen Geschosse des Neubaus umgezogen, wo ihr für die Wartung und Prüfung der im Netz eingebauten 12 963 Stromzähler, 9380 Gaszähler und 4901 Wasserzähler die neuzeitlichsten und genauesten Einrichtungen zur Verfügung stehen. Nach Abbruch des Kamins des alten Dampfkraftwerkes wurde der Neubau des Umspannwerkes mit dem alten Werksgebäude durch einen Zwischenbau verbunden, in dem jetzt die Heizungsanlage, Werkstatt, Lager- und Büroräume untergebracht sind.

Die vom Kraftwerk an der Rappenberghalde ausgehende mit 15 000 Volt betriebene *Hauptspeiseleitung* für das ganze *Gebiet südlich des Neckars*, von der in den Vorjahren schon Teilstücke erstellt wurden, ist durch Verlegung von zwei Erdkabelstrecken zwischen dem Kraftwerk und der Rottenburger Straße sowie der Steinlach und der Loretto-Kaserne bis zur Hindenburg-Kaserne fertiggestellt worden. Die an diesen Leitungsstrang angeschlossene Transformatorstation auf dem Sägeplatz in Derendingen wurde auf den doppelten Raum vergrößert und die elektrischen Einrichtungen durch leistungsfähigere ersetzt. Eine in Derendingen in dem Ortsteil bei der Kirche errichtete neue Transformatorstation wird ebenfalls von der erwähnten Leitung gespeist. Die Stromversorgung von Derendingen dürfte damit auf Jahre hinaus sichergestellt sein.

Die Versorgung des Vorortes Lustnau wurde durch Inbetriebnahme der erweiterten Station beim Adler verbessert. Die Einrichtung einer betriebseigenen Transformatorstation des Tübinger Milchwerks ergab eine erfreuliche Entlastung der Transformatorstation Rappstraße, die einen Teil der Weststadt versorgt. Ebenfalls der besseren Versorgung der Weststadt dient die Verlegung eines stärkeren Hochspannungskabels vom Werk Nonnengasse zur

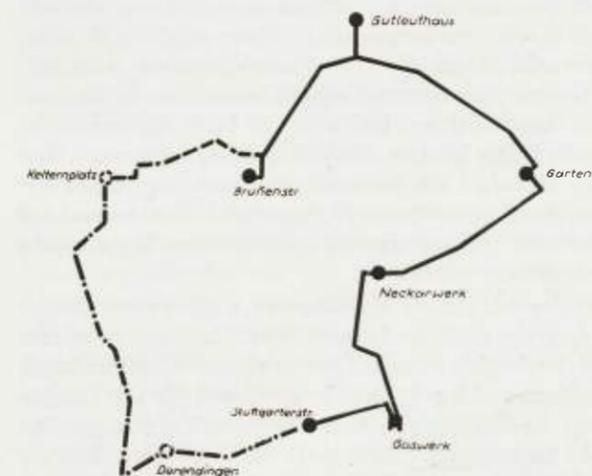
Station Rappstraße und eines neuen Hochspannungskabels von der Nonnengasse über das Rathaus zur Transformatorstation am Zwinger. Das letztere Kabel wird in die neue unterirdische Kabelstraße durch die Lange Gasse und Collegiumsgasse eingezogen, ebenso wie ein neues Niederspannungs-Speisekabel von der Nonnengasse zum Konvikt und von da zum Rathaus. Die neue Kabelstraße dient auch noch zur Aufnahme eines im Zuge der Erweiterung der städtischen Telefonanlage notwendig werdenden Telefonkabels vom Rathaus zum Werk in der Nonnengasse, das von da bis zum Technischen Rathaus in der Brunnenstraße verlängert wird. Ein neues Niederspannungskabel von der Station Uhlandbad über die Tübinger Chronik bis zur Kepler-Oberschule dient der Umstellung der Chronik und der Oberschulen von Gleichstrom auf Drehstrom.

Das *Niederspannungsnetz* wurde verstärkt in der Nürtinger Straße bis zum Bahnhof Lustnau, in der Gegend Denzenberg, beim Hagellocher Weg, im Weiler Waldhausen und durch einen neuen Stützpunkt bei der Lichtensteinstraße.

Insgesamt wurden 6 km Erdkabel und 12 km Drehstrom-Freileitungen verlegt. 124 Häuser wurden neu angeschlossen. Der Zuwachs an Zählern beträgt 420.

Die Schaffung eines Mitteldruckerings der Gasversorgung

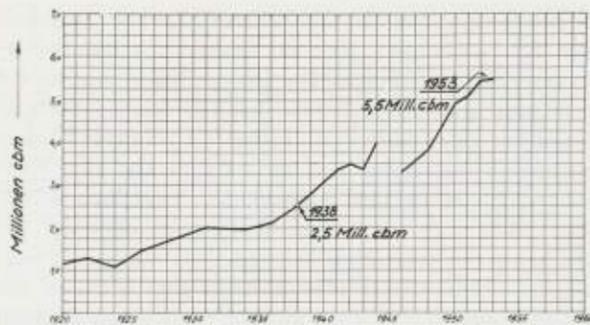
Der *Gasabsatz* ist gegenüber dem Vorjahr mit etwas über 1 % nicht wesentlich gestiegen. Zunahmen in den meisten Monaten stehen im Mai und Juni Abnahmen von je etwa 6 % gegenüber. Man darf wohl kaum die Schlußfolgerung ziehen, daß die Aufwärtsbewegung des Gasabsatzes zum Stehen gekommen ist. Eine in Vorbereitung befindliche gesetzliche Tarifordnung wird ähnlich wie beim Strom auch für Gas Grundpreise einführen, von denen eine werbende Wirkung und damit ein weiterer Anstieg des Verbrauchs zu erwarten ist. 99 Häuser mit 284 Zählern wurden neu angeschlossen.



Gas-Mitteldrucknetz, gestrichelte Linie: geplante Bauvorhaben



Neubau der Stadtwerke für ein Umspannwerk und die Zählerabteilung



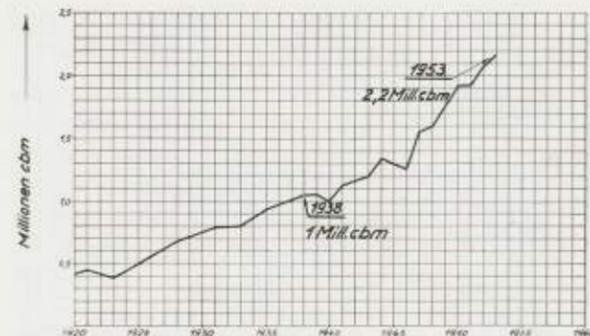
Gasverbrauch

Von den in diesem Jahre gebauten 3,5 km Gasleitungen entfallen 2,5 km auf Straßenschließungen und 1 km auf die Verlängerung der Gasmitteldruckleitung von der Köstlinstraße entlang der Ammer zur Brunnenstraße. An diese Leitung wurde in der Brunnenstraße eine Druckreglerstation angeschlossen, die über eine kurze, aber kräftige Leitung in die Rohre der Wilhelmstraße einspeist. Die Mitteldruckleitung wird in Bälde von der Brunnenstraße bis zum Kelternplatz verlängert. Die vom Gaswerk über die Druckreglerstationen Neckarwerk, Aule, Gutleuthaus, Brunnenstraße zum Kelternplatz führende Leitung wird am Kelternplatz später mit einer zweiten Leitung zusammengeschlossen, die vom Gaswerk über das Steinlachviertel und über den Schloßberg (oder unter ihm hindurch) zur Weststadt führen wird. So wird ein *Mitteldruckring* um Tübingen entstehen, der es gestattet, jede daran angeschlossene Druckreglerstation von zwei Seiten anzuspiesen und aus den Reglern das Niederdruckstraßennetz so aufzufüllen, daß zu allen Zeiten, auch während der Kochspitze, ein gleichmäßiger Druck zur Verfügung steht.

Woher kommt unser Wasser?

Während das Vorjahr durch seine außerordentliche Trockenheit eine sprunghafte Steigerung des Wasserverbrauchs und damit eine angespannte Versorgungslage brachte, konnte in diesem Jahr die Wasserversorgung ohne nennenswerte Spannungen durchgeführt werden. In den nasen Monaten März, Juni und Juli blieb der Bedarf gegenüber dem Vorjahr erheblich zurück. Im ganzen liegt aber trotzdem der *Wasserabsatz* $2\frac{1}{2}\%$ über dem Vorjahr. Dank verringerter Verluste im Rohrnetz brauchte jedoch die Wassergewinnung gegenüber dem Vorjahr nicht gesteigert zu werden.

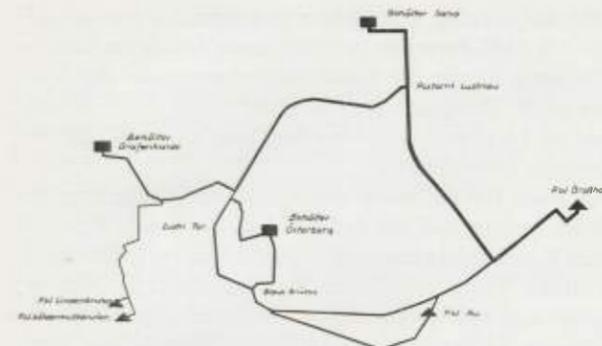
Der fortschreitende Wohnungsbau wird weitere Steigerungen des Absatzes bringen. Dazu muß immer wieder mit Trockenjahren und ihrem erhöhten Wasserverbrauch gerechnet werden. Weitere Investitionen für die Verstärkung der Wassergewinnungs- und Verteilungsanlagen sind nicht zu umgehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die in der Nähe des bebauten Gebietes liegenden Pumpwerke mit der Zeit aufgegeben werden müssen, so vor



Wasserverbrauch

allen die beiden Brunnen am Eingang der Lindenallee. Aus diesen Gründen ist die Stadt im Frühjahr dem Zweckverband *Bodensee-Wasserversorgung* beigetreten, der zur Zeit bei Sipplingen am Untersee des Bodensees ein Probe-Entnahmepumpwerk baut. Sie wird wohl auch dem endgültigen Verband beitreten, der in den nächsten Jahren das Entnahme- und Filterwerk vollends ausbaut und die Fernleitung über die Alb nach Stuttgart erstellen soll. Diese Leitung wird voraussichtlich zwischen Tübingen und Pfrondorf (auf der Pfrondorfer Seite) hindurchführen. Ein Anschluß für Tübingen mit 100 Liter Entnahme in der Sekunde, also 360 cbm in der Stunde, ist vorgesehen. Obwohl Tübingen demnach in einigen Jahren einen beträchtlichen Teil seines Bedarfs mit Bodenseewasser decken können, dürfte es zweckmäßig sein, die bestehenden Möglichkeiten zur *Eigenerzeugung* von Wasser voll auszuschöpfen. Auf Grund der im Vorjahr im unteren Neckartal etwa auf einer Linie vom Wehr des Neckarkraftwerks Kirchentellinsfurt zu den bestehenden Pumpwerken im Großholz durchgeführten geoelektrischen Untersuchungen der Grundwasserverhältnisse wurde in diesem Sommer ein Probebrunnen gebaut und in zwei längeren Pumpperioden der Wasseranfall und die durch die Entnahme hervorgerufene Absenkung des Grundwassers beobachtet. Ein Gutachten des Geologischen Landesamtes in Zusammenarbeit mit dem Straßen- und Wasserbauamt des Regierungspräsidiums kommt zu dem Schluß, daß etwa 60 Liter in der Sekunde gewonnen werden können. Angebote über geeignete Brunnen liegen vor. Um über die Grundwasserverhältnisse im oberen Neckartal Aufschluß zu erhalten, wurden auch dort im Herbst geoelektrische Messungen zusammen mit dem Geologischen Landesamt vorgenommen.

Auf dem Sand wurde im Berichtsjahr ein *Trinkwasserbehälter* von 2600 cbm Inhalt erstellt. Die vorhandenen Trinkwasserbehälter haben zusammen einen Inhalt von 5400 cbm. Nach Inbetriebnahme des neuen Behälters werden also 8000 cbm Speicherraum, d. h. ungefähr ein Tagesverbrauch von Wasser, zur Verfügung stehen. In diesen Behälter auf dem Sand wird später die das Bebenhausener Tal aus Richtung Pfrondorf kreuzende Anschlußleitung Tübingens an die Bodenseeleitung einmünden.



Hauptspeisung der Wasserversorgung

Der Behälter wird zunächst gespeist aus der in den Vorjahren erstellten starken Leitung entlang der Umgehungsstraße, die zwei ebenfalls kräftige Zubringerleitungen entlang der Bahn von den Pumpwerken im Großholz und der Au aufnimmt und die in diesem Jahr vom Adler in Lustnau bis zum Behälter auf dem Sand verlängert wurde. Über das letztere Leitungstück entleert sich auch der Behälter und gibt sein Wasser an die im vorigen Jahr erstellte 300-mm-Leitung durch die Wilhelmstraße in die Stadt. Während so die Stadt eine neue *Hauptspeiseleitung* von den Pumpwerken am Osterberg östlich vorbei und dann von Norden her in die Stadt – unterstützt von einem Speicher – erhalten hat, wurde mit einer Verstärkung auch der südlichen Zuleitung von den Pumpwerken Au und Großholz zur Stadt durch eine Leitung von 250 mm lichter Weite von der Au entlang der Eisenbahn zur Reutlinger Straße (Einmündung kurz vor der Blauen Brücke) begonnen.

Da in dem trockenen Jahr 1952 die Hochzone Waldhäuser Höhe den schwächsten Punkt der Wasserversorgung darstellte und durch den Bau der neuen Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere ein neuer starker Verbraucher hinzukommt, wird mit dem neuen Behälter Sand ein weiteres *Hochzonen-Pumpwerk* verbunden, das sein Wasser aus dem neuen Behälter nimmt und in den Behälter auf der Eberhardshöhe drückt. Einsteilen wurde im Behälter Geigerle eine stärkere Pumpe für das dortige Hochzonenpumpwerk montiert. Auch das Pumpwerk in der Haagasse für die Hochzone Schloßberg wurde in der Leistung wesentlich verstärkt durch Aufstellung zweier größerer Druckwindkessel; gleichzeitig wurde dieses Pumpwerk auf Drehstrom umgestellt und in seinen Einrichtungen verbessert. Für die Belieferung einer neu erstellten Leitung nach Waldhausen und der erwähnten Bundesforschungsanstalt muß das Wasser dem Behälter Eberhardshöhe entnommen und ein drittes Mal gepumpt werden, da das neu hinzukommende Gebiet höher als der Behälter liegt. Eine Pumpenanlage, zunächst mit nur einer Pumpe und einem Druckwindkessel von 8 cbm Inhalt, wurde bereits erstellt; eine zweite Pumpe und ein zweiter Druckwindkessel sollen in Kürze montiert werden. Insgesamt wurden im Jahre 1953 3,8 km Wasserleitung verlegt und 122 Häuser neu angeschlossen.

Hellere Straßen

In der Neuen Straße, auf dem Holzmarkt, in der Kirchgasse und in der Hechinger Straße wurden die veralteten Beleuchtungskörper durch *neuzeitliche Leuchten* mit Blendungsschutz ersetzt und weitere Leuchten aufgehängt. Die Bahnhofstraße und der zu ihr parallel verlaufende Teil der Rottenburger Straße erhielten *Röhren-Beleuchtung*. Für die Beleuchtung der Bahnhofstraße, besonders bei der Omnibushaltestelle der Post, bestand schon länger ein starkes Bedürfnis. Eine richtige Beleuchtung des Bahnhofsvorplatzes ist eine gute Visitenkarte der Stadt für die ankommenden Reisenden. Die neu gebauten Alleinbrücken wurden mit Röhrenbeleuchtung in Laternenform versehen. Der neue Teil der Nürtinger Straße erhielt als Ausfallstraße ebenfalls Röhrenbeleuchtung, jedoch mittels Auslegern an Betonmasten.

Straßenbeleuchtungen wurden ferner erstellt in der Rotbadstraße, der Wächterstraße und in dem Aufgang von der Waldeckstraße zur Eberhard-Wildermuth-Straße. Erweiterungen der Straßenbeleuchtung wurden durchgeführt in der Alexanderstraße, dem Völkerweg und in der Lindenallee. Ferner wurde eine Anzahl von Einzelleuchten an Bedarfsstellen angebracht. Um den Strombedarf der Straßenbeleuchtung in Grenzen zu halten, wurde eine Reihe von Straßenzügen so geschaltet, daß nach Mitternacht ein Teil der Lampen ausgeht und erst gegen morgen wieder angeht.

Für die Straßenbeleuchtung wurden im Jahre 1953 aufgewendet

60 000 DM Aufwand für Strom

25 000 DM Unterhaltungsaufwand für das Leitungsnetz

30 000 DM Neubauten.

Diesen Ausgaben stehen Einnahmen nicht gegenüber. Der Aufwand muß von der Stadt aus Steuermitteln bestritten werden, während in anderen Städten hierfür eine Gebühr erhoben wird.

Beliebtes Hallenbad

Im *Umlandbad* konnten weitere Verbesserungen durchgeführt werden. So wurden 10 Wannenkabinen 2. Klasse umgebaut, die Schwimmhalle durch Tünchen und der Kasernenraum durch eine neue Einrichtung verschönert, in der Schwimmhalle die Beleuchtung über den Kabinen und unter dem Sprungbrett verbessert und die Badekabinen mit Benützungzeitmessern versehen.

Ein schadhafter Dampfkessel wurde durch einen größeren neuen Kessel ersetzt. Die *Chlorung des Schwimmbades* wurde versuchsweise auf das System Mibis nach dem Brechpunktverfahren umgestellt. Dabei soll eine höhere Chlorung unter Verbesserung der Geruchs- und Geschmackverhältnisse erzielt werden. Die Ergebnisse der laufenden bakteriologischen Untersuchungen sind überraschend gut. Ob eine Verringerung der Chlorbelastigung eingetreten ist, kann erst nach der Wintersaison abschließend beurteilt werden. Jedenfalls steht fest, daß bei besserer bakteriologischer Beschaffenheit des Wassers keine

Steigerung der Belästigungen eingetreten ist. Die in der letzten Zeit durchgeführten Verbesserungen der Brausebäder und Wannebäder 2. Klasse haben zu einem *Anstieg der Benützung* um 9,6 bzw. 17,5 % geführt. Es wurden in diesem Jahr 38 470 Brausebäder, 28 326 Wannebäder 2. Klasse und 17 681 Wannebäder 1. Klasse abgegeben. Das Schwimmbad wurde von 46 910 Personen besucht. Auch das Dampfbad hat mit 2 331 Besuchern und die medizinischen Bäder haben mit 2 192 Benützern Zunahmen von 9,5 bzw. 6,6 % zu verzeichnen.

Der Besuch des *Freibades* wurde nach einem sehr schönen Mai durch die Schlechtwetterperiode des Juni und Juli beeinträchtigt, betrug aber immerhin 140 000 Besucher gegen 154 000 im Vorjahr. Der durchschnittliche Tagesbesuch an 123 Betriebstagen betrug 1150 Besucher gegen

1200 im Vorjahr. Die höchste Besucherzahl war am 26. Juli mit 5650 Personen zu verzeichnen. Durch die kühlere Witterung betrug die Durchschnittstemperatur des Wassers 18,5°. Die laufenden Untersuchungen des Badewassers im Hygiene-Institut ergaben eine einwandfreie hygienische Beschaffenheit.

Der Platz für Ballspiele wurde nach der Westgrenze des Bades verlegt und die dadurch frei werdende Wiese zu einer Kinderspielwiese umgestaltet mit einem geräumigen, in freier Form gehaltenen Planschbecken. Sandkasten, Sport- und Spielgeräte sorgen für Unterhaltung. Für die kleineren Kinder ist hier ein beliebter Plansch- und Tummelplatz entstanden, und außerdem wurde eine Entlastung des großen Badebeckens erreicht.



*Hochspannungs-Schaltanlage
des neuen Umspannwerkes
in der Nonnengasse*

RÜCKSCHAU UND AUSBLICK

In der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 30. November in der Schlachthaus-Gaststätte ist anlässlich der Verabschiedung der ausscheidenden und der Einführung der neugewählten Gemeinderatsmitglieder durch den Herrn Oberbürgermeister ein eingehender Rückblick auf die Arbeit der Stadtverwaltung in den Jahren 1948–1953 gegeben worden. Der vorliegende Bericht hat sich demgegenüber darauf beschränkt, die Arbeit im abgelaufenen Kalenderjahr 1953 vor Augen zu führen. Auch bei diesem auf ein Kalenderjahr begrenzten Bericht konnte dankbar und mit Freude festgestellt werden, daß viele Fortschritte – vor allem auf dem Gebiet der großen Bauvorhaben – erzielt worden sind. Erfreulicherweise konnten auch die Stadtfinanzen dem Fortschreiten der Baumaßnahmen ohne eine zu große Neuverschuldung nachkommen.

Das Programm für die Arbeit des Jahres 1954 ist weitgehend schon durch die auf verschiedenen Gebieten eingeleiteten Vorhaben aufgezeichnet. Von ihnen sind besonders hervorzuheben die Neubauten der Kaufmännischen und Gewerblichen Berufsschule und der neuen Kläranlage, die Fortführung des Wohnungsbaues in den im Jahr 1953 erschlossenen oder neugeplanten Siedlungsgebieten, die Erschließung des Klinikgeländes auf dem Schnarrenberg und der Institutsbereiche auf der Waldhäuser Höhe, des weiteren auch der Bau einer Doppelturnhalle in der Weststadt und eines Kindergartens im Geigerle. Zum Schluß dieses Berichts sei noch einmal den Damen und Herren des alten Gemeinderats sowie allen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadtverwaltung der herzliche Dank für die im Jahr 1953 geleistete Arbeit ausgesprochen. Allen Mitbürgern wünschen wir, daß 1954 ein Jahr des Friedens und des glücklichen Aufbaues in unserer Universitätsstadt Tübingen werden möge!

VERZEICHNIS DER IN TÜBINGEN ANSÄSSIGEN BEHÖRDEN

Regierungspräsidium Südwürttemberg-Hohenzollern
 Oberschulamt Südwürttemberg-Hohenzollern
 Oberpostdirektion Südwürttemberg-Hohenzollern
 Forstdirektion Südwürttemberg-Hohenzollern
 Landesamt für Denkmalpflege
 Landesamt für Wiedergutmachung
 Landespolizeidirektion für Württemberg-Hohenzollern
 Landesversicherungsanstalt Württemberg
 Landratsamt Tübingen
 Kreisverband Tübingen
 Landesamt für Umlegung und Siedlung
 Tierärztliches Landesuntersuchungsamt
 Staatsrentamt
 Verwaltungsgerichtshof von Südwürttemberg-Hohenzollern
 Oberlandesarbeitsgericht für Südwürttemberg-Hohenzollern
 Arbeitsamt Reutlingen, Nebenstelle Tübingen
 Bezirksbauamt
 Bundesbahnbetriebsamt
 Bundesbahnmaschinenamt
 Bundesbahnverkehrsamt
 Wetteramt und Medizin.-Meteorolog. Forschungsgruppe
 Eichamt, Nebenstelle Tübingen
 Finanzamt Tübingen
 Zollamt I
 Landgericht
 Amtsgericht

Staatsanwaltschaft
 Geologisches Landesamt, Zweigstelle Tübingen
 Gewerbeaufsichtsamt
 Hauptfürsorgestelle Baden-Württemberg, Nebenstelle Tübingen
 Landessuchdienst
 Landesstelle für Naturschutz
 Statistisches Landesamt, Außenstelle Tübingen
 Staatliches Gesundheitsamt
 Landeszentralbank, Filiale Tübingen
 Französische Provinzialdelegation
 Französische Kreisdelegation Tübingen
 Französisches Konsulat
 Allgemeine Ortskrankenkasse
 Staatliches Museum für Naturkunde
 Eberhard-Karls-Universität mit sechs Fakultäten, elf Kliniken und 55 Instituten
 Max-Planck-Institut für Biochemie, Gmelinstraße 8
 Max-Planck-Institut für Biochemie, Abt. für Virusforschung
 Max-Planck-Institut für Biologie, Abt. Kühn
 Max-Planck-Institut für Biologie, Abt. Hartmann
 Max-Planck-Institut für Biologie, Abt. Melchers
 Max-Planck-Institut für das Gmelin-Handbuch
 Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
 Deutsches Institut für ärztliche Mission
 Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten bei Tieren

PERSONALIA AUS BÜRGERSCHAFT UND VERWALTUNG

Verstorbene

aus der Bürgerschaft:

- 10. 2. 1953 Kaufmann Karl Flammer
- 13. 2. 1953 Oberbürgermeister a. D. Adolf Hartmeyer
- 13. 2. 1953 Regierungsrat a. D. Georg Schmidgall
- 2. 3. 1953 Albert Carle (ehem. Gemeinderat)
- 6. 12. 1953 Paul Wetzler (ehem. Gemeinderat)

aus der Universität:

- 18. 3. 1953 Professor Dr. Felix Haffner
- 30. 8. 1953 Professor Dr. Robert Gaupp
- 26. 9. 1953 Staatsrat Professor Dr. Ludwig von Köhler
- 7. 11. 1953 Professor Dr. Alfred Kliegl

aus der Stadtverwaltung und den Schulen:

- 20. 1. 1953 Karl Kurz, Schulhausverwalter
- 21. 2. 1953 Johann Weimer, Verw.-Obersekretär a. D.
- 21. 4. 1953 Johannes Fromm, Farrenwärter a. D.
- 21. 6. 1953 Wilhelm Grauer, Tiefbauarbeiter

*Oberbürgermeister
a. D.
Adolf Hartmeyer †*



- 14. 9. 1953 Jakob Finkbeiner, Waldarbeiter
- 15. 9. 1953 Jakob Rathfelder, Rektor a. D.
- 30. 9. 1953 Fritz Kampe, Schulhausverwalter

Ernennungen

in der Stadtverwaltung:

Stadtoberinspektor Bames, Wohnungsamt
Stadtbauobersekretär Kürner, Bauordnungsamt
Stadtsekretär Busch, Stadtkasse
Stadtsekretär Hartel, Wohnungsamt
Stadtsekretär Hermann, Einwohnermeldeamt
Stadtsekretär Kübler, Bauordnungsamt
Stadtsekretär Ruppert, Stadtkasse
Stadtsekretär Scheu, Stadtkasse
Stadtsekretär Seidler, Amt für öffentliche Ordnung
Betriebsmeister Peters, Stadtwerke

im Schuldienst:

Oberstudiendirektorin Dr. Gulde, Oberschule für Mädchen
Studienrätin Ischebeck, Oberschule für Mädchen
Studienrat Dr. Dahms, Kepleroberschule für Jungen
Studienrat Fegert, Oberschule für Mädchen
Studienrat Jung, Kepleroberschule für Jungen
Studienrat Dr. Stumpp, Uhlandgymnasium
Studienrat Dr. Tausch, Kepleroberschule für Jungen
Lehrer Duvenhorst, Evangelische Volksschule
Mittelschullehrer Lutz, Mittelschule
Lehrer Stark, Christliche Gemeinschaftsschule

In den Ruhestand traten

in der Stadtverwaltung:

Stadtamtmann Pfeiffer, Standesamt
Stadtsekretär Spannenberger, Stadtkasse
Schulhausverwalter Jäger, Wildermuthschule

im Schuldienst:

Oberstudiendirektor Dr. Schöning, Oberschule für Mädchen
Studienrat Nester, Uhlandgymnasium
Hauptlehrer Speier, Evangelische Volksschule
Hauptlehrer Schäfer, Evangelische Volksschule Tübingen-Lustnau
Lehrer Schwaderer, Christliche Gemeinschaftsschule

Dienstjubiläen

25jähriges Dienstjubiläum in der Stadtverwaltung feierten:

13. 1. 1953 Hermann Jäger, Amtsbote
26. 3. 1953 August Finis, Gärtner

16. 4. 1953 Kurt Rühle, Kanzleiangehülter
23. 4. 1953 Friedrich Kost, Obermonteur
25. 4. 1953 Eugen Hipp, Heizer
28. 4. 1953 Karl Heller, Maschinist
12. 6. 1953 Wilhelm Karrer, Schulhausverwalter
11. 7. 1953 Otto Rinn, Vermessungsamtman
11. 7. 1953 Gustav Buck, Vermessungsoberspektor
11. 7. 1953 Gottlob Märkle, Fleischbeschauer
1. 11. 1953 Otto Morlock, Stadtoberinspektor
1. 11. 1953 Fritz Kehrer, Bauaufseher
1. 11. 1953 Johannes Finger, Schulhausverwalter
10. 12. 1953 Fritz Scheck, Stadtoberinspektor

Die leitenden Beamten der Stadtverwaltung

Bürgermeisteramt: Oberbürgermeister
Dr. Wolf Mülberger
Stadtdirektor Gustav Asmuß
Hauptamt: Stadtamtmann Eugen Wieland
Geschäftsst. Lustnau: Stadtoberinspektor
Fritz Stammeler
Geschäftsst. Derendingen: Stadtspektor Fritz Schäberle
Rechnungsprüfungsamt: Stadtamtmann Fritz Bliestle
Stadtspflege: Stadtpfleger Adolf Holzinger
Rechts- und Standesamt: Stadtamtmann Rudolf Hartter
Amt für öffentl. Ordnung: Stadtoberinspektor
Georg Seizinger
Kulturamt: Kulturreferent
Dr. Rudolf Huber
Sozialamt: Stadtamtmann Walter Stolz
Wohnungsamt: Stadtoberinspektor
Walter Bames
Fleischbeschauamt: Stadttierarzt Dr. Willi Höhn
Hochbauamt: Baurat Paul Giesing
Stadtplanung: Baurat Rudolf Beicher
Tiefbauamt: Baurat Adolf Sauter
Stadtmessungsamt: Vermessungsrat Ernst Henig
Bauratsschreiberei: Stadtoberinspektor Adolf Luz
Stadtwerke
Techn. Werkleiter: Direktor Hermann Appel
Kaufm. Werkleiter: Direktor Richard Beck

TÜBINGEN UND UMGEBUNG

Markungsübersicht

